



Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt Wilhelminismus

- Eine „volkstümliche Kreisfeier“ am 24. Juni 1909 am Fuße der Ravensburg –
- Feiern und Feste in Harsewinkel während des Wilhelminismus – Ein Souvenir im Großformat.
- Das Kriegerdenkmal von Borgholzhausen – Die Anstellung des ersten Desinfektors für das Amt Rietberg 1896 – Eröffnung des Kaiserforstes in Wiedenbrück 1913 –
- Bauen zu Kaisers Zeiten: Rietbergs „Historismusinsel“ am Südtor –
- Gütersloh und der Jungdeutsche Orden Artur Mahrauns – Buchbesprechungen –
- Es geschah in Gütersloh



Die Ehrengäste bei der Enthüllung der Gedenktafel an die 300-Jahrfeier des Kreises Halle im Hof Ravensberg.

Foto: Stadtarchiv Bielefeld



Dampfkleinbahn Mühlenstroth am Gütersloher Postdamm

KREIS GÜTERSLOH

Wo die Erholungslandschaft vor der Haustür liegt und wo man seine Freizeit ganz nach dem eigenen Geschmack gestaltet.

- Dampfkleinbahn „Mühlenstroth“ Gütersloh
- „Flora Westfalica“ Rheda-Wiedenbrück
- „SafariLand/Hollywoodpark“ Stukenbrock
- Freizeitbad „Die Welle“ Gütersloh
- Camping- und Ferienparadies Peckeloh
- Gölten in reizvoller Landschaft
- Surfen auf abgelegenen Baggerseen
- Jazzmusik im Farmhouse Harsewinkel
- Mit dem Heißluftballon auf und davon
- Nostalgiereisen mit der TWE unter Dampf

Ein freundliches Stück Westfalen am Teutoburger Wald

Kreisverwaltung Gütersloh · 4840 Rheda-Wiedenbrück (Kreishaus) · Telefon (052 42) 13-0

Eine „volkstümliche Kreisfeier“, um „dem Grafen von Ravensberg zu huldigen“ – Das Fest des Kreises Halle am 24. Juni 1909 am Fuße der Ravensburg

von Heinrich Lakämper-Lührs

I. Das Fest

Vorgeschichte und Planung des Festes zur 300jährigen Zugehörigkeit der Grafschaft Ravensberg zu Brandenburg-Preußen sollten nicht Thema dieses Aufsatzes sein.¹⁾ In dieser Untersuchung ging es um die Feier vom 24. Juni 1909 am Fuße und auf der Ravensburg selbst und die Form, in der sie in Zeitungsberichten für Zeitgenossen nachvollziehbar wurde.²⁾ Diese Berichte wurden mit dem Festprogramm verglichen.³⁾

In Form und Gehalt ist der Ablauf des Festes nach seinen Elementen inhaltlicher und gestalterischer Art tendenziell als klassisch zu bezeichnen.⁴⁾

Das Programm und die Durchführung wurden von einem Geschäftsführenden Ausschuß unter der Leitung des Landrates, aber unter wesentlicher Mitwirkung zahlreicher Bürger des Kreises als „volkstümliche Kreisfeier“ vorbereitet, um möglichst vielen Bewohnern des Kreises die Gelegenheit zu geben, „auf der Stammburg Ravensburg Sr. Majestät dem Kaiser, dem Grafen von Ravensberg, zu huldigen“.⁵⁾

Gegliedert wurde die Feier am Johannistag 1909 in insgesamt vier Teile. Der erste diente der protokollarischen Ordnung von Gästen und Teilnehmern. Bemerkenswert ist nicht allein die Trennung der Sammlungsorte für Ehrengäste (auf dem Bahnhof in Halle) und aktive Teilnehmer wie Schulen, Gesang- und Posaunenvereine sowie Kriegervereine auf dem Bahnhof in Borgholzhausen. Diese war organisatorisch sinnvoll und entsprach zudem der gesellschaftlichen Trennung: die Ehrengäste kamen nach einem ausgiebigen Gabelfrühstück mit Toasts auf den Hallenser Landrat Graf von Korff-Schmising⁶⁾ wohl per Automobil zum Festplatz gefahren, die Vereine und Klassen auf einem anderen Weg

zu Fuß in einem Festzug.

Nicht erwähnt, aber erwartet waren die unorganisierten Zuschauerinnen und Zuschauer aus dem Ravensberger Land und den angrenzenden Gebieten; ihr Fuhrwerk sollte nach Anweisungen des Amtmannes Wolf abgestellt bzw. untergebracht werden, während die Polizisten und Feuerwehrlaute der Gegend unter Leitung des Borgholzhausener Amtmannes Müller für die Wegweisung und Aufstellung dieser TeilnehmerInnen und die gesamte Polizeigewalt zuständig waren. Keinem der Gäste war es übrigens laut Festordnung gestattet, „die für die Bewirtung der Kinder bestimmten Tische vorher zu benutzen“. Die eingenommenen Plätze sollten im ersten Teil des offiziellen Programms „im Interesse der geregelten Abwicklung der Festordnung“ nicht verlassen werden.⁷⁾

Der zweite Teil der Festordnung umfaßte – mit Ausnahme eines heftigen Regenschauers, der den „ernst und trübe“ blickenden Himmel aufriß: doch der Himmel klarte rasch auf und „das Wetter blieb für den Rest des Festes so schön, wie man es sich nur wünschen konnte“⁸⁾ – das Eintreffen der Ehrengäste, Parade, Festansprachen und Gesänge auf dem Veranstaltungsort sowie die anschließende Enthüllung der Gedenktafel auf der Burg. Besonders in diesem Teil der Veranstaltung spiegelt sich die enge Verzahnung von Militärischem, Religiösem und Historischem in Wort, Musik und Aktion. Böllerschüsse begleiteten oder gliederten das Programm an drei Stellen als akustische Elemente quasi militärischer Art. Zunächst folgte dem musikalisch von der Kapelle des Infanterieregiments Nr. 78 umrahmten Eintreffen der 60 Ehrengäste und Honoratioren⁹⁾ die Parade der Kriegervereine. Lei-

der sind keine Zahlen über die Beteiligung an Aufmarsch und Parade vorhanden. Zumindest aus dem Kreis Halle dürften sämtliche Vereine angetreten gewesen sein, möglicherweise auch aus anderen Ravensbergischen und Nachbargebieten.

Die „Ansprache mit abschließendem Hoch auf seine Majestät den Kaiser“ und anschließender Nationalhymne hielt Generalmajor Beck, bevor Böllerschüsse diesen ausdrücklich von Drill und Disziplin geprägten Teil beendeten. Man hat den Eindruck, daß hier pflichtgemäß die vorgeschriebenen und erwarteten Anteile einer solchen Feier vorangestellt, diese aber durch Reservisten und Veteranen gefüllt wurden. Dies bedeutete letztlich Beteiligung des Volkes über viele Klassen- und Standesschranken hinweg¹⁰⁾, zunächst noch straff organisiert und schließlich nach dem Ende des offiziellen Veranstaltungsprogramms innerhalb der gesellschaftlichen Normen frei.¹¹⁾

Organisatorische Zwänge – nämlich die Begrenzung der Teilnehmerzahl aufgrund der räumlichen Begrenzung des Burghofes – einerseits und die andererseits enge Begrenzung auf staatstragende Gruppen bzw. Honoratioren führten zu einem gesplitteten Programm im Rahmen der offiziellen Feier: Oben auf der Burg wurde während einer Weherede des Landrates eine Gedenktafel enthüllt; auf dem Veranstaltungsplatz unten hörte man derweilen religiös geprägte Posaunenvorträge von der Burgzinne („Wachet auf, ruft uns die Stimme“) und sang beispielsweise Choräle wie „Lobe den Herrn“. Zugleich wurden die Kinder während dieses Festteils von den Veranstaltern bewirtet. Gar so feierlich wie oben auf der Burg dürfte es dabei nicht zugegangen sein, obwohl der verantwortliche Rektor Frederking für einen geordneten Gang zu und von den bereitgestellten Tischen sorgen mußte, weil anschließend die Klassen wieder für ihren Beitrag zum Programm aufgestellt werden mußten. Das Ende des Enthüllungsaktes wurde wiederum durch Böllerschüsse akustisch be-

kanntgegeben. Die Posaunenchoräle begleiteten den Zug der Honoratioren zum gemeinsamen Fest mit dem Volk von der Burgzinne musikalisch.

Nach militärischen, vaterländischen und religiösen Elementen folgte nun die Erfrischungspause, die von einem volkstümlichen Opern- und Marsch-Programm umrahmt wurde. Dieser dritte Teil der Festordnung verlief ebenfalls straff organisiert: Zuständig war vom Gemeinsamen Ausschuß der Rechtsanwält Staudacher. Beschwerden zur Verpflegung konnten bei den dafür vorab benannten Herren Kisker und Roff angebracht werden. Die Westfälische Zeitung berichtet von der „in weitem Karré“ errichteten Zeitstadt, „in welcher für das leibliche Wohl reichlich Sorge getragen wurde“. Die beiden Herren scheinen also kaum Beschwerden entgegengenommen zu haben. Die organisierte Geselligkeit wurde im vierten Teil fortgesetzt. Zunächst mit Vorträgen der Gesangsvereine und den Liedern der Schulkinder. Es ist nicht davon auszugehen, daß während dieser Programmelemente die Festgäste noch mit voller Konzentration zuhörten, denn die Gespräche und Genüsse aus der Erfrischungspause dürften fortgesetzt worden sein.

Es folgten die Reigen und Spiele der Kinder, denen wahrscheinlich bei Wettspielen festbezogene Erinnerungstücke ausgelobt wurden. Mit Opern- und Walzermelodien spielte danach die Militärkapelle erneut auf. Am Abend beschloß sie ihr Repertoire beziehungsreich mit dem volkstümlichen Potpourri „Im Berliner Nacht-Omnibus“.

Währenddessen leuchtete die Burg im Abenddunkel. Diese Illumination und das abschließende Feuerwerk hatte die Sparrenburg-Drogerie Bielefeld gestaltet. Mit diesem Höhenfeuer stand man nicht nur in der Tradition der nationalen Feiern, sondern auch der vorchristlichen Sonnenwendfeier, die als christliche Johannisfeuer um einige Tage hinter den alten Anlaß verlegt worden waren.



Tausende von Menschen waren zum Fest am Fuße der Ravensburg gekommen. Die Eisenbahn hatte zwei Sonderzüge eingesetzt, damit auch Bielefelder Gäste anreisen konnten.

II. Die Reden

Die Absichten und Ansichten der Veranstalter von staatstragenden Gedenkfeiern und Berichterstattungen der Zeitungen lassen sich anhand der Reden und der daraus veröffentlichten Passagen zusammenfassend herausarbeiten.

Drei Reden wurden im offiziellen Teil des Ravensburg-Festes gehalten. Die knappe Grußadresse des Generalmajors Beck als Vertreter des Kommandierenden Generals fand in den Berichten ein unterschiedliches Echo. Das „Haller Kreisblatt“ und die „Westfälische Zeitung“ druckten die Ausführungen wörtlich, der „Bielefelder General-Anzeiger“ fand nur die lobenden Worte für den militärischen Geist und die vortreffliche Haltung der

Ravensberger Kriegervereine erwähnenswert.

Die Bezugnahme Becks auf die kaiserliche Aufforderung zur Mitarbeit aller, gleich welchen Glaubens und Standes, verleihte angesichts des hier versammelten Publikums im Kern die Wirkung – schließlich sind die Ravensberger in ihrer überwiegenden Mehrheit evangelisch und durch die jahrhundertalte Zugehörigkeit zu Brandenburg-Preußen wesentlich loyaler als die Bewohner der alten Fürstbistümer Münster, Paderborn oder Osnabrück, die erst in napoleonischer Zeit preußisch wurden. Bei aller Vorsicht der Bewertung solcher Ansprachen gerade von Militärs: Beck reihte Phrasen aneinander und

traf nur bedingt den richtigen Ton. Weder ist die Feier „heilig“ noch ist die Treue der Besucher zum Kaiser „unerschütterlich“.

Dem Charakter des Festes entsprach eher die Fest-Ansprache des Borgholzhausener Pastors Sander. Dies ist die zentrale Rede auf der Kreis-Feier, der auch die kurze Weiherede des Landrates Korff-Schmising nicht an Wertigkeit nahekommmt. Bezeichnend die Tatsache, daß der Pastor hier als Bürger die historisch angelegte, mit religiösen Elementen vergleichsweise gering gestaltete Rede vortrug.

Sanders Worte waren zunächst getragen von der Vergegenwärtigung des Ortes Ravensburg und seiner Einbettung in die zu feiernde Geschichte.¹⁷⁾ Es folgte eine einführende Passage unter dem Motto „Wir feiern mit treuem, dankerfülltem Herzen“, in der der „Segen“ der brandenburgischen Besitzergreifung in religiöse Dimensionen gehoben wurde: „Heute wollen wir Gott dem Herrn dafür danken und rühmen: Der Herr hat Großes an uns getan, daß sind wir fröhlich. Und nächst ihm unserem kaiserlichen Herrn.“

Sanders Leitmotiv aber war die Feier der Gegenwart, die erst der zu würdigen wisse, der die Vergangenheit kenne: „Die alte Burg da droben gemahnt uns an alle längst vergangene Zeiten.“ Die Berufung auf die Zeit der Hohenstaufen und Barbarossas einerseits und der anwachsenden Fürstenmacht war in diesem Zusammenhang sogar ein wenig kontraproduktiv, da Preußen im Hochmittelalter kein bestimmender Faktor der Reichs- oder gar der westfälischen Region war. Noch herrschten die Ravensberger, die unter Hermann III. ihren Besitz „ungemein vergrößerten“.

Sander erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Tecklenburger Grafen, die Herren von der Lippe sowie die Bischöfe von Münster, Osnabrück, Paderborn und Minden als wachsende Territorialherren. Die protestantische „Westfälische Zeitung“ ließ die katholischen Fürstbischöfe allerdings in ihrem Be-

richt unter Ersetzung durch ein „usw.“ aus. Zwischen dem Ende des Ravensberger Geschlechts 1346 und dem Jahr 1609 hielt der Redner die Geschichte Ravensbergs für nicht darstellbar oder darstellungswürdig.¹⁸⁾ Die nahezu dreihundert Jahre Märkisch-Clevischer Regentschaft sind trotz der relativ geringen Beachtung in der preußisch-westfälischen Geschichtsschreibung und in Sanders Ansprache kaum als Intermezzo zu bezeichnen.¹⁹⁾

Von 1609 an verband Sanders immer wieder das Schicksal Ravensbergs mit dem Preußens. Der Große Kurfürst habe seine Fürsorge auch dem Ravensberger Land zu gute kommen lassen, trotz der Widerstände der Stände. Das Denkmal auf der Sparrenburg „im Herzen des Ravensberger Landes“ sei „sichtbares Zeichen dessen, was er getan“; das paternalistische Weltbild des Pastors drückt sich in den schlichten Worten „Wie hat der Große Kurfürst für sein liebes Spinn- und Linnenland gesorgt“ aus. Die Erhebung Preußens zum Königreich ließ Sanders nicht unerwähnt, wesentlich wichtiger für Ravensberg ist nach seiner Darstellung jedoch Friedrich Wilhelm I. Dieser habe Preußen seine Großmachtstellung gegeben, eine neue Verwaltung, Beamten- und Offiziersstand geschaffen und neben die Steuerpflicht auch die Wehr- und Schulpflicht gesetzt – „wodurch Preußen groß geworden ist“.

Auch hier wurde die paternalistische Haltung des preußischen Königs geschildert: Beseitigung und Erstattung von Kriegsschäden aus dem siebenjährigen Krieg (eher im Sinne einer merkantilistischen Staatswirtschaft eingesetzt als aus Fürsorge) sowie Erlaß von Steuern aufgrund „guter Ausführung“ der Chancen und Lasten. „Dergleichen Untertanen verdienten, daß ihr Landesvater sie, soviel wie möglich, unterstütze“. Sanders nannte diese Worte des Königs aus einem Schreiben den „Ehrenbrief der Grafschaft“. Der (von Napoleon erzwungene) Abschied von Preußen nach dem Frieden von Tilsit sei

den Ravensbergern danach schwer geworden . . .

Dieser Stimmung muß auch der Berichterstatter des Bielefelder General-Anzeigers noch 103 Jahre später nicht entronnen sein. Er fügte – ohne daß Belege für diese Redepassage in den übrigen Berichten vorliegen, also vermutlich in freier Bearbeitung – die dramatische Schilderung eines Doppelselbstmords zweier Brüder ein.

Pastor Sanders ordnete das Ravensberger Land so ein, wie es die kaiserliche Familie und die preußische Regierung wohl seit dem Wiener Kongreß und der Neuordnung Westfalens 1815/16 tat: „Unser Ravensberger Land hat als Teil des preußischen Staates dann an all den Segnungen teilgenommen, die die Fürsorge der Hohenzollern dem Staatsganzen zuteil werden ließ.“

Nun galt es für ihn, die wechselseitige Beziehung trotzdem als eine besondere darzustellen. Heranziehen kann er dafür von königlicher Seite nur einen Manöverbesuch Friedrich Wilhelms IV. im Jahr 1847.

Untertanenentreue drückte sich schon am 250. Jahrestag der Zugehörigkeit zu Brandenburg-Preußen 1859 aus, ebenso anläßlich der Reichsgründung 1871 nach der Sedan-Schlacht als wiederkehrendes Memorial-Element der preußischen Festkultur. Zuvor hatte der Redner schon auf die Schlacht bei Leipzig hingewiesen, ein anderes, vier Jahre später noch einmal virulent werdendes Element des „Preußen“- und National-Bewußtseins.

Nach diesem historisch-affirmativen Teil der Hauptrede folgte der appellative. Die Ravenna-Sage vom vergrabenen Schatz im Turm der Ravensburg, dessen unentdeckte Fortexistenz unter dem Turme Macht und Existenz der Grafen sichere, ist die Einleitung.

Ersteres sei erfüllt durch die Kaiserkrone für den Grafen von Ravensburg, aber: „Möge der alte Wartturm da droben erst dann in Trümmer sinken, wenn Deutschlands letzte Stunde geschlagen hat.“ Dies wurde dann

variiert und mit der Mahnung an die „treuen Deutschen, sonderlich“ die „treuen Ravensberger“ verbunden, das von den Vätern Ererbte zu erwerben und es zu besitzen.

Vor dem Hochruf, den Pastor Sander nicht wie Generalmajor Beck oder auf der Burg der Landrat auf den Kaiser, sondern „unser geliebtes deutsches Vaterland“ ausbrachte, verband der Redner die wesentlichen Elemente seiner Rede noch einmal. Dynastische, ravensbergische und wilhelminische Motive wurden unter dem religiösen Dach der Segnung durch Gott verbunden: „Möge das, was dem Ravensberger Namen in weiter Welt so guten Klang gibt, die aufrichtige Gottesfurcht, die herzliche Liebe zum Vaterland, stets in unserem Volke wohnen. So lange wird es stehen, weil es Gott segnen kann.“

Was aber berichteten die Zeitungen von der Rede des Borgholzhausener Pastors? Der Bielefelder General-Anzeiger faßte im wesentlichen zusammen, wenn auch gelegentlich sehr frei: Sanders Hoch wurde dort auf den Kaiser ausgebracht, manche Formulierungen und Zitate aus Gedichten und Liedern anderer Autoren, die der Redner in seine Worte einbaute, legte man Sander direkt in den Mund.

Die Westfälische Zeitung, die schon einige Tage zuvor das Fest mit Teilnahme-Aufrufen und einem historischen Rückblick angekündigt hatte, konnte den historischen Teil auf Stichworte zusammenfassen. Die Ravenna-Sage wird in appellativen Sinne ausgeführt und der religiös überhöhende Abschluß einschließlich des leicht redigierten Hochrufes auf das Vaterland wörtlich gedruckt. So ist die Ravensberger Sicht des Redners allerdings ganz in eine preußisch-reichsdeutsche oder nationale überführt. Das Haller Kreisblatt gibt ganz selbstverständlich den vollen Wortlaut der Rede des Borgholzhausener Pastors wieder.

Vergleichsweise kurz war die Ansprache des Grafen Korff-Schmising als Weiherede auf der Burg. In ihr wurden die Kernaussagen

Becks und Sanders aufgenommen und an den Huldigungs- und Treueeid des Gaues gegenüber dem brandenburgischen Grafen Johann Sigismund erinnert (den allerdings Hermann Rotherth als zunächst noch eingeschränkt schildert.¹¹⁾ Dieser werde auch in Zukunft hoch und heilig gehalten. Die Ravensburg wurde wiederum als Motiv der eigenständigen Kreis-Feier herausgestellt und mit dem Wunsch der Erinnerung an diesen Tag die Überlieferung an die Nachkommen durch eine Gedenktafel verbunden. Den Abschluß bildete hier das Hoch auf den „Kaiser und Herrn“. Die Rede des Landrates wurde von der Westfälischen Zeitung und dem Haller Kreisblatt vollständig, vom General-Anzeiger zusammenfassend zitiert. Das Motiv der Kaisertröue scheint in der landsmannschaftlichen Ravensberger Aus-

III. Träger des Festes

Träger des Festes waren im Positiven wie im Negativen die Bewohner des Kreises Halle. Daß es sich um ein Fest der Kreisbewohner im positiven Sinne handelte, läßt sich an der bürgerlichen, an die Verwaltung nur angelehnten Organisationsstruktur ebenso nachweisen wie an der Zahl der aktiven und passiven Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Genaue Zahlen sind nicht zu ermitteln, doch die Firmen der Region hatten zu Mittag ihren Betrieb eingestellt, die Schulen waren als Beteiligte am Festprogramm mit immerhin 600 Kindern anwesend, und die Züge des Haller Wilhelm konnten trotz zweier Sonderzüge die Zahl der Anreisewilligen kaum fassen. Es werden – wie auch aus den Fotos ersichtlich – Tausende von Menschen gewesen sein, die am Fuße der Ravensburg einen erbaulichen und angenehmen Nachmittag und Abend verbrachten. An der Liste der Ehrengäste läßt sich nachweisen, wie relativ unbedeutend die Veranstaltung vom Grafen von Ravensburg, dem deutschen Kaiser Wilhelm II. und seiner Fa-

prägung also die zentrale Festbotschaft sowohl der Redner als auch der Zeitungsbe-richterstätter zu sein. Das Vaterland – gemeint ist in erster Linie Preußen – trat demgegenüber in den Hintergrund; die Personalisierung der Kaisertröue ging allerdings nur auf das Hohenzollernhaus, nicht aber Wilhelm I. oder gar Wilhelm II. über. Pastor Sanders erwähnte ihre Namen nicht, der Landrat nahm die Worte „Seiner Majestät“ aus der Rede des Generals Beck zwar auf, sprach den Namen aber ebenfalls nicht aus. Im Rousseauschen Sinne der Tugendhaftigkeit gilt die Tröue¹²⁾, die sich konkret in den diversen Hochs des Festes, darüber hinaus in staatstragender Arbeit in Familie, Beruf, Verein und Kirche äußerte, als oberstes Ziel der Redner: gegenüber dem Vaterland und als dessen Spitze der Institution Kaiser.

milien, empfunden wurde. Ein Vertreter des Königshauses fehlte ebenso wie Regierungsvertreter. Hier erweist sich die Tröuerschaft durch den kleinen Kreis Halle als negativ. Protokollarisch ranghöchster Teilnehmer war demzufolge der Oberpräsident von Westfalen, Freiherr von der Recke, der aber das Wort nicht ergriff. Auch der ranghöchste Militär Westfalens, der Kommandierende General von Bernhardt aus Münster, ließ sich durch den Mindener Generalmajor Beck vertreten. Ob das ein Reflex auf die geradezu bürgerliche Festgestaltung ohne Präsenz aktiver Militäreinheiten gewesen ist, müßte bei weitergehenden Forschungen überprüft werden. Allerdings bestand kein Zweifel an der Königs- und Kaisertröue der Kreisbewohner. Der Mindener Regierungspräsident Dr. Kruse betonte dies mit dem Hinweis darauf, daß „der Kreis (. . .) Hüter des Königsgedankens“ sei.¹³⁾ Insofern waren selbstverständlich zahlreiche Behörden vertreten, darunter der Eisenbahndirektions-Präsident Richard/

Münster, die Landräte der Landkreise Herford und Bielefeld sowie der dortige Oberbürgermeister Bunnemann.¹⁴⁾

IV. Höhepunkt und Vorfreude

Als am Abend des 24. Juni 1909 nach dem Höhenfeuerwerk die letzten Festteilnehmer unter Musikbegleitung in Richtung Bahnhof Borgholzhausen abmarschierten, um den letzten Sonderzug zu erreichen, hatte man in

der alten Grafschaft Ravensberg einen ersten Höhepunkt im Festprogramm zur 300-jährigen Zugehörigkeit zu Brandenburg-Preußen erlebt.

Nun konnte man sich auf weitere Feste in Bielefeld und Jöllenbeck im folgenden Monat ebenso freuen wie auf das Fest des Amtes Borgholzhausen, das am 2. September 1909 zusammen mit dem Sedantag begann wurde.

Anmerkungen

- 1) vgl. dazu Stadtarchiv Borgholzhausen, Fach 1, Nr. 2a. Für den Hinweis auf die Existenz dieser Akte danke ich dem Stadtarchivar von Versmold und Borgholzhausen, Rolf Westheider, für die Unterstützung bei der Quellensichtung den Kolleginnen und Kollegen beim Kreisarchiv Gütersloh, beim Stadtarchiv Gütersloh und dem Stadtarchiv Bielefeld.
- 2) Bielefelder General-Anzeiger vom 25. 6. 1909, Westfälische Zeitung vom 25. 6. 1909 (Stadtarchiv Bielefeld) und Haller Kreisblatt vom 25. 6. 1909 zitiert nach der im Verwaltungsbericht des Kreises Halle für das Jahr 1909 wiedergegebenen Form (Kreisarchiv Gütersloh).
- 3) Stadtarchiv Borgholzhausen, Fach 1, Nr. 2a.
- 4) vgl. Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. v. Dieter Döding, Peter Friedmann, Paul Münch, Reinbeck 1988. Darin besonders die Einleitung von D. Döding, S. 10–24.
- 5) Aufruf „An die Bewohner des Kreises Halle“ zu einer Besprechung am 3. März 1909, in: Stadtarchiv Borgholzhausen, Fach 1, Nr. 2a.
- 6) Bielefelder General-Anzeiger v. 25. 6. 1909.
- 7) „300-Jahrfeier des Kreises Halle i. W. am Ravensberge (. . .) Fest-Ordnung“, S. 3, in: Stadtarchiv Borgholzhausen, Fach 1, Nr. 2a.
- 8) Bielefelder General-Anzeiger v. 25. 6. 1909.
- 9) ebd.
- 10) vgl. die Untersuchung von M. Sedenhans, Nationales Vereinswesen und soziale Militarisierung. Die Kriegervereine im wilhelminischen Bielefeld, in: Joachim Meynert, Josef Mosser, Volker Rodékamp (Hg.), Unter Pöckelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus, Bielefeld 1991, S. 369–399.
- 11) vgl. G. L. Mosse (Die Nationalisierung der Massen, Politische Symbolik und Massenbewegungen in

- Deutschland von dem Napoleonischen Krieg bis zum Dritten Reich, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1976), der die Verdrängung des Volkes wegen des nachdrücklichen Wertes auf Disziplin (S. 113) z. B. bei Sedanfeiern konstatiert. Dies ist m. E. eine für das Fest vom 24. 6. 1909 nicht zutreffende Einschätzung. Die Volkstümlichkeit war angestrebt, obwohl z. B. Bodelschwingh ähnliche Festlichkeiten der Kriegervereine aus pietätischer Sicht (zu viele alkoholische Exzesse) kritisiert hatte, vgl. dazu M. Sedenhans, S. 377–380.
- 12) Sanders veröffentlichte 1909 auch eine Broschüre „Zur Erinnerung an die 300-Jahrfeier des Kreises Halle auf dem Ravensberge“ als historischen Überblick, Stadtarchiv Borgholzhausen, Fach 1, Nr. 2a.
 - 13) vgl. auch Hermann Rotherth, Westfälische Geschichte, Bd. 1, Gütersloh 1961 (Nachdruck von 1951), S. 328 (ähnlich kurz).
 - 14) vgl. Hermann Rotherth, Westfälische Geschichte, Bd. 2, Gütersloh 1961, S. 127–136 zum Erbfolgestreit und seiner Beendigung 1609.
 - 15) Rotherth wie Anm. 15, S.
 - 16) Rousseau orientierte sich mit seinen Vorstellungen von Vaterländischen Festen als Selbstdarstellung der Nation am Zweck, „den Menschen auf ein höheres sittliches Niveau zu heben, ihn ‚jugendhafter‘ zu machen. ‚Tugend‘ wurde hier im Sinne der Antike definiert, als Liebe zum Vaterland (. . .)“. G. L. Mosse, op. cit., S. 92.
 - 17) Bielefelder General-Anzeiger v. 25. 6. 1909.
 - 18) Bemerkenswert ist das Fehlen der Spitze des Kreises Wiedenbrück als mit Halle vielfältig verbundener Nachbarkreis im Regierungsbezirk Minden. Die Liste der Ehrengäste wurde besonders ausführlich im Haller Kreisblatt vorgestellt.
 - 19) vgl. dazu Stadtarchiv Borgholzhausen, Fach 1, Nr. 2b.

Von Schützen- und Kriegerfesten, Junggesellen- und Kaiserbällen

Feiern und Feste in Harsewinkel während des Wilhelminismus
von Eckhard Möller

Feiern und Feste in der Kaiserzeit – wer denkt da nicht sofort an großartige Veranstaltungen mit viel Pomp und Glanz wie die Einweihung des Hermannsdenkmals bei Detmold 1875 oder des Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf der Porta 1896? Auch an die Einweihung des örtlichen Kriegerdenkmals mit Reden von lokalen Honoratioren und musikalischer Umrahmung mit Marschmusik mag sich der Leser/die Leserin erinnern.

Um solche, aus der gewöhnlichen Reihe der Feste des Jahres herausragenden Veranstaltungen geht es in diesem Aufsatz nicht. Vielmehr soll am Beispiel des damals noch zum münsterländischen Landkreis Warendorf zählenden Amtes Harsewinkel versucht werden darzustellen, welche Feste die Menschen Jahr für Jahr wiederkehrend gefeiert haben und wie diese Feste gestaltet wurden.

Harsewinkel um 1900

Ganze 4.247 Einwohnerinnen und Einwohner lebten nach der Volkszählung des Jahres 1900 im Amt Harsewinkel. In seinem Mittelpunkt, der kleinen Titularstadt¹⁾ Harsewinkel, wohnten ganze 922 Menschen – weniger sogar als in Greffen, das immerhin 965 Menschen zählte. Größte Gemeinde des Amtes war Harsewinkel-Kirchspiel. In den zugehörigen Bauerschaften Beller, Rheda und Überems lebte mit 1.422 Menschen ein Drittel der Bewohner des Amtes. Das Klosterdorf Marienfeld mit den beiden Bauerschaften Oester und Remse war mit nur 868 Einwohnerinnen und Einwohnern die kleinste Gemeinde²⁾.

Viel bemerkenswertes ist in den Jahren zwischen 1888 und 1914 in Harsewinkel nicht passiert. Die vierteljährlichen Zeitungsberichte des Bürgermeisters und Amtmannes an

den Landrat weisen unter der Rubrik „Öffentliche Stimmung“ fast immer Fehlanzeige aus. Ortsgespräch dürften nur die schlimmeren „Verbrechen und Vergehen“ gewesen sein, die selten zwar, aber doch dann und wann der Bürgermeister dem Landrat neben vielfältigen geringfügigen Gesetzesverstößen anzeigen mußte³⁾.

Gaststätten und Schankstuben in Harsewinkel

Zerstreuung konnten die Harsewinkeler in den Gast- und Schankwirtschaften suchen, von denen es in der Stadt Harsewinkel sechs gab. Jeweils drei Wirtschaften gab es in Marienfeld und im Kirchspiel Harsewinkel, Greffen brachte es auf vier Wirtschaften⁴⁾. Einige der Inhaber der Gaststätten außerhalb der Siedlung um die St.-Lucia-Kirche konnten von den verkauften Getränken allein nicht leben. Sie hatten ein zweites Einkommen in der Landwirtschaft oder im Viehhandel, wie manche Schankwirtschaften wohl eher einer Bauernstube mit Getränkeauschank als einer Gastwirtschaft im herkömmlichen Sinne entsprochen haben dürften.

Was aber gab es jenseits dieser Gastwirtschaften an Zerstreuung und Abwechslung im Amt Harsewinkel? Aufschluß darüber gibt die „Acta betr. Tanz- und Lustbarkeiten“⁵⁾ im Stadtarchiv Harsewinkel. Wer auch immer in einer der Gaststätten oder sonst öffentlich ein Fest veranstalten, wer eine Musik- oder Theateraufführung durchführen wollte, mußte dieses anmelden. Das galt für den Schützenverein ebenso wie für den Wirt, der einen „humoristischen Abend“ durchführte und die Brautleute, die es sich leisten konnten, ihre Hochzeit in einer Gaststätte zu feiern und dazu noch eine Musikkapelle ein-



Der Harsewinkeler Marktplatz um 1900.

Quelle: Fotoarchiv Jäger

zuladen.

Diese Anmeldung war nicht kostenfrei. Je nach Dauer der Veranstaltung mußten bis zu 10 Mark Gebühren und zusätzlich ein Stempelgeld für die Genehmigung bezahlt werden. Lediglich die Kriegervereine, denen schon von ihrer Definition her ein gemeinnütziger Zweck unterstellt wurde, waren von den Gebühren befreit. Ab 1895 gab es eine rechtliche Grundlage für die Erhebung der Gebühren im Ortsrecht. Für die Gemeinden des Amtes wurde in diesen Jahren jeweils eine „Ordnung betreffend die Erhebung von Lustbarkeitssteuern“ in Kraft gesetzt.

Der Betrag von 10 Mark oder auch nur von 7,50 Mark für eine bis 12 Uhr abends andauernde Feier war für damalige Verhältnisse eine erkleckliche Summe: Ein Pfund Butter kostete damals ungefähr eine Mark und das monatliche Gehalt des Polizeibeamten für Harsewinkel Stadt und Kirchspiel betrug 53,70 Mark, das der Polizisten in Greffen und Marienfeld nur ganze 20 Mark⁶⁾. Aber für eine Hochzeit mit Essen und Musik in ei-

ner Gaststätte haben viele Brautpaare oder deren Eltern gespart⁷⁾. Etwa die Hälfte aller Hochzeiten war mit einer Feier in einem der Gasthöfe verbunden, wobei die Feiern ohne Musik und Tanz und die unangemeldeten Feste nicht mitgerechnet sind.

Die Einhaltung der Sperrstunden bei den Festen und die Kontrolle der Genehmigungen durch die örtlichen Polizisten war streng. So wandten sich der Gendarm Kösters und der Polizeidiener Krümpelmann am 17. April 1890 an den Bürgermeister:

„Gestern abend gelegentlich der Hochzeitsfeier des Johannpötter hat im Saale der Frau Wwe. Koch eine Tanzmusik stattgefunden, ohne daß die p. (= erwähnte EM) Koch im Besitze einer polizeilichen Erlaubnis hierzu war. Die Musik wurde von dem Schreiner Heinr. Belke, hier, auf einer Zieh-Harmonika gemacht. Wir beantragen die polizeiliche Bestrafung der Wwe. Koch.“

Immerhin 3 Mark Strafe mußte die großzügige Wirtin dafür bezahlen, daß sie es nicht un-

ten. Mittags um 1 Uhr gab es im Waldschlößchen ein Mittagessen, an dem nach einem Bericht in der „Glocke“ „65 Krieger“ teilgenommen haben. Eine Mark mußte für ein Gedeck und die musikalische Unterhaltung während des Essens bezahlt werden. Über den weiteren Verlauf des Festes, das „vom Wettergötze in höchstem Maße begünstigt“ war, berichtete die „Glocke“:

(. . .) Nachmittags um 4 Uhr (zogen) die Krieger-Vereine von Beelen, Warendorf, Freckenhorst, Harsewinkel und Gütersloh, im ganzen ca. 600 Krieger, zum Klosterplatz. Hier hielt Herr Landrat Gerbaulet eine mit großer Begeisterung aufgenommene Rede, worin er die versammelten Krieger zum kameradschaftlichen Zusammenhalten und zur Treue gegen ihren obersten Kriegsherrn ermahnte. . . . (. . .) marschierten sämtliche Krieger zurück zum ‚Waldschlößchen‘, um sich in der Gluthitze durch kühle Getränke ein wenig zu erholen. Später wurde vom Marienfelder und Harsewinkeler Verein in den umliegenden Wäldern eine brillante Gefechtsübung mit großer Bravour ausgeführt. Eine stattliche Polonaise eröffnete Abends den Ball, und bald schwang ganz Marienfeld und Umgebung das Tanzbein nach den Weisen des Gütersloher-Stadt-Orchesters. Bei Eintritt der Dunkelheit wurde auf der Festwiese ein prachtvolles Feuerwerk abgebrannt.“)

Die letzten Gäste werden wohl erst mit den beiden Extrazügen der TWE um 11.20 Uhr nach Harsewinkel und um Mitternacht nach Gütersloh abgefahren sein.

Einen ähnlichen großen Tag erlebte Greffen vier Jahre später. Aus Anlaß der Fahnenweihe des dortigen Kriegervereins fand das Kreis-Krieger-Fest am 1. August 1909 in der Wirtschaft des August Hörstkamp statt. Durch eine Anzeige im „Neuen Emsboten“ am 24. Juli wurden „alle Freunde und Gön-

ner eines echt patriotischen Festes“) herzlich eingeladen.

Bälle, Bälle, Bälle

Außer den Schützen- und Kriegerfesten gehörten Bälle zu den regelmäßigen Veranstaltungen im wilhelminischen Harsewinkel. Auch bei ihnen waren Schützen- und Kriegervereine neben den Wirten die Veranstalter. Später gegründete Vereine, wie die Freiwillige Feuerwehr in Harsewinkel oder der Sängerbund, suchten ebenfalls ihr Vereinsleben durch Bälle zu bereichern.

Die Ballsaison begann in Harsewinkel regelmäßig Ende September/Anfang Oktober mit dem Kirmesball in Greffen. Bis in den März hinein folgten dann sieben, acht oder gar neun Bälle: die Winterbälle der Schützenvereine, die Kriegerbälle der Kriegervereine, ein oder zwei Junggesellenbälle, häufig von den gleichen Personen wie die Schützenfeste beantragt, und schließlich Ende Januar die Kaiserbälle aus Anlaß des „Geburtstag(s) Sr. (= Seiner) Majestät unseres Kaisers und Königs“). Außerhalb dieser Saison fanden nur die ein- oder zweimal im Frühjahr und Sommer veranstalteten Bälle des Wirtes der Marienfelder Klosterpforte Viehmeyer statt. Leider sind in der Akte im Stadtarchiv keine Angaben über den Verlauf der Ballveranstaltungen enthalten. Nur im Antrag des Greffener Krieger- und Landwehrvereins für den Kaiserball des Jahres 1912, den 53. Geburtstag des Kaisers Wilhelm II., ist der nähere Ablauf geschildert:

„Das Fest soll eingeleitet werden durch Parade, Festprolog und Konzert, beginnt um halb 4 Uhr N[achmittags]. Um 6 Uhr soll der Ball anfangen. . . . Wir bitten um ortspolizeiliche Genehmigung und um Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer.“

Der Krieger- und Landwehrverein nahm also den Kaisergeburtstag am 27. Januar nicht nur zum Anlaß für eine Tanzveranstaltung, sondern nutzte ihn auch dafür, die monarchistische Gesinnung und die Treue zum Kaiser als Landesherrn und militärischen

Oberbefehlshaber zu betonen.

Vergleichbare Feiern sind auch im katholischen Münsterland, dessen Menschen nach dem Kulturkampf der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts den Kaiserfeiern eher distanziert gegenüberstanden, durchaus normal. Meist waren es Krieger- oder Turnvereine, die Feiern aus Anlaß des Kaisergeburtstages veranstalteten“). Es wird noch zu untersuchen sein, ob diese Feiern auf eine ähnlich breite Resonanz stießen wie im protestantischen und altpreußischen Minden-Ravensberg“) oder ob die Feiern auf einen kleineren, den Vereinen zugehörigen Kreis beschränkt blieben.

Tote Soldaten und ein heiterer Weihnachtsabend

Außer den Bällen trug die Aufführung von kleinen Schauspielen zur Geselligkeit in den Vereinen bei. Eine erste Theateraufführung durch einen Verein im Amt Harsewinkel ist aus dem Jahr 1906 überliefert. Veranstalter war der Kriegerverein Greffen, der auch in den folgenden Jahren regelmäßig zu Theaterabenden einlud. In den katholischen Jugendvereinen, der Jünglings- und der Jungfrauensodalität, wurden ab 1911 die schauspielerischen Qualitäten der Mitglieder auf die Probe gestellt.

Der Greffener Krieger- und Landwehrverein wollte mit der Schauspielerei aber nicht nur das Vereinsleben attraktiver gestalten. Es ging ihm auch darum, über die Eintrittsgelder die Kosten für die Anschaffung einer Vereinsfahne hereinzuholen. Das spielte gerade in dem Jahr, für das die Fahnenweihe aus Anlaß des Kreis-Krieger-Verbandsfestes in Greffen geplant war, eine besondere Rolle. Daher sollten am 24. Januar 1909 an einem Theaterabend und eine Woche später anläßlich der Kaisergeburtstagsfeier drei kleine Theaterstücke aufgeführt werden. Für einen Kriegerverein versteht es sich von selbst, daß sie einen Bezug zum Soldatenleben und Militär haben mußten.

Am Anfang des Abends standen „drei le-

bende Bilder mit Prolog“ unter dem Titel „Der tote Soldat“. Diesem wahrscheinlich eher besinnlichen Stück folgte ein „militärisches Lustspiel“: „Der heitere Weihnachtsabend“, ein Schauspiel, das man eher in der Vorweihnachtszeit als Ende Januar erwarten würde. Den Schlußpunkt bildete das Ritterschauspiel „Die Roßdecke oder Vorstoß am Weihnachtsfest“).

Geschichten von Nussel, Pussel und Dussel

Aus einigen Jahren ist die Veranstaltung von „humoristischen Abenden“ überliefert, die vornehmlich beim Wirt Viehmeyer – also in der Klosterpforte Marienfeld – und beim Wirt Hawixbrock in der Domgaststätte an der St.-Lucia-Kirche stattfanden. Sie bestanden aus einer bunten Folge von kleinen Theaterstücken, manchmal auch Gesangsvorträgen. Die Pausen wurden mit Musik überbrückt. Für den „1. Platz“) mußten 75 Pfennige, für den „2. Platz“ 50 Pfennige bezahlt werden – hinzu kamen natürlich noch die Kosten für den Verzehr.

Leider geht aus den vorhandenen Quellen nicht hervor, wer die Schauspieler waren, die die kurzen Stücke, heute würde man sie als Sketche bezeichnen, aufgeführt haben. Auch die Autoren sind unbekannt und über Literaturlexika nicht erschließbar. Denkbar ist, daß Harsewinkeler oder auch Gütersloher auf der Bühne standen und daß die Autoren aus dem Umfeld der Schauspieler kamen.

Am 17. November 1895 standen sechs Aufführungen auf dem Programmzettel, bei denen allein die Titel der Stücke oder die Namen der auftretenden Personen den humoristischen Charakter unterstreichen. Wer wird sich unter den „dummen Rekruten“ mit den lautmalenden Namen Nussel, Dussel und Pussel nicht drei arme Tolpatsche vorstellen, die kein Fettnäpfchen auslassen, das auf ihrem Wege steht? Auch die beiden Namen Kritzier für einen Richter, der es mit einem arbeitscheuen und namerlosen Individuum

zu tun hat, und Dr. Quacksalber für einen Wunderdoktor wecken schon Vorstellungen von Aussehen und Kleidung der beiden Akademiker. Und bei dem Stück vom Spuk in der Mühle mit der Müllerin mit dem wohlklingenden Namen Rosina und dem Oberförster Nikodemus als Hauptdarstellern handelt es sich sicherlich um das alte Stück von der schönen und früh verwitweten Müllerin, um deren Hand der Oberförster nach langem Hin und Her schließlich erfolgreich anhält. Die beiden Jäger Fridolin und Bruno sowie der Kutscher Fratzke bilden das weitere Personal des Stückes und sind vermutlich die wechselnden Koalitionspartner der beiden Hauptpersonen.

Reichhaltig war das kulturelle Leben in Harsewinkel nicht – außer den genannten Veranstaltungen sind noch die Kirmessen im Frühjahr in Harsewinkel und im Herbst in Greffen, einige wenige Aufführungen wandernder Schauspieler und ab und zu ein Kon-

zert zu nennen. Dann und wann kam auch ein Zirkus nach Harsewinkel, aber nicht mit wilden, exotischen Tieren aus fremden Ländern. Es waren Artisten, deren Darbietungen in der Liste von Lustbarkeiten unter dem Begriff „gymnastische Übungen“²⁷⁾ firmieren. Angesichts der wenigen Abwechslungen ist es durchaus vorstellbar, daß die Einwohner die Schützen- und Kriegerfeste im Sommer, bei denen die Sperrstunde bis 2 Uhr morgens herausgeschoben wurde, freudig erwarteten und sicherlich auch einmal über die Stränge schlugen. Die wiederholten Mahnungen des Regierungspräsidenten vor den Folgen für die Arbeitsmoral am Tage danach dürften also nicht unberechtigt gewesen sein. Allerdings wird Bürgermeister Diepenbrock gewußt haben, daß die Feste eine Notwendigkeit für den mühseligen und langweiligen Alltag der Menschen waren, als er ihre Beschränkung unter Hinweis auf die geringe Zahl von Feiern abwies.

Anmerkungen

- 1) vergl. den Aufsatz zum Gütersloher Kriegerdenkmal (Stephan Grimm, Das Kriegerdenkmal auf dem Gütersloher Dreiecksplatz, in: Gütersloher Beiträge Nr. 24/25, Dezember 1989).
- 2) Eine Tulaerstadt führte nur die Bezeichnung Stadt in ihrem Namen, war aber rechtlich und verwaltungsmäßig keine Stadt.
- 3) Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 96 (Volkszählung Bd. 3/1900 – 1924).
- 4) Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 42 (Zeitungsberichte Bd. 3/1882 – 1919). Bei den Zeitungsberichten handelt es sich um amtliche Mitteilungen des Landrats.
- 5) Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 97 (Allgemeine Berufsstatistik 1882 – 1920).
- 6) Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 441 (Tanz- und Lustbarkeiten Bd. 2/1890 – 1920). Auf die Materialien dieser Akte wird im weiteren Text des Aufsatzes Bezug genommen, ohne daß die Quelle im einzelnen angegeben wird.
- 7) vergl. Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 42 und Akte A 78 (Gehalt des Bürgermeisters und Bestreitung der Bürokosten, Bd. 1/1819 – 1923).
- 8) Verglichen wurde für vier Jahre zwischen 1882 und 1903 die Anzahl der in der „Lustbarkeitsakte“ erwähnten Hochzeiten mit der Gesamtzahl der Hochzeiten im Standesregister Harsewinkel.
- 9) Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 441.

- 10) ebd.
- 11) vergl.: M. Sedenhans, Nationales Vereinswesen und soziale Militarisierung. Die Kriegervereine im wilhelminischen Beiefeld, in: Unter Pickelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus, Beiefeld 1991, S. 369 – 400.
- 12) Die Glocke vom 10. Juli 1905.
- 13) ebd.
- 14) ebd.
- 15) Neuer Ernstbote vom 24. 7. 1909.
- 16) Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 441: Antrag des Krieger- und Landwehrvereins Greffen vom 16. Januar 1912.
- 17) Untersucht wurden stichprobenartig die Anzeigenblätter einiger Jahrgänge der „Glocke“ und des „Neuen Ernstboten“ in der zweiten Januarhälfte.
- 18) vergl. hierzu: M. Wienfort, Bürgerliche Kultur im monarchischen Staat. Kaisergeburtstagsfeste in Minden-Ravensberg 1889 – 1913, in: Unter Pickelhaube und Zylinder, S. 401 – 420.
- 19) alle Zitate: Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 441, Antrag des Krieger- und Landwehrvereins Greffen vom 10. Januar 1909.
- 20) vergl. auch für die folgenden Zitate hier abgedrucktes Plakat vom 17. 11. 1895. Quelle: Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 441.
- 21) Stadtarchiv Harsewinkel, Akte A 441.

Ein Souvenir im Großformat Das Kriegerdenkmal von Borgholzhausen

von Rolf Westheider

I.

Mit dem Sturz eines politischen Systems fallen in aller Regel auch die von ihm errichteten Denkmäler. Hat sich die von ihren Stiftern eingemeißelte Botschaft erledigt, wird ihre weitere Existenz als Zumutung, gar Bedrohung empfunden. Zuvor zwar auch nicht geliebt, aber dennoch geduldet oder als Fixpunkte im städtischen Raum schlechterdings nicht wegzudenken, werden sie zu Steinen des Anstoßes.

Die jüngste deutsche Geschichte liefert dafür eine Fülle von Beispielen. Nach der Überwindung der sozialistischen Diktatur und ihrer politischen Repräsentanten forderte eine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung zu meist erfolgreich das Verschwinden ihrer symbolischen Platzhalter. Allenthalben konnte die jubelnde Menge den ebenfalls symbolischen Exekutionen von Marx und Lenin beiwohnen, konnte miterleben, wie die einstigen Heroren ihr für die lichte Zukunft des Kommunismus geplantes Leben am Strang eines kapitalistischen Autokratis aushaachten, um auf dem Schrottplatz der Geschichte¹⁾ endgelagert, bestenfalls noch bei Sammlern deponiert zu werden, die ihre Wertsteigerung als künftige Objekte nostalgischer Betrachtung sicher zutreffend vorausahnten.

Eine historische Epoche, die noch mehr Denkmäler hervorbrachte als der real nicht mehr existierende Sozialismus, war die sogenannte Wilhelminische Zeit, also die Frist der Regentschaft Kaiser Wilhelms II. zwischen 1888 und 1918. Feierte man nach 1949 in der DDR die Zweistaatlichkeit, d. h. die Durchsetzung eines ersten „Arbeiter- und Bauernstaates“ auf deutschem Boden mit Denkmälern im Stile des Sozialistischen Realismus, so wurde im Wilhelminismus die nach 1871 erlangte nationale Einheit denk-

malmäßig ebenso massenhaft wie flächendeckend mit Kaiser-, Bismarck- und Germania-Statuen glorifiziert. So gab es zumindest in Preußen wohl keine Gemeinde, die nicht zum Ruhme der Nation mindestens ein Denkmal an exponierter Stelle errichtet hätte. Im Unterschied zu der rigorosen Entsorgung in den neuen Bundesländern heute wurde nach dem Scheitern des Kaiserreichs in Folge der Niederlage im Weltkrieg und der Revolution von 1918/19 das Land jedoch kaum von den steinernen und ehernen Hinterlassenschaften jener Epoche befreit. In Erinnerung an bessere Zeiten ließ man die alten Denkmäler unangetastet und errichtete neue an ihrer Seite, galt es doch überall, an den zwischen 1914 und 1918 millionenfach erlittenen Kriegstod zu erinnern.

II.

Im Falle ihres umgehenden Sturzes nach 1918 wäre auch die ravensbergische Kleinstadt Borgholzhausen im Teutoburger Wald vorzeitig um ein Kuriosum und einen späteren Streitfall ärmer geworden. Obwohl allzeit präsent und unversehrt, fristete das Kriegerdenkmal vor der Kirche im Ortszentrum bis vor wenigen Jahren einen Dornröschenschlaf, der auch nicht durch den Umstand gestört wurde, daß es stets ein beliebtes Postkartenmotiv abgab. Erst 90 Jahre nach seiner Einweihung wurde es wegen seiner Inschrift erstmals politisch auffällig.²⁾ An die Einigungskriege, v. a. an den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 erinnernd, wurde es 1896 errichtet und verkündet noch heute die Botschaft:

Den Gefallenen zum Gedächtnis,
Den Lebenden zur Anerkennung,
Den Kommenden zur Nacheiferung!
Diese Widmung läßt natürlich jeden nach-

denklichen Passanten aufhorchen. Er fragt sich zurecht, wem oder was denn da eigentlich nachgeheilt werden soll: Dem Streben nach nationaler Einheit vermittels militärischer Gewalt etwa? Soeben erst erlebten wir, daß sie auch ohne Krieg wiederherzustellen war. Die Aufforderung scheint also längst obsolet. Schon Denkmäler, die nach 1918 gebaut wurden und von Scheitern und Tod Zeugnis abzulegen hatten, verzichteten aus naheliegenden Gründen auf den dritten Teil dieser Wendung des Berliner Altphilologen Boeckh aus den 1820er Jahren. Warum aber nahm man erst Ende der 80er Jahre Anstoß an diesem Motto? Warum setzte erst so spät eine kritische Auseinandersetzung mit dem Denkmal ein?

Der kurzen geschichtlichen Untersuchung des Borgholzhausener Monuments liegt die These zugrunde, daß Denkmäler zwar für die Zukunft, manchmal gleichsam für die Ewigkeit errichtet zu sein scheinen, aber nur in der jeweiligen Gegenwart ihrer Entstehung eine politische Funktion ausüben vermögen.⁷⁾ Die während der Wilhelminischen Zeit entstandenen Kriegerdenkmäler dienten der Nachfeier jener Ereignisse, die 1870/71 zur lang ersehnten nationalen Einigung geführt hatten: Den militärischen Siegen über Frankreich, gipfend in der Gefangennahme des französischen Kaisers Napoleon III. in der Schlacht von Sedan am 2. September 1870. Durch Siegesmale sollte in der Heimat die Erinnerung an die erfolgreichen Kämpfe wachgehalten werden, mit einem Denkmal beabsichtigte man den auf dem „Feld der Ehre“ errungenen militärischen Ruhm symbolisch auf den heimischen Kirchplatz herüberzuholen. Besonders überzeugend gelang dies in Borgholzhausen.

Die dem Denkmal eingestiftete Zweckbestimmung ist der Urkunde zu entnehmen, die anlässlich der Grundsteinlegung am 18. Juni 1896 feierlich verlesen wurde.⁸⁾ Es wird hierin zunächst die Vorgeschichte angesprochen: „Schon gleich nach Beendigung des ruhmvollen Krieges von 1870 und 71

gegen Frankreich, welcher Deutschlands Einheit und Macht begründete und das Sehnen unseres Volkes nach einem deutschen Kaiser endlich erfüllte“, habe sich der Wunsch nach einem Kriegerdenkmal artikuliert. Ab 1880 jedoch ließen die Initiativen an Intensität nach und man wartete auf ein geeignetes Jubiläum als Impuls für eine erneute Werbekampagne. Man fand den Anlaß in der „25jährigen Jubelleier der großen Siege von 1870 und 71. (. . .) Am Jahrestage der Einnahme von Straßburg, am 27. September 1895, wandte sich Herr Conditor Knaust mit einem von Herrn Rektor Heumann verfaßten Aufrufe an seine Mitbürger des ganzen Amtes mit der herzlichen Bitte um einen entsprechenden Beitrag für ein auch hier zu errichtendes Kriegerdenkmal.“ Nachdem schon einige Monate später knapp 3000 Mark eingegangen waren, wurde – wie stets bei Denkmalsprojekten – ein Ausschuß gebildet, der sich als Aufstellungsort für den Platz vor der Kirche entschied. „Mit dankenswerter Bereitwilligkeit gestattete dies das Presbyterium und erlaubte auch noch die Umpflanzung der Luthereiche, welche sonst das Denkmal verdeckt haben würde.“

Das Auffinden des Denkmalsmotivs war einer erstmals in Deutschland einsetzenden massentouristischen Bewegung zu verdanken. Organisierte Bahnreisen brachten die Helden von einst samt ihren Angehörigen an die Stätten ihrer siegreichen Tat.⁹⁾ Unter ihnen waren auch die drei Borgholzhausener Veteranen Lehrer Rösener, Kaufmann Vorderbrügge und Bauer Marten, denen im Sommer 1895 ein Denkmal für das in Münster stationierte Westfälische Infanterieregiment Nr. 13 auf dem einstigen Kampfplatz in der Nähe von Colombey bei Metz anlässlich seiner Einweihung „so sehr gefallen“ hatte, daß sie es auch in ihrem eigenen Ort zu haben wünschten. Schließlich sei es gleichsam mit einer höheren Weihe versehen: Der Kaiser persönlich habe sich über dieses Denkmal „lobend ausgesprochen“. Das Fi-



Kriegerdenkmal von 1896 in der Bildmitte mit den Steinquadern von 1922 als Erinnerung an die Toten des Ersten Weltkrieges.

gurenensemble, „eine stehende Westphalia, ein Mädchen mit Schwertgehänge und Schild, ehrt mit einem Siegesreis aus Eichenlaub den zu ihren Füßen getroffenen Krieger, den die Kräfte verlassen.“¹⁰⁾ Diese Westphalia – übrigens ununterscheidbar von ihren Kol-

leginnen Victoria (römische) und Nike (griechische Siegesgöttin) – geleitet den Tapferen hinüber in den nationalen Heldenhimmel. Das dahinterstehende Pieta-Motiv ist offensichtlich; man nahm an, daß es auch von einer mehrheitlich protestantischen Be-



Das Ehrenmal in Colombey bei Metz gefiel so gut, ...

völkerung würde verstanden werden, obwohl es im Repertoire der lutherischen Volkstrümmigkeit weniger verankert ist. Als Schöpfer des Denkmals wurde der Bildhauer Anton Rüller aus Münster ermittelt, der sich dort mit Annette-von-Droste-Hülshoff-Denkmalen bereits einen Namen gemacht hatte.) Er erbot sich zum Preise von 3.390 Mark eine Kopie der Figuren zu liefern. „Die drei Statuen werden aus Ibbenbüerner, der Sockel und die Säule aus Obernkirchner, die beiden Figuren (...) aus Morley- oder belgischem Sandstein hergestellt.“ Um vor Ort am militärischen Ruhm Anteil haben zu können, erhielt Rüller den Auftrag, das lothringische Schlachtfelddenkmal für Borgholzhausen nachzubauen. – Ein Kriegerdenkmal wurde zum Souvenir.



daß es 1896 in Borgholzhausen nachgebaut wurde.

Daheim errichtet, war seine wichtigste Funktion, den durch die Landesmutter Westfalen zum Ausdruck gebrachten Heimatbezug auf die eigene Geschichte auszuweiten. Nicht umsonst wählte man den 18. Juni 1896 als Tag der Grundsteinlegung, „weil am 18. Juni 1675 der große Kurfürst durch die Schlacht bei Fehrbellin das kleine Brandenburg, zu dem auch die Grafschaft Ravensberg schon damals gehörte, zur ersten deutschen Macht nach Österreich erhob.“ Mehr noch, denn „am 18. Juni 1815 brach unter den mächtigen Schlägen Blüchers und Wellingtons das erste französische Kaiserreich bei Belle-Alliance (Waterloo, R. W.) zusammen, und Deutschland wurde von dem Joche des Erbfeindes befreit.“ Mit der Ankündigung der Denkmalsweihe am 16. August, dem

„Erinnerungstage der Heldenschlacht bei Vionville-Mars-la-Tour, eines der blutigsten Saatsfelder der großen Ernte“, konnte die historische Legitimationskette, in die man sich nunmehr symbolisch eingereicht hatte, geschlossen werden.

Auch in den Reden anlässlich der zweitägigen Einweihungsfeier „in Gegenwart des Landrats Graf von Korff-Schmising und einer gewaltigen Beteiligung der Amtseingesessenen“) sowie einer Abordnung der „Älten Dreizehner“ aus Münster“) stand die Nationalgeschichte als politische Legitimation im Vordergrund. Durch Amtmann Kessler erfuhr der vermeintlich eigene Erfolgsbeitrag eine besondere Würdigung: „Gerade die Westfalen brachten die Feinde zum Stehen und bewirkten, daß durch die blutigen Schlachten bei Colombey, Mars-la-Tour und Gravelotte am 14., 16. und 18. August 1870 die ganze Rheinarmee des zweiten französischen Kaiserreichs in Metz eingeschlossen werden konnte, während Napoleon III. feige entwich, um später in Sedan gefangengenommen zu werden.“ Auf die Denkmalsfigur bezogen, führte Kessler weiter aus: „Der sterbende Krieger dort hat sein Herzblut für die Freiheit und Einheit Deutschlands fröhlich dahingegeben, doch nicht umsonst ist sein Heldenblut geflossen, daher fällt die Westfalen den Siegespreis, einen Eichenzweig, über ihn.“ Posthum wurde nach 25 Jahren, einer Ordensverleihung ähnlich, für die historische Tat ein symbolischer Preis vergeben. Das Sterben war nicht vergeblich, dem Tod wurde ein Sinn verliehen. Von Trauer war keine Rede mehr, sie war längst verflissen.

III.

Das Borgholzhausener Kriegerdenkmal als Zeugnis des Wilhelminismus überlebte, weil es sich in seiner politischen Botschaft letztlich als harmlos erwies und daher keine Bedrohung darstellte. Gewiß überdauerte es auch deshalb, weil es einen Erfolg dokumentieren konnte, nicht eine Niederlage zu rechtferti-

gen hatte. Die Kritik blieb unwirksam, weil undeutlich blieb, welche ideologischen Gründe sein Verschwinden unausweichlich gemacht hätten. Nicht einmal eine von den Grünen 1986 geforderte Mahntafel war zu seiner Rettung notwendig. Daß es erhalten blieb, ist letztlich nur zu begrüßen, denn wo nichts mehr steht, kann an nichts mehr erinnert werden, ist es unmöglich, die Geschichte in ihren Voraussetzungen und Bedingungen verständlich zu machen. So gesehen ist der denkmalsmäßige Kahlschlag auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nur zu bedauern.

Anders erging es den gleichfalls von Rüller beidseits der Westfalen 1922 aufgestellten Steinquadern, die erst vor einigen Jahren einer Kirchplatzumgestaltung zum Opfer fielen. Sie erinnerten an die 245 im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten des Amtes Borgholzhausen mit den Inschriften:

Die vielen, vielen Scharen,
die unsere Brüder waren,
sie haben ihr herrliches Leben
für uns zum Opfer gegeben.

Und:

Herr Gott, nun segne dem deutschen
Land
seinen gefallenen Heldenstand
gib allen freudigen Opfergeist
der auch im Frieden sich stark erweist.

Am Totensonntag des Jahres 1922 eingeweiht, ist bei diesem Denkmal das Trauermotiv wesentlich zentraler.) Der unaufbaren Niederlage einen Sinn zu vermitteln, war unvergleichlich schwerer, als dem – noch dazu „erfolgreichen“ – Sterben einiger weniger zu gedenken.

Da es nach 1939 noch einmal schlimmer kommen sollte, wurde es verzichtbar. Die Westfalen, das Zeugnis von Deutschlands Ruhm und Stolz hingegen blieb. Manche finden sie schön, andere kitschig, die meisten aber können sie sich aus dem Stadtbild nicht wegdenken. Ihre Existenz zeigt auch, daß das historische Bewußtsein mit „Kaisers Zeiten“, der Epoche des Wilhelminismus, kaum

Probleme hat. Heutzutage vielleicht weniger denn je. Auch tat die gegen alles „Welsche“ Stehende der deutsch-französischen Verständigung keinen Abbruch, obwohl sie die über 1896 hinaus leider noch allzu lang anhaltende „Erbfeindschaft“ in einer Weise ak-

zentuiert, wie man sie sich pointierter kaum noch vorstellen kann; gewiß auch ein Beleg dafür, daß manche Denkmäler in ihrer zeitlichen Wirkung doch recht eingeschränkt sind. Sofern man sie läßt, wie sie sind.

Anmerkungen

- 1) Herzu Rolf Westheider, Denkmäler. Nur Müß der Geschichte? Möglichkeiten der Erinnerungsarbeit, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 8. 2. 1991.
- 2) „Anstößiges“ Kriegerdenkmal in Borgholzhausen soll mit einer Mahntafel versehen werden, in: Haller Kreisblatt, 21. 10. 1986.
- 3) Dazu ausführlicher bei Rolf Westheider, Krieg, Einheit und Denkmal. Beispiele politischer Symbolik in Minden-Ravensberg, in: Joachim Meynert u. a. (Hg.), Unter Pickelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus 1888 bis 1914, Bielefeld 1991, S. 487–502, hier S. 488 f.
- 4) Stadtarchiv Borgholzhausen, A 45; der Urkundentext findet sich auch in dem ausführlichen „Protokoll für die Errichtung eines Kriegerdenkmals zu Borgholzhausen“, A 819. Alle weiteren Zitate entstammen diesem Urkundentext.
- 5) Dieser politisch motivierte Schlachtfeldtourismus fand seinen Höhepunkt in den volkstümlichen Einweihungsfeierlichkeiten des zentralen Gedenk-

tums bei Gravelotte. Allein anlässlich dieses Ereignisses reisten 40.000 Besucher aus Deutschland ins Reichsland Elsaß-Lothringen, um nach einem Vierteljahrhundert den Sieg über Frankreich zu feiern. Dazu Annette Maas, Kriegerdenkmäler um Metz (1870/71–1918). Mentalitätsgeschichtliche Untersuchungen im deutsch-französischen Spannungsfeld Ms. Nancy 1988, S. 95.

- 6) Maas, S. 35.
- 7) Thieme/Becker, Lexikon der bildenden Künstler, Bd. 29, S. 170.
- 8) G. Heimann, Das Amt Borgholzhausen nach seiner geschichtlichen Entwicklung, Ms. Borgholzhausen o. J., S. 13.
- 9) Albert Buck, Borgholzhausener Kriegerdenkmal hat einen französischen „Zwilling“, in: Haller Kreisblatt, 16. 8. 1986. Die im folgenden zitierten Redeausszüge empfand Buck „für uns Heutige nicht mehr genießbar.“ Es handelt sich dabei noch immer um den Urkundentext.
- 10) Herzu Heimann, ebd.

Die Anstellung des ersten Desinfektors für das Amt Rietberg 1896

Ein Beispiel für die Entwicklung der Preußischen Medizinalgesetzgebung zwischen 1890 und 1910

von Birgit Hackfeld

„Die Gesundheit ist die erste und wichtigste Voraussetzung jeder geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung. Vielfach von Ursachen abhängig, die der einzelne nicht zu beherrschen mag, wird sie damit zu einem Gegenstande, dem der Staat seine Fürsorge zuzuwenden hat.“)

Die Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung als Folge von staatlichen und kommunalen sozialhygienischen Maßnahmen soll anhand der Anstellung eines staatlich geprüften Desinfektors für das Amt Rietberg verfolgt werden. Rechtliche Grundlage dieser Anstellung war die „Polizei-Verordnung betreffend Maßregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten“ des Mindener Regierungspräsidenten vom 10. August 1891.⁷⁾ Dort wird im wesentlichen die Anzeigepflicht gemeingefährlicher Krankheiten wie Cholera, Pocken, Kopfge-nickkrampf, Fleck- und Unterleibstypus, Diphtherie, Scharlach, Wochenbettfieber, Ruhr etc. geregelt. § 7 weist besonders auf die Verpflichtung der Desinfektion während und vor allem nach Beendigung einer Krankheit (durch Genesung oder Tod) hin. Die Ausführungsbestimmungen der Polizeiverordnung empfehlen die vorschriftsmäßige Ausführung einer Desinfektion durch einen amtlich bestellten Desinfektor, regeln dessen Prüfung und Beaufsichtigung und empfehlen als sicherstes Desinfektionsmittel neben Karbol- und Soda-lösung, strömenden Wasserdampf von mindestens 100°C in speziellen Desinfektionsapparaten.⁸⁾

Des Weiteren werden detaillierte Verhaltens- und Desinfektionsvorschriften für die Absonderung des Kranken, dessen Transport und Reinigung sowie die des Warte- und Pflege-

personals erteilt. Das Fehlen eines Desinfektionsapparates machte 1901 noch das sorgfältige und mühsame Einlegen aller Textilien in eine kochende Soda- oder Kaliselenlösung sowie das Abreiben aller Möbel und anderer nicht waschbarer Gegenstände mit Karbolsäure nötig.⁹⁾

1891 referierte der Kreisphysikus Dr. Schlüter zum ersten Mal im Bericht des Kreis-Ausschusses über die Verwaltung und den Stand der Kreis-Kommunal-Angelegenheiten des Kreises Wiedenbrück unter dem Punkt Gesundheitspflege über das Auftreten von Infektionskrankheiten:

„Der Kreis ist im Jahre 1891 von größeren Epidemien verschont geblieben. Es hat sich ein vermehrtes Auftreten von Unterleibstypus gezeigt. . . . Es erkrankten an Unterleibstypus im Jahre 1891: 57 gegen 27 im Jahre 1890, . . . Scharlach, Ruhr und Diphtherie sind im ganzen selten gewesen.“)

1896 wird der Drechsler Caspar Höken-schnieder (s. Abb. 1) aus Rietberg nach einer vor dem Kreisphysikus Sanitätsrat Dr. Wilhelm Schlüter abgelegten Prüfung zum ersten amtlichen Desinfektor für die Gemeinden Bokel, Druffel, Neuenkirchen, Rietberg, Varenseil und Westerwiehe bestellt. Die Hauptaufgabe eines Desinfektors bestand in der sogenannten Schlußdesinfektion von Wohnungen bei gemeingefährlichen Krankheiten. Die Entlohnung dieser zunächst nebenberuflichen Tätigkeit wird durch Beschluß der betreffenden Gemeindevertretungen pro Desinfektion auf drei Mark festgesetzt. Die Desinfektionskosten werden von der jeweiligen Gemeinde übernommen; die Anschaffung der dazu erforderlichen Geräte werden



auf die beteiligten Gemeinden umgelegt. Die Gemeinden Möse und Mastholte entziehen sich dieser gemeinschaftlichen Regelung, da sie „im Allgemeinen weniger unter ansteckenden Krankheiten zu leiden haben . . . und deshalb den Desinfektor entbehren zu können glauben“. . .) Wurde dennoch eine Desinfektion notwendig, griffen auch sie auf den erwähnten Hökenschnieder zurück, entlohnten ihn jedoch nicht aus der Gemeindegasse, sondern durch den jeweiligen Auftraggeber.)

Zur Aufbewahrung und zum Transport der für den Desinfektor erforderlichen Geräte war laut Polizeiverordnung die Beschaffung eines „dauerhaft gearbeiteten, verschließbaren Blechkastens“) vorgeschrieben. Dieser wird laut Briefwechsel zwischen dem Kreisphysikat Wiedenbrück, namentlich Dr. Schlüter, und dem Amt Rietberg von dem Klempnermeister W. E. Funke in Minden zu einem Preis von 19 1/2 Mark angefertigt. Eine beigefügte Inhalts-Liste des Blechdesinfektions-Kastens läßt zwar bereits eine reglementierte Ausführung von Wohnungsdesinfektionen erkennen, eine Professionalisierung durch serienmäßig industriell gefertigte Desinfektionsapparate läßt jedoch noch einige Jahre auf sich warten.

Zunächst jedoch gibt uns ein Verzeichnis der dem Desinfektor Hökenschnieder übergebenen Gegenstände einige Rätsel auf: „1 Fußbodenschrubber mit Stiel, 1 Handfeger, 2 Scheuerbürsten, 1 Möbelbürste, 1 Brodmesser, 2 Aufnehmer, 2 Staubtücher, 1 Mauerpinsel, 1 Meißgläschen, 1 Glasflasche mit Schrift, 1 Blech-Büchse, 1 Kehrriechtschale, 1 Litermaß.“) (s. Abb. 2). Die Notwendigkeit eines Brodmessers erklärt die zeitgenössische, einschlägige Literatur unter dem Stichwort „Die Ausführung der Wohnungsdesinfektion für Wände und Möbel“ wie folgt:

„Wände mit nicht waschbaren Tapeten werden mit 24 Stunden allem, nicht mehr lebendem und nicht bröckelndem Graubrot abgerieben; die Brotkrümel

sind mit einem feuchten Besen zusammenzufegen und gleich zu verbrennen.“) Für waschbare Tapeten und Wände mit Ölfarbenanstrich hingegen wird ein zweimaliges Abwaschen mit 2- bis 3%iger Karbolsäurelösung empfohlen. Die im einzelnen aufgeführte Desinfektionsanweisung für „Aborte und Klosette, namentlich solche ohne Wasserspülung“) machen die Unannehmlichkeit dieser Arbeit deutlich.

Bestätigt wird dieses durch einen Brief des Desinfektors Hökenschnieder an das Amt Rietberg vier Jahre nach seiner Einstellung. „Im Monat März 1896 bin ich für die Gemeinden . . . als Desinfektor angestellt und erhalte für jede vorgenommene Desinfektion 3 M. Für diesen Betrag kann ich die unangenehme Arbeit nicht weiter ausführen und bitte, Herrn Amtmann wollen den Gemeinde-Vertretungen mein Gesuch vortragen mit der Bitte, den Betrag von 3 auf 4 Mark erhöhen zu wollen.“)

Caspar Hökenschnieder (1862–1936) war von Hauptberuf Drechslermeister. Aus der Lebensbeschreibung seines Sohnes Anton geht hervor, daß die finanzielle Situation der Familie sehr schlecht gewesen sein muß.) Erst als Caspar Hökenschnieder 1903 eine feste Anstellung bei der Firma Kemper und Sonsberg gefunden hatte, erlaubte es ihm seine nunmehr finanziell gesicherte Position, die Nebentätigkeit als Desinfektor aufzugeben.

Noch im selben Jahr wird im Kreis die Anwendung eines neuen Desinfektionsverfahrens diskutiert (s. Abb. 3)

„Die Formalin-Desinfektion hat sich in letzter Zeit immer mehr Anerkennung erworben, weil sie insofern für das Publikum außerordentlich bequem und wenig belästigend ist. Ich kann mich daher wohl der sicheren Erwartung hingeben, daß sich auch das dortige Amt diesen Fortschritt der Wissenschaft zunutze machen wird . . .“)



Abb. 1

Der erste Desinfektor im Kreis Rietberg, Caspar Hökenschnieder, mit seiner Familie um die Jahrhundertwende. Privatbesitz

so eine Empfehlung des Landrates zu Wiedenbrück an das Amt Rietberg.

Mußte bei den herkömmlichen Desinfektionsmethoden der Desinfektor „den krankmachenden Stoffen“) mit Schrubber, Lappen und Karbollösung zu Leibe rücken, so stellte nun die Kombination neuartiger Desinfektionsmittel (z. B. Formalin) mit Wasserdämpfen eine wesentliche Erleichterung dar. Die für diese neue Methode unerlässlichen Desinfektions-Apparate wurden seit der Jahrhundertwende von verschiedenen Firmen angeboten. Der Kreisarzt Dr. Schlüter favorisierte den „Göttinger Desinfektions-Apparat nach der Breslauer Methode von Prof. Dr. C. Flügge“, der 1901 angeschafft wurde. Das preiswerteste, aber gefährlichste

Desinfektionsverfahren wird von ihm als gesundheitsgefährdend, unpraktikabel und als zu zeitaufwendig beschrieben.) Das etwas kurios anmutende Prinzip wird in der Gebrauchsanleitung für einen ähnlichen Apparat folgendermaßen erklärt:

„Nachdem Fenster und Thüren in dem zu desinfizierenden Raume, aus welchem Nichts entfernt werden darf, verdichtet sind, wird die Hauptthüre von aussen verschlossen und der Apparat in Höhe des Schlüsselochs vor derselben aufgestellt. Der dem Apparat beiliegende Gummischlauch wird sodann an dem Ausströmungsrohr . . . angebracht und durch das Schlüsseloch der Thüre geleitet. Der Apparat wird je nach Grösse mit den vor-



Abb. 2

Desinfektor in Arbeitskleidung mit den gesetzlich vorgeschriebenen Gerätschaften für eine Wohnungsdesinfektion. aus: Das gesunde Haus, Stuttgart 1902, S. 584

geschriebenen Quantitäten Formaldehyd und Wasser angefüllt und zwar dient hierbei die mittlere Oeffnung zur Aufnahme des Formaldehyds. Dann wird die vorher zu füllende Spirituslampe in Thätigkeit gesetzt.¹⁷⁾ (s. Abb. 4)

Parallel zur technischen Entwicklung in der Medizin vollzog sich eine Spezialisierung der Medizinalgesetzgebung. Bis zur Einführung des Reichsseuchengesetzes (RSG) vom 30. 6. 1900 hatte die Reichsgesetzgebung die Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten nur punktuell geregelt.¹⁸⁾ Daneben blieben die landesrechtlichen Vorschriften mit ihren allgemeinen Bestimmungen für die Anzeigepflicht, die Schließung von Schulen und Kirchen, die Absonderung der Kranken und Verstorbenen sowie die Desinfektion in Kraft.¹⁹⁾

Das RSG regelte neben dem Impfwesen, dem Einsatz der Lebensmittelpolizei und der Ausübung der ärztlichen Praxis auch die Aufgaben der Kreisärzte, die als technische Berater der Landräte fungierten:

„Der Kreisarzt hat die gesundheitlichen Verhältnisse, Anordnungen und Anstalten zu überwachen und kann bei Gefahr im Verzuge vorläufige Anordnungen gegen die Weiterverbreitung gemeingefährlicher Krankheiten selbständig treffen.“²⁰⁾

Außerdem wird die Bildung einer Gesundheitskommission zur Unterstützung der öffentlichen Gesundheitsvorsorge und der Seuchenbekämpfung geregelt. In Gütersloh konstituierte sich eine solche Kommission im Jahre 1901. Ein Mitglied dieser sechsköpfigen Kommission war per Gesetz der Kreisarzt Dr. Schlüter.²¹⁾

Daß der Umgang mit ansteckenden Krankheiten im Regierungsbezirk Minden schon sehr früh ernst genommen wurde, zeigt ein Bericht der Medizinal-Abteilung des Ministeriums in Berlin 1899:

„Minden. Am Schluss des Jahres 1894 waren 141 Desinfektoren vorhanden, deren durchschnittliche Einnahme 44 M betrug, und von denen jeder durchschnitt-



Abb. 3

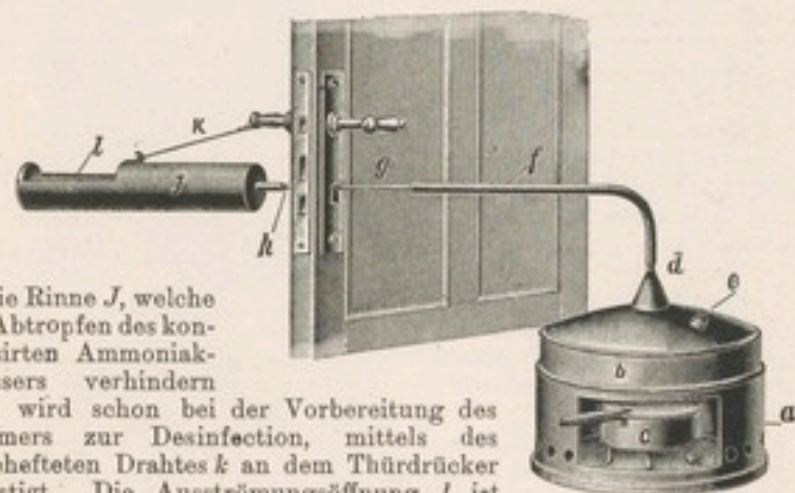
Apparat zur Formaldehyd-Desinfektion um 1903. Stadtarchiv Rietberg, Akte C 265

lich jährlich 13 Desinfektionen ausführte.“²²⁾

Der Ausbau der Seuchengesetzgebung hatte eine weitere Professionalisierung der Ausbildung von Desinfektoren zur Folge. Nachdem Ausbildung und Prüfung bisher von den beamteten Ärzten (Kreisärzten) vorgenommen wurden, richtete man bald staatliche Desinfektorenschulen ein.²³⁾ Die bereits im Kreis tätigen Desinfektoren wurden zu einem sechstägigen Lehrgang auf die 1903 eingerichtete Desinfektionsschule in Münster geschickt.²⁴⁾ 1930 gab es insgesamt bereits

Gebrauchs-Anweisung zu dem Ammoniak-Entwickler.

Der Apparat, bestehend aus Mantel *A*, Brenner *C* und Kessel *B*, wird vor die Thür des desinficirten Raumes gestellt; in den Brenner *C* werden pro Liter Ammoniaklösung 100 ccm. Brenn-Spiritus von 90 Vol. % und in den Kessel *B* durch die Schraubenöffnung *e* die erforderliche Menge 25 % Ammoniak-Lösung gefüllt.



Die Rinne *J*, welche ein Abtropfen des kondensirten Ammoniak-Wassers verhindern soll, wird schon bei der Vorbereitung des Zimmers zur Desinfection, mittels des angehefteten Drahtes *k* an dem Thürdrücker befestigt. Die Ausströmungsöffnung *l* ist hierbei nach oben zu richten. In den Ansatz *h* schiebt man das leicht gekrümmte Rohr *g* und verbindet letzteres durch den Gummischlauch *f* mit dem Kessel *b*.

Abb. 4

Das Ammoniak-Verfahren half nach der Wohnungs-Desinfection bei der Neutralisierung des Formalin-Geruches.
Stadtarchiv Rietberg, Akte C 265

34 Desinfektorschulen im Deutschen Reich.²⁵⁾ Eine Lehrgangserweiterung auf neun Tage sowie eine schärfere Prüfungsordnung schafften die Basis für die Ausbildung hauptamtlicher Desinfektoren. 1908 wird vom Mindener RP eine Vereinheitlichung der Desinfektorenordnung mit der

Garantie eines Festgehaltes für hauptamtliche Desinfektoren angeordnet. Ein Jahr später erfolgt die Anstellung der Desinfektoren auf Kreisebene. Ihnen wird ein Mindestgehalt von 100 RM (nach drei Jahren 150 RM) und eine Versicherung gegen Unfall, Krankheit, Alter und Invalidität garantiert.²⁶⁾

Anmerkungen

- 1) Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem deutschen Reiche. 16. Aufl. Berlin 1904, S. 355.
 - 2) Amtsblatt der Königlich Preussischen Regierung zu Minden, Jg. 1891, S. 221 f.
 - 3) vgl. Extra Beilage zum 21. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Minden pro 1892, S. 7 ff. In: Amtsblatt der Königlich Preussischen Regierung zu Minden, Jg. 1892.
 - 4) ebd.
 - 5) Bericht des Kreis-Ausschusses über die Verwaltung und den Stand der Kreis-Kommunal-Angelegenheiten des Kreises Wiedenbrück für das Jahr 1891, S. 8.
 - 6) Stadtarchiv Rietberg, Akte C 265, 18. 4. 1896.
 - 7) ebd.
 - 8) s. Anm. 3, S. 18.
 - 9) Stadtarchiv Rietberg, Akte C 265.
 - 10) O. Köhnke/H. Müllenbach: Das Gesunde Haus, Stuttgart 1902, S. 584.
 - 11) s. Anm. 10, vgl. S. 586.
 - 12) Stadtarchiv Rietberg, Akte C 265, 21. 12. 1900.
 - 13) „Während meiner Schulzeit konnte ich keine Freizeit, sondern vom 10. Jahre galt es nur arbeiten. Vater war Drechsler, wir Kinder, wenn wir von der Schule kamen, mußten wir seine Drehbank treten helfen, denn es gab noch keinen Kraftbetrieb; dann hatte ich noch eine Etikettenmaschine von Löwenstein, da mußte ich während meiner Freizeit Etiketten oesen. Für 1000 Stück erhielt ich 0,20 M. Bis zum 14. Jahre hatte ich mir 300–350 M. dadurch erworben! Abends mußte ich von Bäckerei zu Bäckerei und Hele verkaufen. Der Vater konnte aus seiner Drechslerei nicht für 5 Geschwister soviel Geld herausholen, um sie zu ernähren, manchmal ging ich
- auch noch nach der Bäckerei Funke . . . und mußte dort Teig kneten, dafür gab es dann aber mal ein Stück Kuchen.“
Lebenserinnerungen des Anton Hökenschnieder, Privatbesitz G. Hökenschnieder, Rietberg; jetzt in Kopie der Akte C 265 angelegt.
- 14) Stadtarchiv Rietberg, Akte C 265.
 - 15) M. Rubner: Lehrbuch der Hygiene, 4. Aufl. Leipzig/Wien 1892, S. 919.
 - 16) Stadtarchiv Rietberg, Akte C 265.
 - 17) ebd., Gebrauchsanweisung der chem. Fabrik Seelze, Hannover.
 - 18) Das HWB der Preussischen Verwaltung von 1906 verweist unter dem Stichwort „Desinfection bei Menschenkrankheiten“ auf den § 19 des RSG vom 30. 6. 1900 (RGL 306), der eine Desinfection lediglich bei Aussatz, Cholera, Flecktyphus, Pest und Pocken vorschreibt, ferner auf § 8 des Pr. G. vom 28. 8. 1905 (GS 373) bei Diphtherie, Genickstarre, Kindbettfieber, Körnerkrankheit, Lungen- und Kehlkopftuberkulose, Scharlach, Unterleibstypus, Milzbrand, Rotz und Tollwut. vgl. HWB d. Preuß. Verwaltung Bd 1, Leipzig 1906, S. 341.
 - 19) s. Anm. 1, vgl. S. 258.
 - 20) s. Anm. 1, S. 357.
 - 21) vgl. Konzeption des Stadtmuseums Gütersloh, S. 199.
 - 22) vgl. Das Sanitätswesen des Preussischen Staates während der Jahre 1892, 1893 und 1894, Berlin 1899, S. 39.
 - 23) vgl. B. Möllers (Hrsg.) Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich, Berlin/Wien 1923, S. 83 f.
 - 24) Kreisarchiv Gütersloh LRWD, Akte F 95/9.
 - 25) s. Anm. 23, vgl. S. 84.
 - 26) Kreisarchiv Gütersloh LRWD, Akte F 95/9.



Die Jubiläumssäule im Wiedenbrücker „Kaiserforst“.

Foto: Privatbesitz

Jubiläumsjahr 1913 Feierliche Eröffnung des „Kaiserforstes“ in Wiedenbrück Erster „Naturschutzpark“ im Kreisgebiet

von Günter Brüning

In der Archivbibliothek des Kreisarchivs findet sich in dem Buch: „Unser Kaiser, 25 Jahre der Regierung Kaiser Wilhelm II. 1888 – 1913“, das alle Lebensbereiche, in denen Kaiser Wilhelm während seiner 25jährigen Regierungszeit tätig war, in Wort und Bild beschreibt, auf dem vorderen Vorsatzblatt folgender handschriftlicher Vermerk: „Geschenkt von der königlichen Regierung (in Minden) zur Erinnerung an das Kaiserjubiläum am 16. Juni 1913.“

In den Akten des Kreisarchivs sucht man leider vergeblich nach einem ausführlichen Bericht über dieses Jubiläum. Der vierteljährliche Bericht z. B. des damaligen Landrats Edwin Klein (1910 – 1944) enthält außer dem kurzen Vermerk, daß ein solches Jubiläum stattgefunden habe, nichts weiter. Ein Blick in eine Akte mit dem Titel „Vaterländische Gedenktage“ hilft ein wenig weiter auf der Suche danach, wie man zur Zeit Kaiser Wilhelm II. ein großes Jubiläum in einer kaiserlich/königlichen deutsch/preussischen Verwaltungstadt feierte.

Im Februar 1913 weist der königliche Regierungspräsident v. Borries (1909 – 1917) in Minden zum ersten Mal auf das kommende Jubiläum hin. Die Bevölkerung möge sich an einer Stiftung in Münster zur Bekämpfung von Krebs und Lupus beteiligen. Des weiteren wurde eine Sammlung für die christliche Mission in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten angekündigt. Am 17. April wurden Feiern in allen Schulen und am 22. Mai für Montag, den 16. Juni Sonntagsdienst auf allen „Bureaus“ angeordnet.

Am 3. Mai des Jahres gab der Minister des Innern in Berlin folgendes bekannt: „Des Kaisers und Königs Majestät haben zu genehmigen geruht, daß alle anlässlich Allerhöchst-

ihres bevorstehenden Regierungsjubiläums von Behörden, Gemeinden und sonstigen Verbänden, Korporationen und Vereinen zu errichtenden wohltätige und gemeinnützige Stiftungen eine mit Allerhöchstem Namen oder Jubiläum in Verbindung gebrachte Bezeichnung führen dürfen, ohne daß es der Einholung der besonderen Allerhöchsten Zustimmung bedarf.“

Am 17. Juni, also einen Tag nach dem Jubiläum, forderte der Innenminister über den Regierungspräsidenten Zeitungsartikel über die Jubiläumsfeiern an. Der Landrat sandte ihm solche zu. Damit ist die sehr dünne Aktenüberlieferung zu Ende.

Was aber spielte sich am 16. Juni 1913 in der königlich preussischen Kreisstadt Wiedenbrück ab?

Am Morgen dieses Tages, als die Schulkinder zur Feier in die Schulen eilten, prangte Wiedenbrück im Fahنشmuck. Am Nachmittag um 16.00 Uhr begann die Hauptfeier auf dem Marktplatz, auf dem sich die Vereine zu einem Festzug ordneten. Ein Chronist schreibt: „An der Spitze ritt als Kommandeur Herr Ortmeier, dann folgten die Knabenschulen mit ihrem Trommler- und Pfeiferkorps, die Rektoratschule, die von Herrn Bendermacher gestellte Festmusik, der Krieger- und Landwehrverein, die städtischen Vertretungen, Vertreter der Geistlichkeit beider Konfessionen und eine große Anzahl Ehrengäste. Weiter schlossen sich an die 3 Männergesangsvereine, „Eintracht“, „Hoffnung“ und der Pfarr-Cäcilienchor, der Turnverein, die Freiwillige Feuerwehr mit ihrem Musikkorps, der St.-Sebastian-Schützenverein, der Bürger-Schützenverein, der Gesellenverein und endlich die Jünglings-Sozialität. Außer den Vereinsabzeichen trugen die Teilnehmer eigens zu diesem

Zwecke beschaffte Jubiläumsschleifen, und so bot der Festzug, der sich bei dem herrlichen Wetter so recht entfalten konnte, mit den vielen Fahnen ein überaus farbenprächtiges Bild.“

Wohin aber bewegte sich der Festzug? Er zog zum Stadtholz. Nachdem der Landrat das Schreiben des Innenministers vom 3. Mai den Bürgermeistern zur Kenntnis gebracht hatte, war der Wiedenbrücker Bürgermeister Paul Schmitz (1894–1923) bei der Planung des Festes auf die Idee gekommen, das Stadtholz dem Kaiser zu widmen, als Erholungsort – der er aber schon lange war – für die Bürger.

Der Chronist fährt fort: „Beim Einzug in das Stadtholz krachten die Böller, und kurz darauf wurde halt gemacht vor dem ersten Rondell, in dessen Mitte sich die Jubiläumseiche erhebt, vor der ein mächtiger efeuumrankter Findling gelagert ist, auf dem in goldenen Buchstaben die Worte stehen: ‚1913. Jubiläumseiche‘.“

Die Vereinsfahnen umgaben den Platz im Halbkreis. Die vereinigten Männergesangsvereine „Eintracht“ und „Hoffnung“ brachten zunächst das Chorlied „Heil Kaiser und Reich“ zu einem stimmung- und eindrucksvollen Vortrag.

Darauf bestieg Herr Bürgermeister Schmitz, von dem der Gedanke zur Veranstaltung der schönen Feier ausgegangen ist, und der sich dann um die Verwirklichung der Idee in hohem Maße verdient gemacht hat, das Rednerpult. In formvollendeter Rede schilderte er die Bedeutung des Tages und gedachte der 25jährigen Friedensarbeit unseres erlauchten Kaisers. Zuletzt führte Redner folgenden Gedanken aus:

„Wir sind schlichte Bürger, von denen jeder seine Arbeit hat. Aber auch in uns regte sich im Vorausblick auf diesen Tag ein gewisses Gefühl der Dankbarkeit, jedoch nicht allein das Gefühl der Dankbarkeit, sondern auch das Gefühl der Pflicht, unserem Herrscher ein äußeres Zeichen der Verehrung und Liebe zu widmen. Ein Prunkgeschenk dazu

bringen, das fühlten wir, würde nicht nach des Kaisers Sinn stehen; aber der ganzen Gemeinde ein Geschenk zu machen, das auch dem kleinsten Manne zugute kommt, der Natur in natürlicher Weise entgegenzukommen, das schien uns das passendste Weihegeschenk zu sein. So beschlossen denn die städtischen Vertretungen, dem Kaiser den schönsten Besitz zu widmen, den wir unser eigen nennen: Unser Stadtholz. Aber wir wollten auch, daß die Erinnerung an diesen Tag unsern Nachkommen in unauslöschlichem Gedenken bleibe; wir gaben dieser hochgewachsenen, echt westfälischen Eiche den Namen ‚Jubiläumseiche‘, wir setzten dort die von Künstlerhand geschaffene Gedenksäule und folgten dem Vorschlag der Gemahlin (Clara Osterrath, geb. Cosack) unseres Ehrenbürgers, die die Patenschaft übernommen. Von nun an sei der Name dieses Waldes ‚Kaiserforst‘.“ Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf Wilhelm II. seine zündende Ansprache.

„Nachdem die beiden genannten Gesangsvereine unter Musikbegleitung ‚Allddeutschland‘ von Abt mit feuriger Begeisterung gesungen, bewegte sich der Festzug in das Innere des herrlichen Waldes. Bald grüßte aus dem zweiten Rondell die mit einem vergoldeten Adler gekrönte Gedenksäule feierlich zu dem durch die grünen Hallen unter klingendem Spiel und Böllerschüssen dahinziehenden Festzug herüber. Diese Säule trägt auf der Vorderseite das Wappen der Stadt Wiedenbrück, darunter folgende Inschrift: ‚Die Bürger der Stadt Wiedenbrück widmen diesen Forst ihrem Kaiser.‘ Auf der Rückseite lesen wir: ‚Errichtet den 15. Juni 1913 am 25. Jahrestage der friedensreichen glücklichen Regierung Seiner Majestät Wilhelms II.‘ Hier möchten wir noch erwähnen die ebenfalls von Herrn Mormann ausgeführte und in jenes entzückende Waldpanorama vorzüglich eingefügte Steinbank (ein Geschenk der Frau Osterrath), mit den allerliebsten nußknackenden Eichhörnchen.“ Soweit der Bericht über die Widmung des Kaiserforstes.

Die Jubiläumfeier war jedoch noch nicht zu Ende. Der Festzug zog zur städtischen Festhalle (Reitbahn an der Rietberger Straße), die kaum alle Teilnehmer fassen konnte. Bürgermeister Schmitz saß dem nun folgenden Festkommers vor, bedankte sich in seiner Eröffnungsrede bei allen, die sich um die „Einrichtung des Stadtholzes zum Naturschutzpark irgendwie verdient gemacht“ hatten. Er verlas unter anderem Schreiben der früheren Landräte Dr. Osterrath (1883–1898) und Engelhardt (1899–1909), die lebhaft bedauerten, aus Gesundheitsgründen an der schönen Feier nicht teilnehmen zu können. Der amtierende Landrat Adolar Edwin Klein ließ im Laufe des Abends den Bürgermeister hochleben. Der Abend wurde musikalisch gestaltet vom Pfarr-Cäcilienchor, gesungen wurde u. a.: „Die Kaiser-Hymne“ und „Auf den Bergen in Tirol“. Ebenfalls sangen die kombinierten Vereine „Eintracht“ und „Hoffnung“ u. a.: „Ein blankes Wort“, „Im Krug zum grünen Kranze“ und „Lützows wilde Jagd“. Die Instrumentalmusik wurde von einem Streichorchester und der Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr ausgeführt. U. a. wurde gespielt: „Einleitung zum 3. Akt aus der Oper ‚Lohengrin‘ von Richard Wagner, ‚Ungarische Tänze‘ von Brahms sowie die Ouvertüre ‚Jean de Paris‘ von Boldieu.“ Nach Eintritt der Dunkelheit formierte der Turnverein unter bengalischer Beleuchtung mehrere gut gelungene Pyramiden.

Der Chronist (Joseph Brill sen.) von damals bezeichnete die Feier als eine würdige und glanzvolle Kundgebung echt patriotischer Gesinnung, der Festzug sei so gewesen, wie ihn die Stadt größer und imposanter wohl selten gesehen habe. Die Feier sei „die populärste Veranstaltung gewesen, und die

alte Stadt Wiedenbrück habe ihrer Anhänglichkeit und Treue zu Kaiser und Reich wieder einen schönen Ausdruck gegeben“. Er schließt seinen Bericht mit folgender Hoffnung: „Der ‚Kaiserforst‘ mit seinen vielen schattigen Ruheplätzen wird gewiß von nun an noch mehr als bisher ein Lieblingsaufenthalt der Bürger unserer Stadt sein.“

Diese Hoffnung hat nicht getrogen, aber knapp 80 Jahre später kennt in Wiedenbrück niemand mehr die Bezeichnung „Kaiserforst“. Denn 1 Jahr nach dieser Jubiläumfeier begann der Erste Weltkrieg, mit dem die glanzvolle Kaiserzeit, die „Friedenszeit“, auch zu Ende ging. So konnte die Bezeichnung „Kaiserforst“ nicht haften bleiben, da diese Widmung doch wohl etwas zu künstlich und aufgepöppelt war im Gegensatz zu anderen Städten, wie z. B. Brakel im Kreise Höxter, wo es heute noch einen „Kaiserbrunnen“ und einen „Kaiserhain“ – mit neu-lich erneuertem Gedenkstein – gibt, da der dortige „Kaiserhain“ gänzlich neu für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt wurde. Die Säule im Stadtholz blieb bestehen und war ein Ausflugsziel bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Adler zielt heute das Balkongitter eines um die Stadtgeschichte verdienten Bürgers und die Eichhörnchenbank, leider ohne Eichhörnchen, dient noch immer ruhebedürftigen Liebespaaren zur Erholung. Der Name „Kaiserforst“ aber ist Vergangenheit.

Quellen:

- KA GT LRWd F 2.6.
- Amtliches Kreisblatt für den Kreis Wiedenbrück, Wiedenbrück 1913, Nr. 24.
- Wiedenbrücker Zeitung, Oelde 1913, 136–140.
- Gütersloher Zeitung, Gütersloh 1913, 137–139.
- Gütersloher Tageblatt, Gütersloh 1913, 137–139.
- Brill, J.: Spezialgeschichte der Stadt Wiedenbrück, Wiedenbrück 1913, S. 110.

Bauen zu Kaisers Zeiten: Rietbergs „Historismusinsel“ am Südtor von Manfred Beine

Welchen Einfluß das Wilhelminische Zeitalter auf das Alltagsleben und die politischen und sozialen Strukturen der ehemaligen Grafenschaftsstadt Rietberg hatte, ist bis heute nicht erforscht. Wichtige Ansätze zur Beantwortung dieser Fragestellung liefert Alwin Hanschmidts entsprechendes Kapitel im Rietberger Stadtgeschichtsbuch, das er anlässlich des 700jährigen Stadtjubiläums 1989 herausgegeben hat.¹⁾ Im folgenden Beitrag soll die Entstehung eines neuen Stadtteils vor dem ehem. Südtor der Stadt Rietberg in seiner besonderen städtebaulichen Gestalt dargestellt und erläutert werden. Diese „Historismusinsel“ am Südtor kann gleichzeitig als ein Beispiel für den bedeutsamen Modernisierungsschub gelten, den Rietberg während der Zeit des Wilhelminismus erlebt hat. Zuvor soll einleitend der sozialhistorische Kontext dieser städtebaulichen Entwicklung beschrieben werden.

Politik und Wirtschaft um die Jahrhundertwende

Bestimmend für die politische und soziale Situation der knapp 2000 Einwohner zählenden Teilarstadt um 1900 waren die noch immer extrem rückständigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese waren gepaart mit einem vorherrschenden Bewußtsein von Distanz und Zurückhaltung gegenüber der preußischen Administration, die ja maßgeblich für die Institution des Kaiserreichs und seine Symbole verantwortlich war. Bei einer ohne Zweifel vorhandenen vaterländischen Grundstimmung war man dennoch insbesondere von religiösen und traditionellen Vorbehalten bestimmt, in welchen etwa die Erfahrungen des Kulturkampfes deutlich nachklangen.²⁾

Politisch waren Rietberg und sämtliche Gemeinden des Amtes beherrscht von der ka-

tholischen Zentrumspartei. Mit knapp über 90 Prozent Zustimmung in der Stadt Rietberg und gegen 100 Prozent tendierenden Wahlergebnissen in den amtsangehörigen Gemeinden vertrat zwischen 1893 und 1907 der Landwirt Heinrich Humann aus der amtsangehörigen Gemeinde Neuenkirchen als direkt gewählter Abgeordneter des Zentrums den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück im Berliner Reichstag.³⁾

Die Ressentiments gegenüber den preußischen Parteien und Institutionen waren so groß, daß bei der Reichstagswahl 1907 nach Ausscheiden Heinrich Humanns in der Stichwahl vom 4. Februar 1907 nicht etwa der nationalliberale Kandidat von Moeller, sondern der Sozialdemokrat Carl Severing in der Stadt und im Amt Rietberg mit größerer Mehrheit gewählt wurde.⁴⁾ Auch während der Weimarer Republik verlor das Zentrum in Rietberg kaum die Zweidrittelmehrheit der Stimmen bei Landtags- und Reichstagswahlen, und noch 1964 wurde mit Anton Paehler ein Bürgermeister des Zentrums gewählt.⁵⁾ In wirtschaftlicher Hinsicht war Rietberg im 19. Jh. weit hinter die Entwicklung benachbarter Städte wie Rheda, Wiedenbrück und Gütersloh zurückgefallen.⁶⁾ Zu einer Industrialisierung war es in der Ernstadt auch um die Jahrhundertwende noch nicht gekommen. Nach einer Phase erheblicher Stagnation und darauffolgendem Rückgang der Bevölkerung ab 1850 hatte Rietberg zu Beginn des 20. Jahrhunderts seinen ehemaligen Höchststand von über 2000 Einwohnern noch nicht wieder erreicht.⁷⁾ Diesen Höchststand hatte Rietberg mit leichten Schwankungen zwischen 1840 und 1850 noch vor den großen Auswanderungswellen infolge des Niedergangs der Garnspinnerei aufzuweisen.⁸⁾

Das kleine Handwerk und die Landwirt-

schaft, von den Einwohnern in der Regel gleichzeitig betrieben, bestimmten um 1900 noch immer das wirtschaftliche Bild Rietbergs, während die Bedeutung der Landwirtschaft in den meisten amtsangehörigen Gemeinden noch sehr viel höher anzusetzen war.⁹⁾ Obwohl sich inzwischen auch größere Handwerks- und Handelsbetriebe herausgebildet, am denke nur an die späteren Möbelwerke Harhardt, die sich aus einer 1885 gegründeten Tischlerwerkstatt entwickelt hatten¹⁰⁾, oder an die Max Lüning KG, die noch im 19. Jahrhundert nicht mehr als ein Gasthof mit angeschlossenem Kolonialwarenhandel war, entsprach die Sozialstruktur Rietbergs um die Jahrhundertwende im wesentlichen noch immer den Verhältnissen der vorwilhelminischen Epoche.

Den Fabrikarbeiter gab es nur höchst vereinzelt, als soziale Schicht war er noch nicht vorhanden. Die „Rietberg-Werke“ wurden erst 1919 als „Röhren- und Blechwarenfabrik Clemens Lohaus“ gegründet, und die Fa. Heinrich Kuper entstand erst 1933.¹¹⁾ Die eigentliche Industrialisierung geschah zunächst nicht in Rietberg, sondern im benachbarten Neuenkirchen. Den Anfang machte die 1900 gegründete Zentrifugenfabrik Kemper und Lonsberg, die zwischen 1900 und 1910 die Stadt Rietberg mit Strom belieferte, bis diese ein städtisches Elektrizitäts- und Wasserwerk gründete.¹²⁾

Modernisierungsschub nach 1900

Am Beispiel des städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerks wird erkennbar, wie das bis dahin auffällig rückständige Rietberg in der Zeit des Wilhelminismus, fast exakt ab der Jahrhundertwende, zahlreiche grundlegende Neuerungen und Veränderungen erlebt. In einem anhaltenden Modernisierungsschub werden bis zum Ersten Weltkrieg die zentralen Infrastrukturverbesserungen geschaffen, ohne die eine Entwicklung zur modernen Industriestadt von heute kaum denkbar gewesen wäre. So wird im Jahr 1900 die



Abb. 1

Erweiterung des Wohn- und Geschäftshauses Arnold Bartscher, 1905. (Quelle: SAR C 67)

Straßenbeleuchtung auf Elektrizität umgestellt, fällt im Jahr 1907 der Beschluß zur Errichtung einer zentralen Wasserleitung, erfolgt 1908 die für die Landwirtschaft sehr wichtige Regulierung der Ems und im Anschluß daran zur Verbesserung der allgemeinen Hygiene die Errichtung der Rietberger Freibadanstalt.¹³⁾

Das für die weitere Entwicklung wichtigste Ereignis aber stellt die Eröffnung der Eisenbahnlinie Wiedenbrück – Sennelager am 30. August des Jahres 1902 dar.¹⁴⁾ Nicht nur für den gewerblichen und industriellen Aufschwung ist der Anschluß an das überregionale Eisenbahnnetz von erheblicher



Abb. 2

Ansicht der Direktorwohnung des Progymnasiums, 1907.

(Stadtarchiv Rietberg)

Bedeutung. Die Eröffnung des Bahnhofes zwischen Rietberg und Neuenkirchen hat für die Siedlungsentwicklung der Stadt Konsequenzen. Hatte sich die Bautätigkeit bisher weitestgehend innerhalb des historischen Stadtkerns vollzogen, so entwickelt sich nun bedingt durch die Eisenbahn beidseitig der Bahnhofstraße erstmalig ein Siedlungsgebiet vor den Toren der Stadt.¹⁹⁾

Neues Siedlungsgebiet am Südtor

Dieses Siedlungsgebiet vorm ehem. Nordtor findet etwa zeitgleich eine Parallele vorm Südausgang der Stadt. Während der historische Stadtkern von zahlreichen in Fachwerk errichteten Ackerbürgerhäusern des 17. bis 19. Jh. bestimmt wird, finden wir im deutlichen Gegensatz dazu noch heute im engeren Bereich des ehemaligen Rietberger Süd-

tors fast ausnahmslos neuere, städtisch anmutende Gebäude, die sich bei genauerem Hinsehen überwiegend als Bauten im gründerzeitlichen Stil des Historismus der Jahrhundertwende erweisen.

Der Blick in die Bauakten der Stadt Rietberg bestätigt die Vermutung, daß im Zuge der skizzierten Modernisierung der Rietberger Infrastruktur im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich eine ungewöhnliche Baukonjunktur in Rietberg anhub. Schon 1899 war das neue Post- und Sparkassengebäude in der Pochenstraße entstanden. Als besonders bau- und genehmigungsfreudig erweist sich aber das Jahr 1905, in welchem nicht nur der sogenannte „Bartscher-Turm“ an der Rathausstraße (Abb. 1), heute mit den Geschäftsräumen der Dresdner Bank, sondern auch die Direk-

torwohnung am Alten Progymnasium (Abb. 2) fertiggestellt wird.²⁰⁾

Eine neue Fassade für das Geschäftshaus Koeller

Eine der markantesten Fassaden der Jahrhundertwende, die wir noch heute am Südtor finden können, gehört zum Haus Rathausstraße 61, ehemals das Geschäftshaus Koeller, heute die Tabakwarenhandlung Kaiser. Zahlreiche Zitate vergangener Baustile wirken in dieser kürzlich grundlegend restaurierten Geschäftsfront harmonisch zusammen und verleihen ihr einen ebenso freundlichen wie stattlichen Eindruck (Abb. 3). Um die Jahrhundertwende versorgte die Eisenwarenhandlung Lorenz Koeller die Rietberger Stadthaushalte und umliegenden Bauernhöfe mit Haus- und Küchengeräten sowie allem, was die Landwirtschaft benötigte. Noch zu diesem Zeitpunkt wurde hier eine Blaudruckerei betrieben.

Am 17. Januar 1905 hatte Lorenz Koeller den Antrag gestellt, die Vorderfront seines Wohn- und Geschäftshauses für die geschätzte Bausumme von 1.500 Mark erneuern zu dürfen.²¹⁾ Das dahinterliegende Fachwerkgebäude von 1749 sollte stehen bleiben. Die Landesbauinspektion in Bielefeld erhebt keine Bedenken, fordert aber, die Vorderfront 2,75 m entfernt von der Straßenrinne parallel zur Mittellinie der Fahrbahn zu errichten. Damit wird die ehem. gegliederte Fassade des Fachwerkbaus mit vorstehender Utkucht zugunsten einer der Straßenführung untergeordneten geraden Linienführung aufgegeben.

Die Bauinspektion leitet aus dem Baugesuch Koellers zeichnerisch die Baulinien künftiger Modernisierungsvorhaben für Häuser an der Rathausstraße zwischen Südwahl und Klüngenhausen ab. Beim benachbarten Geschäftshaus der Fleischerei Strunz (Rathausstraße 59) wird später entsprechend verfahren. Dieses Gebäude entsteht im Gegensatz zum Hause Koeller als Massivbau. Schon am 15. Juli 1905 kann Lorenz Koeller die

Rohbauabnahme beantragen. Der Schlußabnahmeschein für die neue Fassade wird noch im gleichen Jahr am 2. November ausgefertigt.

Eine neue Schule auf der Bleiche am Südtor

In den Jahren 1906 bis 1907 entstand hinter der ehemaligen Umluft auf der Bleiche die Südtorschule als neue katholische Volksschule der Stadt.²²⁾ Das Gebäude mit neugotischen Anklängen bei den Giebeln, Portalen und verschiedenen Fenstern wird heute als städtisches Jugendzentrum genutzt. Als sicher wichtigstes Gebäude der „Historismusinsel“ am Südtor ist es von herausragender städtebaulicher Bedeutung für den Südtorbereich sowie die untere Debrücker und Mastholter Straße.

Schon 1898 hatte sich die Rietberger Gemeindeverwaltung mit der Erweiterung der bestehenden katholischen Volksschule im ehem. „Conductionshaus“ (heute Verwaltungsgebäude Rügenstraße 1) beschäftigt. Wegen fehlender Klassenräume und Lehrerdienswohnungen bat man mit Beschluß in der Sitzung vom 12. Februar 1898 die Königliche Regierung in Minden, von der Forderung der Anstellung einer vierten Lehrkraft vorläufig abzusehen.²³⁾ Am 13. Juni bittet man erneut um Handlungsaufschub in dieser Sache, da die geringen finanziellen Mittel der Stadt eine Baumaßnahme innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre nicht ermöglichen würden. Hoffnung setzen die Rietberger auf künftige Überschüsse aus der 1878 gegründeten städtischen Sparkasse.

Im Jahr 1901 wird ein Neubau einer zweiklassigen Schule mit zusätzlicher Lehrerinnenwohnung erwogen (Abb. 4). Dieser Neubau ist wohl als Ersatz für den Schulraum im ehem. „Conductionshaus“ gedacht.²⁴⁾ Die Königliche Regierung lehnt den Entwurf als zu aufwendig ab. Die hohen Kosten stehen offenbar in keinem Verhältnis zur erzielten Verbesserung. War man noch 1901 in der Gemeindevertretung der Auffassung, den



Abb. 10 Entwurf zum Neubau des Katholischen Gesellenhauses, 1905. (Quelle: SAR D 235a)

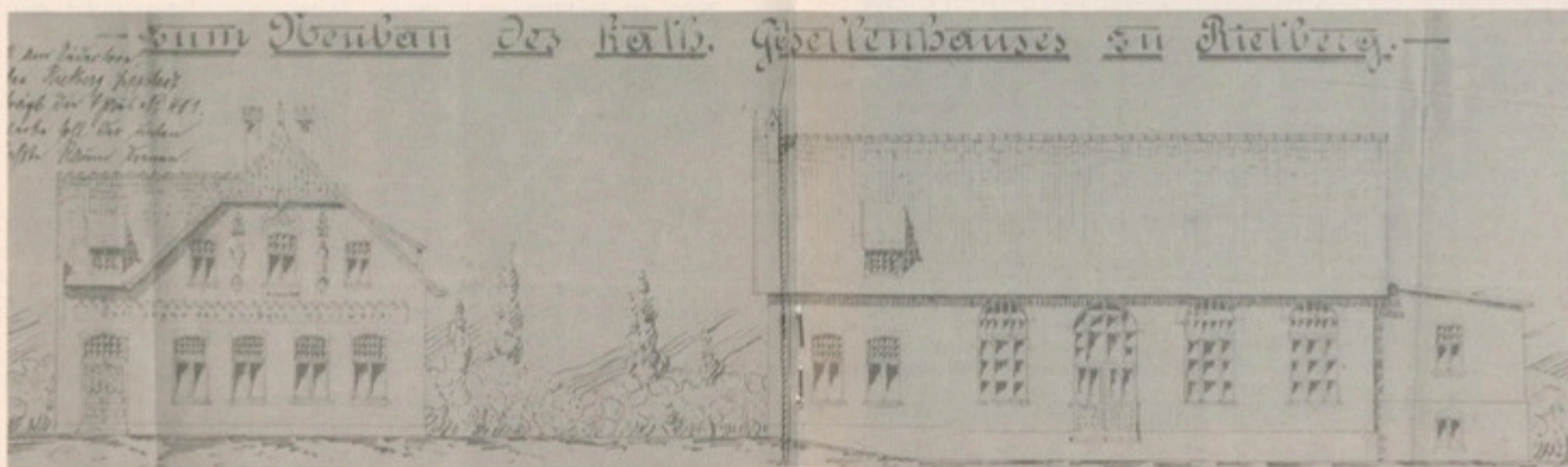


Abb. 11 Entwurf zur Erweiterung des Katholischen Gesellenhauses, 1913. (Quelle: SAR D 235a)

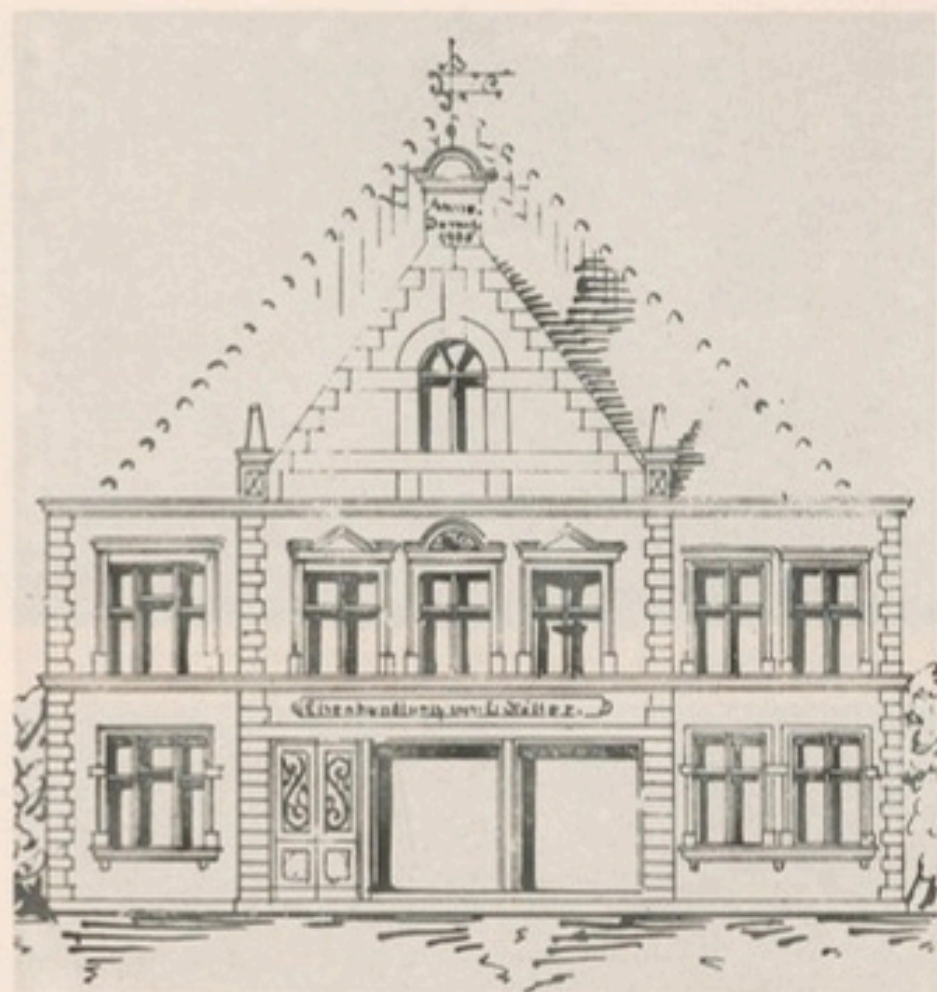


Abb. 3

Entwurf für eine neue Straßenfront des Geschäftshauses Koeller, 1905. (Quelle: SAR C 67)

Schulneubau mit der Hauptfront zur Klosterstraße (heute Bolzenmarkt) errichten zu wollen, so stellt 1903 das zweiklassige Neubauprojekt nur noch eine Planungsvariante dar, dessen Breitseite jedoch nunmehr zur Rügenstraße ausgerichtet sein soll.²⁶⁾ Inzwischen wird überlegt, noch ein zweites

neues Schulgebäude mit zwei Klassen „auf dem sog. Wall am Südtor“ zu bauen. Die beiden Klassenräume im Untergeschoß des Rathauses, die offenbar seit 1805 als Mädchenschule genutzt wurden, sollen im Gegenzug aufgegeben und in Wohnräume für Lehrpersonen umgewandelt werden.²⁷⁾

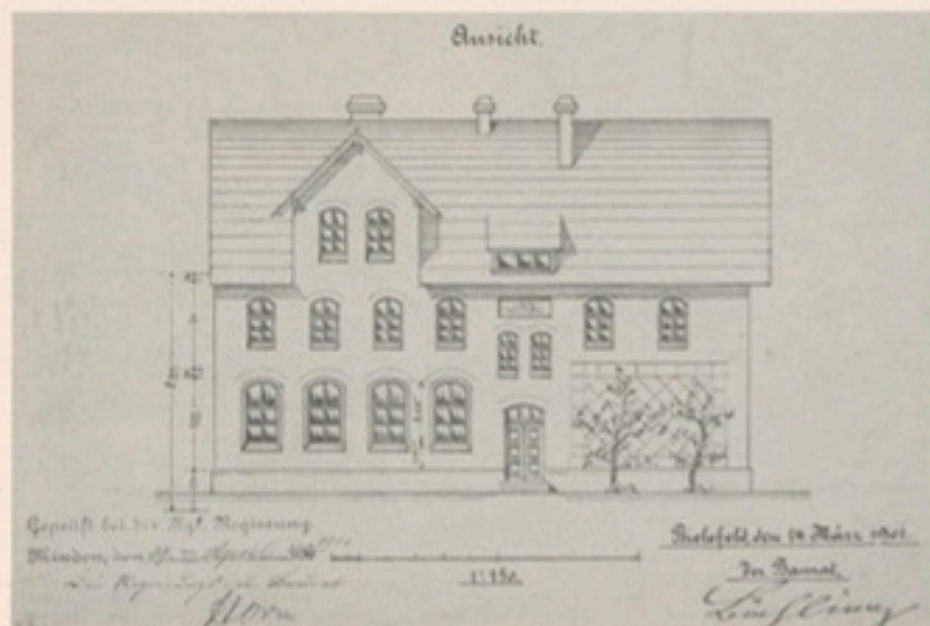


Abb. 4

Entwurf für den Neubau eines zweiklassigen Schulhauses in Rietberg, 1901, nicht realisiert. (Quelle: SAR E 94)



Abb. 5

Entwurf für den Neubau einer Kath. Volksschule in Rietberg (Südtorschule), 1905. (Quelle: SAR D 555a)



Abb. 6

Entwurf für die Lehrerwohnung (Nordflügel der Südtorschule), 1905. (Quelle: SAR D 555a)

Erstmals kommt in der Gemeinderatssitzung vom 29. Mai 1903 der umfassende Lösungsvorschlag auf den Tisch: Ein völlig neuer Schulbau mit vier Klassen soll möglicherweise außerhalb des Stadtkerns errichtet werden. Da man sich in Rietberg zwischen diesen drei Alternativen nicht zu einer Entscheidung durchringen kann, bittet die Gemeinde um Entsendung einer Kommission der Königlichen Regierung in die Ernstadt, um die verschiedenen Vorschläge vor Ort zu prüfen.

Am 26. August 1903 erklärt sich die Gemeindevertretung sogar mit dem Bau einer sechsklassigen Schule einverstanden. Das vorläufig ungenutzte Klassenzimmer soll vorübergehend als Lehrerwohnung genutzt werden. Weitere zwei Lehrerwohnungen sollen auf anderen städtischen Grundstücken gebaut werden. Realisiert wird schließlich die sechsklassige Südtorschule (Abb. 5), der im Norden ein Flügel mit Lehrerwohnungen an-

gefügt wird (Abb. 6).

Wie intensiv sich Rietbergs Schulpolitiker um das Wohl ihrer Lehrpersonen sorgen, bezeugt ihre Bitte an die Regierung vom 9. Dezember 1903, dem Schulbau ein Wirtschaftsgebäude mit je zwei Kuh- und Schweineställen sowie Kohlenräumen hinzuzufügen zu wollen. Zu diesem Wirtschaftsgebäude kommt es aus Kostengründen jedoch ebensowenig wie zu dem großzügig geplanten Abort- und Badehaus mit insgesamt acht Brausestellen (Abb. 7²⁹). Stattdessen soll ein Keller im Schulgebäude für ein Brausebad hergerichtet werden.²⁹⁾

Kostengründe sind es letztlich auch, die den großzügigen Neubau am Südtor zwingend erscheinen lassen. Die zeitweilig verfolgte Variante, das ehem. „Conductionshaus“ abzureißen und einen Schulneubau auf der um das Nachbargrundstück Bolzenmarkt 2 (heute Moden-Bergmann) erweiterten Fläche zu verwirklichen, scheidet am Kaufpreis, den die Witwe Calmon Kemper für das noch bebaute Grundstück verlangt.²⁹⁾ Der endgültige Beschluß zur Errichtung der Südtorschule in der noch heute vorzufindenden Gestalt wird in der Sitzung der Gemeindeverwaltung am 14. Oktober 1904 gefaßt.

Zur Feier der Grundsteinlegung am 6. Juni 1906 spendiert die Gemeinde den Bauarbei-



Abb. 7

Entwurf für ein Bade- und Abortgebäude der sechsklassigen Südtorschule in Rietberg, 1905, nicht realisiert. (Quelle: SAR D 555b)



Abb. 8

Die Südtorschule, kurz nach ihrer Entstehung 1907. Die Umflut wurde teilweise verrohrt, links die alte Bleiche. (Stadtarchiv Rietberg)

tern auf Kosten der Stadtkasse zwei Faß Bier, je ein Butterbrot und eine Kiste Zigarren.²⁹⁾ Das Gebäude entsteht nach modernsten Gesichtspunkten. Es wird mit einer Zentralheizung der Firma Arendt-Mildner & Ewers aus Hannover ausgestattet, und für den 20. Oktober 1906 wird die Stelle eines Heizers für die Schule ausgeschrieben.²⁹⁾ Am 10. April 1907 kann die Südtorschule eingeweiht werden. Schon zum 1. April war die alte Dienstwohnung, die Hauptlehrer Harten im ehem. „Conductionshaus“ bewohnt hatte, anderweitig vermietet worden.²⁹⁾

Allerdings hatte vor der Schuleinweihung aus Sicherheitsgründen ein Teil der Emsumflut am Südtor verrohrt werden müssen. Bereits mit der Verfügung vom 20. 12. 1904 hatte die Königliche Regierung zu Minden

gefordert, das Stauwehr im Emsarm am Südtor zu entfernen und bis zum Ende des Schulplatzes zurückzusetzen. Der Schulplatz sollte zudem um 1,30 m aufgeschüttet werden.²⁹⁾ Am 17. Mai 1907 beschloß der Gemeinderat dann, „die Emsumflut von dem neuen Wehr bis zur Brücke vor dem Schulbauplatz soll mit Cementrohren von 90 cm Weite versehen und dann zugeworfen werden“ (Abb. 8).²⁹⁾

Bei dieser begrenzten Maßnahme ist es nicht geblieben. Heute ist die Umflut des Südwalls insgesamt verrohrt, ein zwischen Stadtplanern, Denkmalpflegern und Anwohnern heute höchst umstrittener Zustand. Im Sinne einer Annäherung an die historische Situation des Südwalls wäre eine Teilöffnung durchaus zu begrüßen.

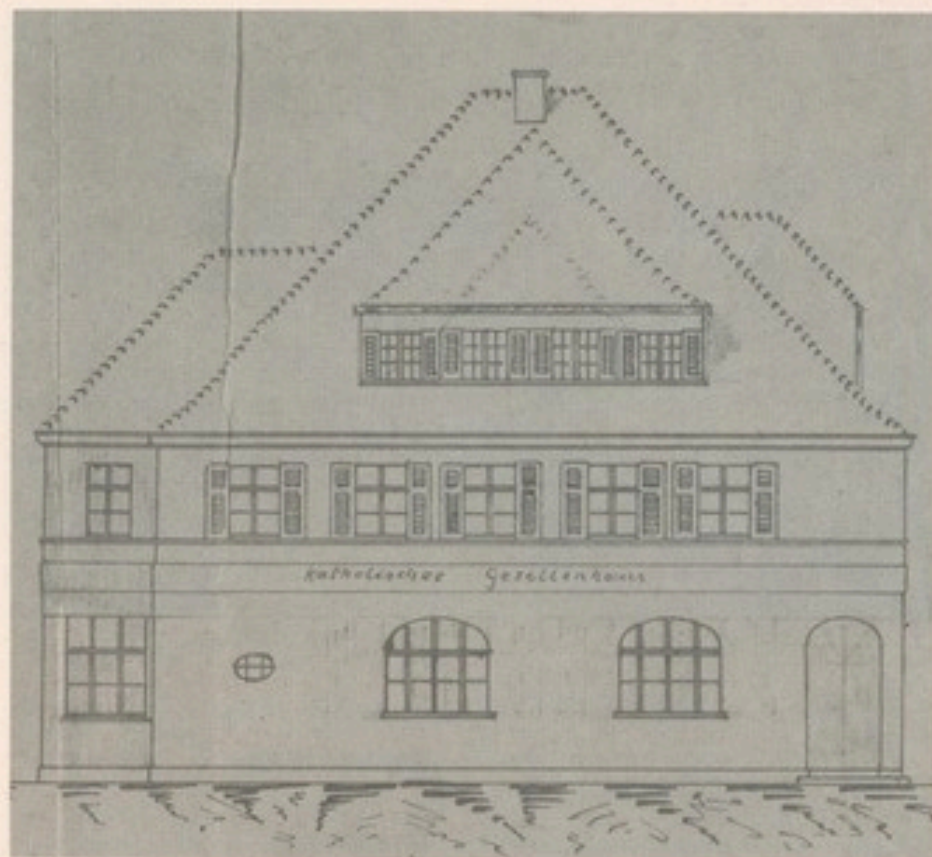


Abb. 9

Entwurf eines Wohn- und Geschäftshauses für Herrn Arnold Ernstherrich, 1905, heute Haus Funke.
(Quelle: SAR C 87)

Die Häuser des Bauunternehmers Arnold Ernstherrich

Nicht nur an zahlreichen örtlichen Neubauten der Jahrhundertwende war der Rietberger Bauunternehmer Arnold Ernstherrich in Plan und Durchführung beteiligt. Zwischen 1904 und 1906 errichtete er auf der Freifläche zwischen der Mastholter und Delbrücker

Straße gleich mehrere großzügige Wohnhäuser auf seinen Namen. Das auffälligste und städtebaulich bedeutsamste ist das 1905 errichtete Wohn- und Geschäftshaus auf dem spitzulaufenden Eckgrundstück Mastholter Straße 1 (heute Haus Funke), das 1990 mit seinem markanten Ecktürmchen in seiner ursprünglichen Form wiederherge-

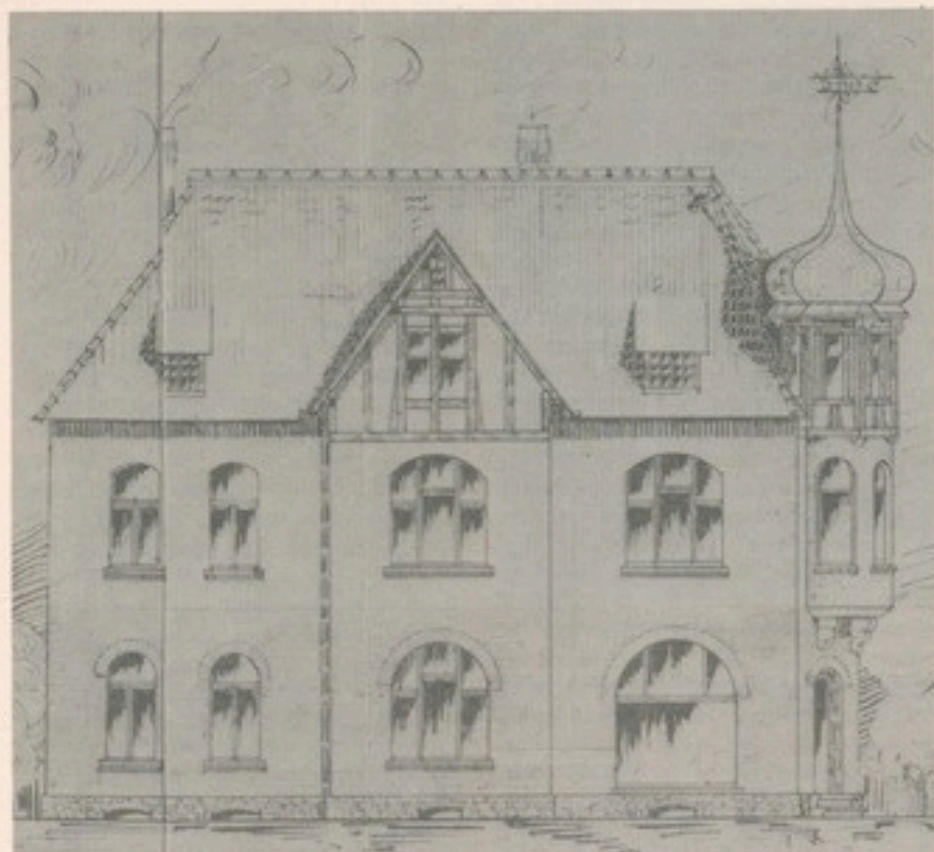


Abb. 12

Entwurf zum Umbau des Katholischen Gesellenhauses, 1927. (Quelle: SAR D 235b)

stellt wurde (siehe Abb. 9)²⁰⁾ Schon am 14. April 1903 hatte Ernstherrich den Bau eines stattlichen Wohnhauses auf der gleichen Seite einige Grundstücke weiter, heute Mastholter Straße 5, beantragt und im Laufe des Jahres 1904 verwirklicht.²¹⁾ Dieses Haus wurde 1945 von den Eheleuten Wilhelm Hueser und Maria Westhaus erheblich verändert. Die Traufenständigkeit wurde aufgegeben und ein stülrender Fachwerkgiebel nach Art der Rietberger Ackerbürger-

häuser zur Mastholter Straße hin geschaffen. Am 23. 1. 1905 hatte derselbe Bauunternehmer um die baupolizeiliche Erlaubnis gebeten, ein bereits am 6. April 1904 genehmigtes eineinhalbstöckiges Wohnhaus, heute Delbrücker Straße 10, zweistöckig zu errichten. Bereits zum Oktober 1905 konnte er auch dieses in der gewünschten Form fertigstellen.²²⁾ Im heutigen Gebäude kann die ursprüngliche Gestalt des Hauses allentfalls in den Umrissen noch erahnt werden.

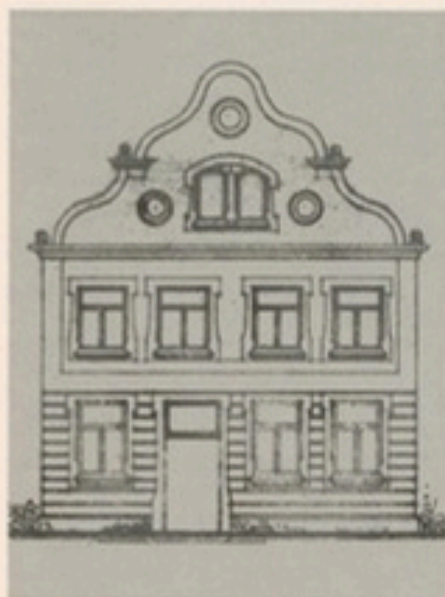


Abb. 13

Entwurf einer neuen Fassade des Hauses Klosterstr. 9, 1905. (Quelle: SAR C 67)

Wenn auch die Häuser des Arnold Ernstherrn heute angesichts der Dimensionen modernen Bauens außerhalb des historischen Stadtkerns kaum mehr auffallen, so haben sie seinerzeit in Größe, Form und Gestalt sicher Aufsehen erregt. Sie haben der städtebaulichen Situation am Südtor nachhaltige Akzente verliehen und, wie man an weiteren Nachfolgebauten etwa an der Mastholter Straße und Bahnhofstraße sehen kann, in Rietberg durchaus stilbildend gewirkt. Zur Entstehung des Geschäftshauses Löher, Mastholter Straße 4, kann aufgrund fehlender Akten nichts Näheres gesagt werden. Das Haus muß jedoch bereits vor 1900 vom Tischlermeister Philipp Löher errichtet worden sein und stellt somit das erste Glied der gewachsenen „Historismusinsel“ am Südtor dar.²⁹⁾

Das Katholische Gesellenhaus

Die Gruppe bedeutsamer Bauten aus der Zeit des Wilhelminismus am Südtor beschließt das Katholische Gesellenhaus, das in seiner ursprünglichen Gestalt 1905 entstanden ist. Wie kein anderes Bauwerk der Stadt verkörpert das Gesellenhaus die Bedeutung des Katholizismus für Rietberg. Gemeinsam mit dem Zentrum bestimmte der Katholische Gesellenverein das politische und kulturelle Leben der Stadt im Kaiserreich.³⁰⁾ Im Katholischen Gesellenhaus fanden nach 1905 die meisten Theateraufführungen, Konzerte und „öffentlichen Lustbarkeiten“ in Rietberg statt.³¹⁾

In historischen Formen, mit einem hölzernen Giebelabschluß in geschnitzten Zierformen zur Mastholter Straße hin, darunter ein neugotisches Mittelfenster, auf beiden Seiten Figuren, die der Jungfrau Maria mit dem Kind links, die des hl. Josef rechts, beide auf Konsolen und bekrönt von neugotischen Baldachinen, so sollte der erste Bau errichtet werden (Abb. 10). Eine stattliche Rundbogentür und Rundbogenfenster gliederten die Fassade des hinteren Saals zum Wall hin. Der gut 128 qm große Saal, so sah es der Plan vor, enthielt eine Bühne von gut 44 qm und wurde von einem eindrucksvollen hölzernen Tonnengewölbe überspannt.³²⁾

Im Frühjahr 1905 war mit dem Bau begonnen worden. Schon am 29. Oktober desselben Jahres konnte die Einweihung vorgenommen werden.³³⁾ Zuvor war am 26. August dem Kastellan des Katholischen Gesellenhauses zu Rietberg, Herrn Heinrich Uhrmeister, die Konzession zur Schankwirtschaft, „jedoch unter Ausschluß von Branntwein“ erteilt worden.³⁴⁾

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 25jährigen Bestehen des Katholischen Gesellenvereins, die 1904 in der Turnhalle und auf dem Vorplatz an der Ems stattgefunden hatten, war die Idee eines größeren Versammlungs- und Festraumes geboren worden. Da es alle Wirte des Ortes in einer Umfrage abgelehnt hat-

ten, einen größeren Saal zu bauen, wurde das „Projekt „Gesellenhaus““ rasch verwirklicht. Für 2.000 Mark kaufte der Verein den Heitreckschen Garten vor dem Südtor. Nachdem der Baugrund erst verfügbar war, konnte unverzüglich mit den Bauarbeiten begonnen werden.³⁵⁾

Bereits wenige Jahre später, im Jahr 1913, wird das Gesellenhaus in seiner gesamten Tiefe um 5 m zum Wall hin verbreitert (Abb. 11). Zur Straße hin entsteht eine Gaststube, es folgen nach hinten ein Lese- und Unterhaltungszimmer parallel zum Saal, ganz hinten schließt ein Schrank- und Bücherzimmer in der Tiefe der Bühne die Erweiterung ab. Mit dem Aus- und Umbau einher geht eine Änderung der Bewirtschaftungsform. Pächterländer soll die Schankwirtschaft künftig „für eigene Rechnung“ betreiben. Auch Branntwein soll er künftig ausschütten dürfen. Die Genehmigung, die auch seitens des Gemeindevorstehers Hermann Böckers „gutachterlich“ befürwortet wird („Präses des katholischen Gesellenvereins ist der zeitige Kaplan in Rietberg. Es ist nicht zu befürchten, daß der Verein das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels oder der Unstetigkeit mißbrauchen werde“), wird am 23. Oktober 1913 ausgestellt.³⁶⁾ Seine heutige Gestalt erhält das Gesellenhaus erst im Rahmen eines Umbaus aus dem Jahre 1927 (Abb. 12). Um durchreisende Wandergesellen nicht mehr in Privatquartieren unterbringen zu müssen, wird das Gebäude zur Mastholter Straße hin um einen 6 m tiefen Vorbau erweitert, der im Erdgeschoß Vereinszimmer und im Obergeschoß fünf neue Fremdenzimmer vorsieht.³⁷⁾

Weitere Baumaßnahmen in Rietberg um 1905

Noch sehr viel mehr An-, Um- und Neubauten werden in diesem Jahr seitens der örtlichen Baupolizeilichen Genehmigungsbehörde gestattet oder mit Auflagen versehen genehmigt. Ablehnungen gibt es nicht. Auffällig ist, daß Kreiswegemeister Bultmann (ab

1904 Kreisbaumeister) sehr nachdrücklich auf die Einhaltung der Vorschriften im Bereich der Anlage von Aborten und der Abwasserbeseitigung bedacht ist.

Die städtische Bauplanung erfährt ein Stück Institutionalisierung, wenn am 18. Mai 1904 die Gemeindevertretung beschließt, „1. die Chaussee nach Delbrück bis zur Hölpe, 2. die Chaussee nach Lippstadt bis zum Friedhof“ in den Bebauungsplan einzubeziehen. Das ist genau jener Bereich der hier beschriebenen „Historismusinsel“. Einbezogen werden jetzt auch die Wiedenbrücker und Westerwieher Straße und natürlich die Bahnhofstraße nach Neuenkirchen.³⁸⁾

Natürlich wurde 1905 nicht nur am Südtor gebaut. Für dieses Jahr ist auch die Fassade Klosterstraße 9, neben der ehem. Direktorwohnung des Progymnasiums, belegt (Abb. 13).³⁹⁾ Der wirkungsvolle Schweifgiebel mit Kugelbesatz erinnert an die Weserrenaissance. Nach altem Plan wurde die beachtliche Historismusfassade 1988 wiederhergestellt. Die meisten 1905 durchgeführten Baumaßnahmen betrafen Stall- und Remisenbauten, durchaus auch noch innerhalb des historischen Stadtkerns. Modernisierungstendenzen werden aber auch dann deutlich, wenn etwa der Kaufmann Heinrich Himmeldirk sein Ladenlokal, Rathausstraße 44, „durch Verschieben einer Trennwand“ vergrößern und die Last auf einer hölzernen Mittelsäule abfangen möchte. Bis Anfang Mai 1905 kann Himmeldirk seine Erweiterung durchführen. Albert Dreyer vergrößert bis April 1906 ebenfalls sein Geschäft nach hinten hinaus und läßt eine Dachkonstruktion auf sechs gußeisernen Säulen mit historischen Schafthüllen und Kapitellen errichten. Das Geschäftshaus findet sich heute unter Adresse Rathausstr. 9/11.

Für die geschätzte Bausumme von 2.000 Mark läßt sich Metzgermeister Georg Strunz im Jahr 1905 ein Eishaus in modernster Technik in den rückwärtigen Garten seines Hauses Rathausstr. 59 bauen. Auflage ist u.a. eine Brandmauer auf der Grenze zum

Stadtgraben hin, der zu dieser Zeit noch parallel zum Klingenhagen fließt. Bis September 1905 kann Josef Kuper an der Chaussee von Rietberg nach Paderborn ein neuzeitliches Badehaus mit zwei Fluren, Heizkammer, Kesselhaus und fünf Badezellen errichten.

Eher ins Komische droht die Nachricht abzurutschen, daß auch Rietbergs Oberlehrer Pieper 1904 erfolgreich einen modernen, zeitgemäßen Abort beantragt (Zeichnung vorhanden) hat. Auch das Krankenhaus erhält bis zum Ende des Jahres 1905 eine neue Toilettenanlage, die Pfarrer Schmidt im Auftrag des Kirchenvorstands am 18. Juli 1905 beantragt. Anton Witkötter baut sich ein neues Backhaus in seinen Garten, und

Bäckermeister Julius Nordmann beantragt am 1. Januar 1906 den grundlegenden Umbau seines Wohn- und Geschäftshauses in der Klosterstraße.

Bis zur flächenhaften Ausweisung moderner Baugebiete im heutigen Sinne wird es noch fast ein halbes Jahrhundert dauern. Sie geschieht erst nach dem Zweiten Weltkrieg, zuerst mit der Besiedlung des Pulverdamms und des Stennerlandes ab 1949.⁴⁾ Doch der deutliche Veränderungswille und die rege Bautätigkeit im Rietberg der späthilflichen Zeit, insbesondere aber im Jahr 1905, hat im gesamten Stadtbild seine erkennbaren Spuren hinterlassen, nicht nur im Bereich der „Historismusinsel“ am Südtor, dort aber am deutlichsten.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Alwin Hanschmidt, Rietberg unter der preussischen Monarchie 1815–1918, in: 700 Jahre Stadt Rietberg 1289–1989. Beiträge zu ihrer Geschichte, I. A. der Stadt Rietberg hrsg. von Alwin Hanschmidt, 2. durchges. Auflage, Rietberg 1989, S. 446–457.
- 2) Ebenda S. 460f; siehe auch Heinz Renk, Männer der Verwaltung 1816–1972. Von Schele bis Scheele (Monographie des Kreises Wiedenbrück), Gütersloh 1972, hier insbesondere die Abschnitte „Katholik im Kulturkampf. Theodor Hermann Karl Maria Duesberg (1869–1876)“, S. 466, und „Ehrenbürger der Kreisstadt. Dr. jur. Ernst Heinrich Ludwig Osterath (1882–1898)“, S. 60f.
- 3) Vgl. Manfred Beine, Wahlen und Parteien in Stadt und Amt Rietberg im 19. und 20. Jh., wie Anm. 1, S. 664–745. Der Beitrag enthält Ergebnisstabellen zu sämtlichen Reichstagswahlen seit 1867 sowie einen ausführlichen Abschnitt zu Heinrich Humann und dem Zentrum. Siehe auch Franz Flakamp, Die Reichstagswahlen im Kreise Wiedenbrück 1867/1912 (Quellen und Forschungen zur Westfälischen Geschichte, Heft 88), Rheda 1960, sowie Heinz Renk, Herrschaft auf Zeit, in: Ders., Männer der Verwaltung 1816–1972, wie Anm. 2, S. 169–182. Zur regionalen Fragestellung siehe zuletzt Thomas Mergel, Christlicher Konservatismus in der Provinz. Politischer Katholizismus in Ostwestfalen 1887–1912, in: Unter Pöckelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus 1888–1914, hrsg. von Joachim Meynert, Josef Mooser und Volker Rodekamp, Bielefeld 1991, S. 283–301.

- 4) Vgl. Manfred Beine, Wahlen und Parteien in Stadt und Amt Rietberg im 19. und 20. Jh., wie Anm. 3, Abschnitt „Der Sozialdemokrat ist also gewählt“, S. 686f.
- 5) Ebenda, S. 690f., zur Gemeindevertretung und Besetzung des Bürgermeisteramtes 1964 vgl. Käthe Herbot und Alwin Hanschmidt, Die Bürgermeister und Gemeindevorsteher der Stadt Rietberg 1637–1989, wie Anm. 1, S. 639 u. 641, sowie Alwin Hanschmidt, Die Gemeindeverordnungen bzw. Stadtvertreter der Stadt Rietberg 1608–1988, wie Anm. 1, S. 659f.
- 6) Hierzu im Überblick: Hermann von Laer, Stagnation und forcierte Industrialisierung. Die wirtschaftliche Entwicklung Rietbergs im 19. und 20. Jahrhundert, wie Anm. 1, S. 486–635.
- 7) Vgl. Tabelle „Zahl der Einwohner der Stadt Rietberg 1810–1988“ (Schaubild 1), ebenda S. 515.
- 8) Zum Niedergang der Garnspinnerei in Rietberg ebenda S. 507f., und vor dem August Schröder, Blüte und Untergang einer alten Hausindustrie im Rietberger Land, in: Heimatblätter der Glocke Nr. 106, 29.12.1960, S. 424.
- 9) Vgl. die „Gewerbetabelle der Stadt Rietberg“ (Tabelle 7) in: Hermann von Laer, Stagnation und forcierte Industrialisierung, wie Anm. 6, S. 502f., sowie die Aufstellung „Berufe der Haushaltungsvorstände“ 1938“ (Tabelle 9), ebenda S. 511.
- 10) Ebenda, S. 514.
- 11) Ebenda, S. 514.
- 12) Zur Gründung von Kemper und Lonsberg siehe Alwin Hanschmidt, wie Anm. 1, S. 468; zu der Stromlieferung und dem städt. Elektrizitäts- und Wasserwerk vgl. ebenda, S. 471f.

- 13) Aussagen und Quellen hierzu bei Alwin Hanschmidt, wie Anm. 1, S. 471f.
- 14) Siehe hierzu Berthold Struwe, Rietberg und der Verkehr, wie Anm. 1, S. 556–560.
- 15) Vgl. Wilhelmine Herbot, Siedlungsentwicklung der Stadt Rietberg vom Mittelalter bis zur Gegenwart, wie Anm. 1, S. 201f. Die Autorin verweist im übrigen auch auf die Bedeutung des nahegelegenen Eisenbahnschlusses für die Standortwahl des ersten Rietberger Industriebetriebes (Fa. Lohaus, später Rietberg-Werke) an der Bahnhofstraße im Jahr 1919.
- 15a) Vgl. zum „Bartschen-Turm“ die Bauakte in SAR (= Stadtschreiberei Rietberg) C 67, zur Erweiterung des Progymnasiums um das Direktorwohnhaus ebenda, aber auch das Protokollbuch der Stadt Rietberg, SAR P-R 7, Sitzungen der Gemeindevertretung vom 20.10.1903, 30.3.1904, 7.2.1905. Wichtige Hinweise hierzu und zu den weiter unten beschriebenen Häusern der „Historismusinsel“ am Südtor verdanke ich Käthe Herbot. Näheres zum Direktorwohnhaus werde ich im Rahmen einer Darstellung der Baugeschichte des Gymnasiums Nepomucenum Rietberg ausführen, die in einer Festschrift anlässlich der 250. Wiederkehr der Gründung des Gymnasiums Nepomucenum Rietberg im Jahre 1983 erscheinen wird.
- 16) Vgl. hierzu, wenn nicht anders angegeben, SAR C 67.
- 17) Vgl. Joachim Evers, Die Volksschulen, wie Anm. 1, S. 403–424, insbesondere S. 409.
- 18) Vgl., wenn nicht anders angegeben, Protokollbuch der Stadt Rietberg, SAR P-R 6.
- 19) SAR P-R 7, Sitzung der Gemeindevertretung vom 6.3.1901.
- 20) ebenda, Sitzung der Gemeindevertretung vom 29.5.1903.
- 21) Vgl. zur Mädchenschule Joachim Evers, wie Anm. 17, S. 407.
- 22) Vgl. den Plan in SAR D 555b.

- 23) Vgl. SAR P-R 7, Sitzung vom 9.11.1905.
- 24) Ebenda, Sitzung vom 27.6.1904 und 29.9.1904.
- 25) Zur Grundsteinlegung siehe Abschrift der Gründungsurkunde in der Schulchronik, SAR S-R 1; zum Beschluß siehe SAR P-R 7, Sitzung vom 17. Mai 1906.
- 26) Ebenda, Sitzung vom 16.2.1906.
- 27) Vgl. zur Einweihung Joachim Evers, wie Anm. 17, S. 409; zur Dienstwohnung von Hauptlehrer Harten siehe SAR P-R 7, Sitzung vom 28.1.1907.
- 28) SAR P-R 7, Sitzung vom 7.2.1905.
- 29) Ebenda, Sitzung vom 17.5.1906.
- 30) Vgl. ausführliche Bauakte in SAR C 67.
- 31) Vgl. ausführliche Bauakte ebenda.
- 32) Vgl. ausführliche Bauakte ebenda.
- 33) Nach mündlicher Auskunft von Frau Löher entstand das Haus 1897.
- 34) Vgl. Alwin Hanschmidt, wie Anm. 1, 460f. sowie Erika Helmeyer, Die katholische Pfarrei St. Johannes Baptista in Rietberg, wie Anm. 1, S. 356f.
- 35) Siehe hierzu ausführlich Manfred Beine, „Öffentliche Lustbarkeiten“ im Amt Rietberg zwischen 1907 und 1931, in: Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh 1990, Gütersloh 1989, S. 31–37.
- 36) Bauplan in SAR D 235a.
- 37) Vgl. Konrektor Müller, 22. Mai 1879 – 22. Mai 1929. Geschichte des Jubiläums, in: Festschrift zum 50. Jubelfest des Kath. Gesellenvereins Rietberg, Rietberg 1929, S. 55.
- 38) Siehe SAR D 235a.
- 39) Vgl. Konrektor Müller, wie Anm. 27, S. 55.
- 40) Vgl. SAR D 235a.
- 41) Vgl. SAR D 235b; siehe auch Konrektor Müller, wie Anm. 27, S. 58.
- 42) Vgl. SAR P-R 7.
- 43) Vgl. SAR C 67, Angaben im Folgenden, wenn nicht anders angegeben, ebenda.
- 44) Vgl. Alwin Hanschmidt, Von der Nachkriegszeit bis zur Gemeindeform 1945 bis 1969, wie Anm. 1, S. 628.

Hans Hilbk

Gütersloh und der Jungdeutsche Orden Artur Mahrauns Ein orts- und ideengeschichtlicher Essay

I.
Wie mir scheint, hat das Leben und Wirken Artur Mahrauns – trotz oder gerade wegen seiner Vielschichtigkeit, wegen seiner Vielfarbigkeit und auch wohl wegen seiner Widersprüchlichkeit – sowohl für die allgemeine Geschichte der politischen Ideen in Deutschland als auch für das spezielle örtliche Geschehen in Gütersloh – wahrhaft exemplarische Bedeutung).

Hat nicht Artur Mahraun am alten Kirchplatz gewohnt? Hat er nicht auf dem neuen Stadtfriedhof seine letzte Ruhestätte gefunden? Entsprachen nicht so manche seiner Grundüberzeugungen und Zielsetzungen durchaus der Mentalität zahlreicher vermeintlich unparteiisch oder überparteilich gestimmter Gütersloher? War nicht sein Jungdeutscher Orden die einzige rechte Gruppierung, die – ohne den Geist von Potsdam aufzugeben – die Weimarer Verfassung gegen Hitler verteidigte? Gab es nicht dank Mahraun auch in Gütersloh gegen die faschistische Diktatur von Anbeginn und auf Dauer national-konservativ geprägten Widerstand? Lehnten und lebten nicht seine Weggefährten – eine kernige und verschworene Gemeinschaft von Männern und Frauen – eine Ethik politischen Handelns, die auch heute noch bemerkenswert ist?

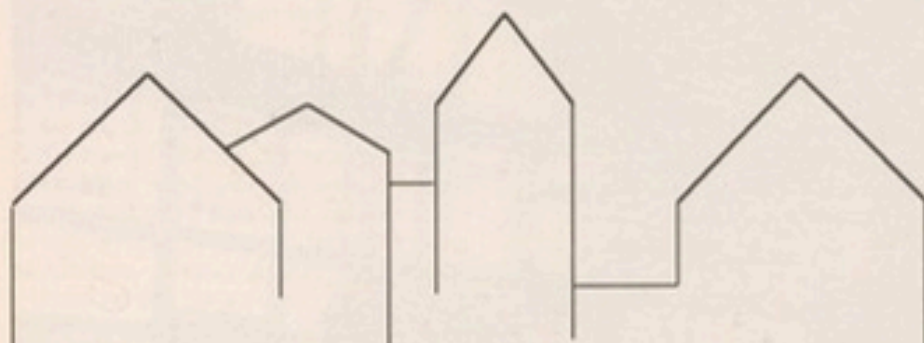
Andererseits: Wie soll man im Rahmen eines zeitlich bewußt begrenzten Vortrages der Komplexität solcher Gestalten und Ereignisse auch nur einigermaßen gerecht werden? Wen kann man noch als Zeitzeugen befragen? – Es lebt ja nur noch eine kleine Schar Mahraunscher Mitstreiter. Es gibt ja, bedingt durch den Zwang zur Anonymität während der NS-Zeit, kaum noch zeitgeschichtlich bedeutsame Dokumente. Und ist es nicht – etwa im Hinblick auf jüngere Mitbürger – unerhört schwierig, jenes jungdeutsche, aus

preußisch-protestantischem Geist gespeiste Ordensethos aufzuspüren und zu vermitteln? Wie soll man jene die Jungdeutschen prägende Erfahrung gelebter Bruder- und Schwesternschaft begreifbar werden lassen, wie deren opferbereite Hingabe an so hohe Ordensideale wie „Nachbarschaft“ und „volksnationale Gemeinschaft“?

Trotzdem wird es Ziel meines Bemühens sein, soweit wie eben möglich sowohl über das Gütersloher Jungdeutschtum zu berichten, wie über dessen Eingebundensein in gesamtdeutsche Bezüge und Gegebenheiten, soll deutlich werden, daß und wie sehr es Mahraun gemäß dem Ordensethos gelungen ist, von den Anfängen der Weimarer Republik über die Zwänge der Hitlerherrschaft bis in die notvolle Nachkriegszeit hinein wach und beweglich, tapfer und lernfähig zu sein.

II.
Über die Anfänge des Jungdeutschen Ordens in Gütersloh weiß man nur wenig. So viel aber steht fest: An der Dalke gab es ihn eher als den „Stahlhelm“, auch war er hierzulande bis zum Ende der Zwanziger Jahre an Mitgliederzahl wie an gesellschaftlicher Bedeutung der weitaus gewichtiger und auch der der Stadt gemäßere).

Mag er anfangs auch ein ausgesprochener „Wehrverband“ gewesen sein, der der Kaiserzeit nachtrauerte und der Republik mit großer Skepsis gegenüberstand: Er war und blieb nicht nur loyal zur „Weimarer Republik“, die er freilich „zu einem wahren Volksstaat“ weiterentwickeln wollte: er verteidigte sie auch gegen alle totalitären Anfeindungen, gegen die von rechts wie gegen die von links. Er war 1930 sogar bereit, das Anspruchsvoll-Besondere seines Ordens-



GRABENHEINRICH

Kunsthandel und Galerie

Mit dem Namen Grabenheinrich verbinden Sie bisher Kunsthandel, Spezialwerkstatt für Buchbinderei und Bildrahmung.

Seit nun schon 10 Jahren verkaufen wir Kunstgegenstände, Originalgemälde, Druckgrafiken und Reproduktionen verschiedener Stile, von klassisch bis modern.

In unserer Werkstatt werden Bilder in guter handwerklicher Tradition gerahmt, wobei wir aus einem gutsortierten Lager unterschiedlichster Rahmenhölzer schöpfen können.

So weit, so gut – Was neu ist: Seit Oktober 1989 gibt es zusätzlich, drei Häuser weiter, die Galerie Grabenheinrich.

Hier werden Einzelausstellungen diverser Künstler verschiedener Stilrichtungen präsentiert, Werkstattgespräche und Kunstaktionen durchgeführt.

In unregelmäßigen Abständen wird »Kunst zum Anfassen« stattfinden: Das Publikum hat Gelegenheit, dem Künstler über die Schulter zu sehen, ihn bei seiner Arbeit zu beobachten.

Beratung und Verkauf im Ladengeschäft Kökerstr. 5
Ausstellungen in der Galerie Kökerstraße 13.

Grabenheinrich GmbH · Kökerstr. 5 · 4830 Gütersloh
☎ 0 52 41 / 2 94 50



Am 19. Mai 1980 wurde am Alten Kirchplatz 9 eine Gedenktafel für Mähraun angebracht.

anliegens hintanzustellen und mit liberalen und anderen demokratischen Kleingruppen eine „Partei der neuen Mitte“ zu gründen. In soweit stand er dem vorwiegend sozialdemokratisch bestimmten „Reichsbanner“ schließlich näher als dem der „Harzburger Front“ verpflichteten „Stahlhelm“. Untersucht man, wie das möglich war, so stößt man bei der Lektüre der vom 9. Januar 1921 datierten ersten gesamtdeutschen Ordensatzung auf folgende Erklärung: „Der Jungdeutsche Orden steht auf dem Boden der Verfassung und will durch die ordensarti-

ge Zusammenfassung aller gut deutsch gesinnten Männer eine Gemeinschaft herstellen, die fest entschlossen ist, den Wiederaufbau des geliebten Vaterlandes zu fördern und für die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes zu arbeiten.“ Erläuternd dazu stand – als Äußerung des hiesigen Ortsverbandes – am 16. Februar 1923 in der „Gütersloher Zeitung“ zu lesen: „Über alle Stände-, Religions- und Parteunterschiede hinweg will der Jungdeutsche Orden ein Sammelpunkt für alle guten Deutschen sein, will er in eigenwilliger, unermüdi-

cher Arbeit das schaffen, was einzig und allein uns Rettung bringen kann: Das einige Volk von Brüdern.“

Man empfand offenbar den verlorenen Ersten Weltkrieg nicht nur als Schock, sondern auch als das Ende einer Epoche. Man hielt sich für verpflichtet, an der Neuordnung der Verhältnisse konstruktiv mitzuarbeiten. Man wollte versuchen, den Geist der Kameradschaft, den die Stände und Schichten überwindenden „Korpsgeist des kämpfenden Heeres“, in eine bürgerliche Form zu gießen. Man wollte eine Gesinnungsgemeinschaft, eine Art Eidgenossenschaft, schaffen. Nicht Waffen, Straßenkämpfe und Saalschlachten sollten entscheiden, sondern die Schwerter des Geistes.

Dem Bolschewismus widersetzte man sich mit allen Mitteln, ebenso jeder Art von Separatismus. Am Kapp- und am Hitlerputsch nahm man nicht teil. Entstanden aus einem Freikorps und geprägt von den Idealen der deutschen Jugendbewegung, mißtraute man aber auch dem parlamentarisch akzentuierten Parteienstaat. Man suchte nach mehr, als dieser leisten konnte. Man wollte mehr als Politik. Man ersehnte Ganzheitliches. Man forderte Macht, gepaart mit Recht, aber auch Geist, gepaart mit Gemüt. Man erhoffte sich Geschlossenheit, Gemeinschaft, Heimatgefühl, Nestwärme. Man suchte den überparteilichen, klassenlosen und vom Brüdergedanken gehegten Lebenskreis und war – gleichsam im Gegenzug – bereit, sich hohen und höchsten Anforderungen zu stellen, ordensähnliche Verpflichtungen zu übernehmen, sich mit allem, was man hatte, einzubringen in die organische Verbindung aller Volksgruppen eines von unten nach oben aufzubauenden wahren Volksstaates.

Man griff auf die Geschichte zurück und nahm sich – idealisiert im Mythos um die Marienburg – den Deutschen Ritterorden zum Vorbild, und zwar sowohl in seinem Aufbau wie in seiner Bezeichnung der Füh-



Werner Güth

renerschaft, vor allem aber mit klarer Festlegung der Pflichten des Einzelnen dem Orden gegenüber. Man konnte ihm nicht ohne weiteres beitreten. Man brauchte zwei Bürgen, hatte eine halbjährige Probezeit zu bestehen und ein Gelöbnis tatkräftiger Mitarbeit abzulegen. Erst dann wurde man feierlich eingereicht, durfte man stolz bekennen: „... Immer halt ich mich an Eurer Seite, ihr Freunde, die das Leben mir gesellt, ihr führt mit mir, was Einigkeit bedeutet, sie schafft aus kleinen Kreisen Welt in Welt.“ Hatten sich in Gütersloh bereits 1922 siebenzig Männer der Kriegsgeneration unter ihrem gekürten Großmeister Dr. phil. Paul Meyer, dem Prorektor des staatlichen evangelischen Lehrerseminars, zur örtlichen Bruderschaft zusammengeschlossen, so waren es drei Jahre später schon mehr als 150, die im Festzug der Stadt aus Anlaß von deren



Der Jungdeutsche Orden im Festzug zur Hundertjahrfeier der Stadt Göttersloh am 19. August 1925.

100-Jahr-Feier begeistert und andere begeistert mitzogen. Die Schar der Sympathisanten wuchs ständig. Zudem bildeten sich jungdeutsche Schwesternschaften und Jugendgruppen.

Das Zeichen des „Jungdo“ – so die volkstümliche Abkürzung der Ordensgemeinschaft – war – wie überall, so auch an der Dalke – das schwarze Kreuz auf weißem Feld. Als Gruß und Gegengruß galten das ansprechende „Treudeutsch“ und das erwidrende „Allewege“. Die uniforme graue Windjacke war betont schlicht gehalten. Rangabzeichen gab es nicht. Zu Aus- und Absprachen versammelte man sich zunächst im „Groben“, dann im „Kaiserhof“ oder im „Evangelischen Vereinshaus“, später auch im Ordensheim in der Strengerstraße. Natürlich war man – mit den Frauen – auch gesellig beisammen, spielte man Theater, bastelte man Puppen, sang man miteinander: von „Gottesmacht“ und „Lebensernst“, von „Brudertreu“ und „Ordenswollen“, von „Heimat“ und von „Landmannschaft“. Man wanderte, erprobte sich bei Geländeübungen, scharte sich ums Lagerfeuer, traf sich bei Appellen und Feierstunden mit Gleichgesinnten.

Man kümmerte sich – den jeweiligen Gegebenheiten entsprechend – um widerrechtlich in Frankreich festgehaltene Kriegsgefangene und um notleidende Mitbürger im besetzten Ruhrgebiet, bemühte sich vor Ort um Arbeitsbeschaffung, versah Arbeitslose mit notwendiger Kleidung und speiste ungezählte Hungrige mittels sogenannter Geusenküchen.

Man war – im Unterschied zur Reichswehr – gegen eine Zusammenarbeit mit der Roten Armee, aber „für den nationalen Frieden am Rhein“. Gewiß wollte man keinen Eroberungskrieg, wohl aber erhob man Anspruch auf die im Ersten Weltkrieg verlorenen deutschen Ostgebiete. Man war gegen den ostelbischen Großgrundbesitz und für dessen Aufteilung in eine Fülle von Neusiedlerstellen. Man war gegen den als wesens-



Jungdeutsche Tagung am Hermannsdenkmal.

fremd empfundenen Kapitalismus und Liberalismus des Westens, aber für eine „Synthese von Weimar und Potsdam“. Man war gegen jede Art von „Parteismus“ und für eine „Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft.“

Die Trennungslinie, die durch das deutsche Volk gehe – so erklärte man – werde nicht durch den Gegensatz von Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold bezeichnet, sondern beruhe in dem die Gesellschaft spaltenden Unterschied von Materialismus und Idealismus. Aus beiden Lagern müßten sich die guten Kräfte die Hand reichen. Notwendig und hilfreich sei der Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes und die Inangriffnahme einer gesunden Siedlungspolitik.

Verhindern müsse man ein Überhandnehmen von Wirtschafts- und Standesinteressen und sich einsetzen für eine „Aktivierung der

Mitte". Man müsse kämpfen gegen Klassen-
diktatur, Reaktion und Plutokratie und alles
zur Stärkung jener evolutionären Kräfte,
zu denen der Jungdeutsche Orden gehöre
und von denen allein eine Freiheit und Frieden
sichernde nationale Wiedererhebung zu
erwarten sei. –

Gefruchtet haben derlei Mahnungen freilich
wenig, zumal sie zu sehr an Idealen und zu
wenig an Mächten und Realisten orientiert
waren. Am stärksten und einflußreichsten
waren sie hierzulande wohl in den Jahren
1927 bis 1929. In dieser Zeit fanden Ballei-
Tagungen für Minden-Ravensberg wieder-
holt in Gütersloh statt, konnten Studienrat
Kellner und Professor Recheimer – beide
vom Ev. Stift. Gymnasium – als die derzeitigen
Repräsentanten des hiesigen Jungdeut-
schen Ordens eine Reihe prominenter Ver-
treter Artur Mahrauns zu programmatischen
Reden willkommen heißen. Erinnerung sei nur
an Major a. D. Fritz Hermann, den stellver-
tretenden Ordenskanzler, an Generalleut-
nant a. D. Fritz Salzenberg, den Ordenswan-
derwart und langjährigen Führer der Or-
densjugend, an Professor Dr. Schirmer, den
Großkomtur der Region Nord-West sowie
nicht zuletzt an Frau Hanna Klostermüller,
die Hochmeisterin der Ordensgemeinschaft
jungdeutscher Schwesternschaften. – Der
Hochmeister selbst ist, von einigen
Inkognito-Aufenthalten während der Nazizeit
einmal abgesehen, offiziell erst 1945 nach
Gütersloh gekommen.

Bis dahin aber sollten noch fünfzehn Jahre
vergehen, Jahre, in denen zunächst der
„Stahlhelm“, dann die „SA“ und die „SS“
dem Jungdeutschen Orden zunehmend
mehr das Wasser abzugraben vermochten.
Jahre, in denen Demagogen wie Hugen-
berg und Hitler Volk und Reich – zum Teil
übrigens unter Mißbrauch und Verdrehung
Mahraunschen Gedankengutes – auf eine
wahrhaft diabolische Weise zu blenden und
zu verführen verstanden. Um nur ein Bei-
spiel zu nennen: Artur Mahraun war der
Schöpfer des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Dieser sollte einerseits junge Menschen,
gleich welcher Herkunft und Konfession, zur
Gemeinschaft erziehen und sie diese –
gleichsam im Vollzug – erleben lassen. An-
dererseits sollte über den Arbeitsdienst die
Bindung an die jeweilige Gebietskörper-
schaft (Gemeinde oder Stadt) geweckt wer-
den und die Einsicht reifen, für diese – auch
und gerade in Notzeiten – eine Leistung zu
erbringen. Der Aufruf hatte Erfolg. Überall im
Reichsgebiet entstanden jungdeutsche Ar-
beitsdienstlager, so auch jenes 365. in Gü-
tersloh, das der letzte heimliche Großmei-
ster, Gewerbeoberlehrer Friedrich Roggen-
kamp, in Anwesenheit sowohl des Bürger-
meisters Thummes wie des Landrates Klein
am 25. Februar 1933 – noch ganz im Zei-
chen des Ordenskreuzes – feierlich einwei-
hen konnte.

Schon bald danach wurde – wie man weiß
– der Arbeitsdienst durch und durch militari-
siert und damit allem jungdeutschen Willen
ebenso entfremdet, wie der von ihm im Gei-
ste idealisierter Ritterlichkeit gehegte Ordens-
gedanke durch das Reichssicherheitshaupt-
amt und die „SS“-Verbände mit dem Toten-
kopf total pervertiert worden ist.

Mhraun hat – gerade weil ihm und den
Seinen Volk und Nation, aber auch Freiheit
und Menschenwürde, so heilig waren –
nicht von ungefähr schon sehr früh vor Hitler
und den Folgen gewarnt. Niemand sonst hat
so wie er gleich am Tage nach der Machter-
greifung alle liberal-konservativen Geister zur
„nationalen Opposition“ – und damit gegen
Hitler – aufgerufen. Kein anderer nichtsozia-
listischer deutscher Politiker hat so tiefgrei-
fend wie er die destruktiven Tendenzen des
Nationalsozialismus erkannt und entlarvt.

So war es dann fast selbstverständlich, daß
sich der Jungdeutsche Orden nach dem 30.
Januar 1933 auch in Gütersloh nicht zu na-
tionalen Freudenkundgebungen hinreißen
ließ, daß er im Gegenteil an der am 6. Fe-
bruar – also eine Woche nach der vollzoge-
nen „Machtergreifung“ – vor dem Rathaus
zelebrierten „Kundgebung nationaler Ver-

bände“ nicht teilnahm und sich so – unter
den obwaltenden Umständen spektakulär
genug – von solcher Art Volksgemeinschaft
distanzierte.

III.

Schwer zu sagen, warum sich Mahraun am
21. März zum „Tag von Potsdam“ einladen
ließ. Hindenburgs wegen? Weil er innerhalb
der völkisch akzentuierten Verbände „das
Wächteramt“ ausüben wollte? Weil er hoffte,
vielleicht doch noch heilsamen Einfluß auf
die Entwicklung der Dinge nehmen zu kön-
nen? Soviel steht fest: Noch scheute sich der
Nationalsozialismus, gegen den Jungdeut-
schen Orden vorzugehen, von dem man
wußte, daß er stets nach nationalen Refor-
men gerufen hatte. Man versuchte daher,
ihn von innen her – durch Abwerbung ein-
zelner Mitglieder – für sich zu gewinnen, so
wie das bei allen anderen bürgerlichen Ver-
einigungen und Parteien bisher schon sicht-
bar gelungen war. Den Jungdeutschen, die
bereit waren, in die nationalsozialistische Li-
nie einzuschwenken, bot man Posten und
Stellungen. Die aber, welche sich weigerten,
bedrohte man mit Entlassung, Strafverset-
zung und Boykott. – Den Verlockungen er-
lagen zwar nur wenige. Viele aber mußten
dem wirtschaftlichen Druck weichen. Und
bei dem Terror, der Willkür und der zielstre-
bigen Beseitigung der staatsbürgerlichen
Rechte, die bald auch rechte wie zuvor
schon linke Nicht-Nazis zu Gleichgeschalte-
ten oder Verfolgten werden ließ, wurde
innerhalb weniger Monate eine legale
Weiterführung jungdeutscher Bemühungen
mehr und mehr unterbunden. So verfiel der
Orden im Sommer 1933 der Auflösung. Sie
betraf aber nur die Organisation: dem Zu-
sammenhalt der Mitglieder setzte sie kein
Ende!).

Mhraun selbst, im Juli für einige Wochen in
Berlin-Plötzensee inhaftiert, wurde so schwer
mißhandelt, daß dies zu physischen Dauer-
schäden führte. Seinen Frieden mit dem Re-
gime zu machen, ist für ihn danach erst

recht nicht in Frage gekommen. Übrigens
auch nicht für so manchen tapferen und
treuen Mitleidenden im Lande.

Die Formen des Widerstandes waren vielfäl-
tig: Einige hielten die Verbindungen zu an-
deren ihrer Brüder und Schwestern, zu be-
währten Amtsträgern oder direkt zu Artur
Mahraun. Andere beschränkten sich auf die
Lektüre der einschlägigen Zeitschriften und
Bücher, die bis 1941 unter einem Tarnna-
men und unter anscheinend unverdächtigen
Titeln noch erscheinen konnten. Andere hal-
fen der Ordensjugend bei der Bewahrung
ihrer bündischen Lebensformen. Ähnliches
galt für den Zusammenhalt der Schwestern-
schaften.

Voraussetzung für oppositionelle Konspira-
tion war der Aufbau eines Netzes von Infor-
manten. Dabei konnte sich die illegal weiter-
arbeitende Bundesführung auf einen kleinen
Kreis unbeirrbarer Ordensbrüder stützen,
die angehalten wurden, Nachrichten zu
sammeln und unter Beachtung gebotener
Vorsichtsmaßnahmen weiterzugeben. So
entstand ein Netz von Sendungen, die ver-
suchten, Kontakt untereinander zu halten
und in einer Art innerer Emigration Gesin-
nungsgenossenschaften zu bilden, die von
der Hoffnung getragen waren, nach dem
Ende der nationalsozialistischen Herrschaft
die neuen Verhältnisse mitprägen zu kön-
nen.

Dr. Robert Werner, in der Zeit der Illegalität
Führer der Ordensjugend und Organisator
geheimer Ostertreffen, hat bezeugt, daß
während der ganzen Zeit des „Dritten Re-
iches“ über 400 örtliche Gruppen des Jung-
deutschen Ordens unbeirrbar durchgehal-
ten, daß sie – auf vielfältige Weise getarnt –
Verbindung untereinander gepflegt und zur
zentralen Führung aufrechterhalten haben;
derart, daß es auf diesem Wege gelang,
über das ganze Reichsgebiet verstreute „In-
seln der Wahrheit und des Vertrauens“ zu
bilden, die auf weite Kreise ausstrahlten und
sie gegen den Geist des „NS-Regimes“ im-
munisierten.

Sendingsmeister war Klaus Wehmeier, ein westfälischer Pastorensohn, Berufsoffizier des Ersten Weltkrieges, hauptamtlicher Mitarbeiter in der Ordensleitung, der, ein enger Vertrauter des Hochmeisters Mahraun und schließlich dessen designierter Nachfolger, als Verlagsvertreter getarnt, ständig in ganz Deutschland unterwegs war, um die Getreuen hinter verschlossenen Türen und herabgelassenen Vorhängen zum Ausharren zu ermahnen und in ihrem Glauben an den sehnlichst erwarteten Untergang der „NS-Diktatur“ zu bestärken.

Treffpunkt in Gütersloh war das Haus der Familie GÜTH: erst in der Hohenzollernstraße 36, dann in Thesings Allee 7. Während Herr Werner GÜTH kein definiertes Amt innehatte, aber – wie sich noch zeigen wird – gleichwohl ständig von den Machthabern überwacht und verfolgt wurde, war Frau Elfriede GÜTH als Komturin für die Bailei Minden-Ravensberg auch offiziell von hohem Rang. Tochter eines Arztes, Mutter von sechs Kindern, souverän in ihrer Haltung, war sie schon früh zur Jungdeutschen Schwesternschaft gestoßen und in ihr sozial und kulturell aktiv geworden, hatte sie bald Führungsaufgaben übernommen und getreu dem Lied der Ordensschwestern: „Wir tragen mutig helles Licht in unser dunkles Land“ vielfältige, bis nach Danzig und nach Ostpreußen reichende Kontakte zu gleichgesinnten und gleich engagierten Frauen hergestellt, Verbindungen, die sich im Widerstand bewährten, die bewirkten, daß man sich wechselseitig – wenn auch manchmal auf eine merkwürdige Weise anonym – informieren, bestärken und wohl auch helfen konnte.

Zu denen, die sich im Hause GÜTH ziemlich regelmäßig trafen, gehörten nicht nur so tapfere Weggefährten wie Frau Lene Frost und andere ebenso zuverlässige wie verschwiegene Ordensschwestern aus Gütersloh, sondern auch so gute, dem Orden ergebene Geister wie Frau Paula Böhmer aus Schwelm oder Frau Gertrud Windmüller aus

Bad Oeynhausen. Hinzu kamen natürlich – wenn auch zu anderen Zeiten und stets nur in kleinen Gruppen – jene heimischen Ordensbrüder, die – sich dem NS-Überwachungsstaat stets aufs neue ertziehend – gleichfalls im Hause GÜTH Rat und Zuspruch erhielten. Besonders wichtig aber waren jene konspirativen Treffen, zu denen der schon vorgestellte Sendingsmeister Klaus Wehmeier mit dem für Westfalen und Lippe verantwortlichen Koordinator Karl Hüske aus Dortmund nach Gütersloh kam. Hüske, ein Bauernsohn aus Mennighöfen, Offizier im Ersten Weltkrieg, Verwaltungsfachmann hohen Ranges, dem Orden seit 1921 angehörig, Mahraun zu allen Zeiten, besonders aber im Widerstand und nach 1945 besonders nahestehend: Hüske rühmt noch heute die Besonnenheit, Tapferkeit und Zuversicht, die Gastfreundschaft, Standfestigkeit und Strahlkraft, die vom Hause GÜTH ausging und die – gerade, weil sie so unpräntös gelebt wurde – vorbildlich für die systemkritischen Menschen vor Ort wie im Reich gewesen ist.

Herr Werner GÜTH, der als junger Mann die weite Welt erfahren hatte, schwer verwundet und hoch dekoriert aus dem Ersten Weltkrieg heimgekehrt war, in ausgeprägter sozialer Verantwortung eine Bandweberei leitete und „stur“ – wie er sich selbst charakterisierte – das NS-Regime ablehnte, er, der nie „Heil Hitler“ sagte und seine gesamte Familie von allen NS-Verbänden fernhielt, – was vor allem für die Kinder nicht leicht war – er galt vielen, nicht nur denen, die von seinen heimlichen Treffs mit Mahraun wußten, als besonders gefährdet.

Einer seiner alten Kriegskameraden sorgte daher dafür, daß er, 1940 als Hauptmann reaktiviert, zum militärischen Abschirmdienst nach Münster einberufen und so bis zum Jahre 1944, also bis zur Übernahme der „Abwehr“ durch die „SS“, der Gestapo-Gerichtsbarkeit entzogen wurde. Daß er das Kriegsende in Gütersloh heil überstand, daß er als einer der bekanntesten und wohl auch

angesehensten Nazigegner später als potentieller Bürgermeister gefragt war, bewahrte ihn freilich nicht vor einer Inhaftierung durch die britische Besatzungsmacht, die ihn – wegen seiner angeblich geheimdienstlichen Tätigkeit – vom 21. Oktober 1945 bis zum 15. April 1946 – also ein halbes Jahr lang – in dasselbe Internierungslager nach Recklinghausen brachte, in das um die Jahreswende 1945/46 auch Artur Mahraun, wenn auch nur für ein paar Wochen, als angeblich zu fürchtender Rebell eingesperrt worden ist.

IV.

Dabei hatte der einstige Hochmeister des jungdeutschen Ordens – nach seinen 1933 in Berlin-Plötzensee durch die SA erlittenen schweren Verletzungen – eine zwölfjährige Widerstandsodysee nur als „Schatten seiner selbst“ überstanden, war er 1945 erschöpft, heimat- und mittellos nach Gütersloh gekommen, wo er, von Elfriede und Werner GÜTH gerufen, zunächst in deren Familie, also in der Thesings Allee Nr. 7, dann in einem von einer Luftmine beschädigten und notdürftig wieder hergerichteten Haus am alten Kirchplatz Nr. 9, für sich und seine Familie eine die restlichen fünf Jahre seines Lebens währende Bleibe gefunden hat).

Die GÜTHs und die MAHRAUNS kannten sich seit langem, hatten sich wiederholt an wechselnden Plätzen – zum Beispiel im Gewimmel des Münchener Hauptbahnhofs – verdeckt getroffen, erhofften sich viel von einem terrorfreien Neubeginn nach dem Kriege und erlebten beide – man denke nur an die schon erwähnten Denunziationen – sehr bald tiefgreifende Enttäuschungen. Die Briten fürchteten Persönlichkeiten, die als vermeintliche Militaristen zu Kristallisationspunkten einer antidemokratischen Opposition werden könnten. Die Deutschen wollten sie als Widerstandskämpfer nur dann gelten lassen, wenn sie die einst vertretenen Ansichten und Verhaltensweisen als überholt bezeich-

net und sich einer der neu gegründeten Parteien anzuschließen bereit gewesen wären. So dauerte und dauerte es, bis Mahraun – und nur als Person, nicht als Leiter einer Organisation – mit den einzelnen Weggefährten und Gleichgesinnten Kontakt aufnehmen, bis er den einen oder anderen Rundbrief versenden, bis er gar Druckschriften – etwa die mit dem nunmehr typischen Titel „Politische Reformation“ – im Eigenverlag publizieren konnte.

Hinzu kam, daß Mahraun, der gesundheitlich schwer angeschlagen und daher nur bedingt leistungsfähig war, angesichts des allerorten feststellbaren Wandels im Bewußtsein der Gesellschaft selbst zu der Überzeugung gelangt war, daß es – zumindest vorerst – nicht gut wäre, den Orden wieder ins Leben zu rufen, daß es statt dessen notwendig sei, stärker als bisher das neu zu entwerfen und zu gestalten, was man wohl am treffendsten als „Republik der Nachbarn“ bezeichnet hat.

Mahrauns Denken hatte sich offensichtlich geöffnet, war weniger anspruchsvoll als vorher, wendete sich jetzt an jedermann, forderte „Anrechte“ für die Gemeinschaft freier Menschen. Diese sollten ermuntert und befähigt werden, in eine echte Mitträgerschaft am Gemeinde- und Staatsganzen hineinzuwachsen. Mahraun ging es – je länger, je mehr – um das, was wir heute Basisdemokratie nennen, mithin um überschaubare Gemeinden, um einen gutwilligen, aus eigenständigen Gemeinschaften aufgebauten, von allen mitgestalteten und mitverantworteten wahren Staat des Volkes. Um es mit Mahrauns eigenen Worten (aus dem Juli-Rundbrief des Jahres 1947) zu sagen: Die moderne Demokratie soll nicht ersetzt, sie „muß durch eine Einrichtung ergänzt werden, in welcher der Einzelmensch, gelöst von den wirtschaftlichen und weltanschaulichen Gegensätzen, befreit von Theorien und Parteidogmen, in zwanglosester Form zur praktischen Mitarbeit am Gemeinwohl gewonnen wird.“ Nichts soll durch Zwang er-

reicht, alles von alten wie von neuen Freunden mit viel Geduld durch beispielhaftes Vor-, Mit- und Mutmachen bewirkt und gefördert werden.

Indes, Mahrauns Tage sind gezählt. Seine Ausstrahlung hat wie seine Gesundheit schwer gelitten. Die Zahl seiner Mitstreiter ist eher schmaler als umfangreicher geworden. Vieles von ihm Gewollte ist daher in Anfängen stecken geblieben, konnte auch von seinen Nachfolgern zumeist nur ansatzweise und nur hier und da auf Dauer verwirklicht werden.

Trotzdem: Obwohl es der Tod schließlich eilig hatte und zunächst nur einige Freunde benachrichtigt werden konnten, eilten etwa 1200 Menschen aus allen Teilen Deutschlands zu der am 1. April 1950 erfolgten Beerdigung herbei. Ordner empfingen sie am Bahnhof und an den Eingangstraßen der Stadt. Man versammelte sich in den Gefolgschaftsräumen des alten Freundes Werner Güh, um dann gemeinsam den Weg zum Friedhof anzutreten. Der Sarg war mit dem Banner des Jungdeutschen Ordens bedeckt. Von der Friedhofskapelle bis zur Gruft bildeten alte wie junge Gefährten Artur Mahrauns mit der Hand auf dem Herzen ein Spalier. Noch einmal schloß sich die Kette der Schwestern und Brüder, ertönte das alte Ordenslied: „Dir wollen wir unser Leben weihen, schwarzes Kreuz auf weißem Feld, wohlauf, ihr Brüder, schließt die Reihen, laßt uns kämpfen wie ein Held.“

Pastor Paul Gronemeyer, der Gütersloher Ortspfarrer, mit dem Mahraun viele, Gott und die Welt berührende Gespräche geführt hatte, hielt die Traueransprache, pries seines Freundes „absolute Unbestechlichkeit und Lauterkeit“, rühmte es als das Größte, das „Fürstliche“ an ihm, „daß er mit unerbittlicher Festigkeit das lebte, was er verkündigte.“

Ernst Lemmer, einst selbst Jungdeutscher, jetzt Vorsitzender der Ost-CDU, schickte ein Beileidstelegramm und bekannte: „Er war ein Volksmann im besten Sinne des Wortes,

der es verstand, mit starkem Herzen und regem Geist neue Wege zu weisen und seine Mitbürger mit Opfersinn für das öffentliche Anliegen zu erfüllen.“

Der Sozialdemokrat Carl Severing, weniger Gegner als politischer Partner, grüßte die Hinterbliebenen in Erinnerung daran, daß Mahraun „zu den seltenen ritterlichen Kämpfern gehörte.“

Und Hanna Klostermüller, die ehemalige Hochmeisterin der jungdeutschen Schwesternschaften, setzte ihm das sicher schönste Denkmal, als sie erklärte: „Schauen wir heute zurück, so danken wir ihm, daß er uns vorbeigeführt hat an den Wolfsgruben jener Zeit. Wir sehn die Frucht dieses Lebens in unsere Hände gelegt, daß sie das Schicksal aller Frucht erfülle, wieder Samen zu werden.“

Im Anschluß an die Beisetzung versammelten sich die 1200 Teilnehmer zunächst noch einmal in der Güh'schen Fabrikhalle, dann im großen Saal des katholischen Vereinshauses, wo der „Tag von Gütersloh“ mit einem Konvent zu Ende ging, der – auf Dauer wohl vergeblich – das Vermächtnis des einzigartigen Hochmeisters zu ordnen und zu sichern versuchte.

Der „Nachbarschaftsverlag“ wurde noch eine Weile am Leben erhalten. Eine „Artur-Mahraun-Gesellschaft“ entstand, ebenso wie ein „Ring der deutschen Nachbarschaften“. Weitere Gedenktreffen fanden – zumeist in Gütersloh – statt. Hervorragende Mahraunforscher wie Helmut Kalkbrenner, Ernst Mast und Peter Steinbach konnten zu Vorträgen verpflichtet werden. Der Streit aber darüber, ob mehr „der Jungdeutsche Bund“ oder mehr „der Bund der Foederalisten“ leuchtiger Träger des Mahraunschen Gedankengutes sei, konnte nur mit Mühe entschärft werden.

Immerhin bewirkte die fünfte „Rüsttagung der Deutschen Volksbewegung für bündische Neuordnung“ zweierlei: Zum einen wurde – am 19. Mai des Jahres 1980 – an Mahrauns letzter Wohnstätte eine Gedenkta-

fel angebracht. Zum anderen wurden Gottfried und Ilse Beckmann, Moltkestraße 34, zu örtlichen wie überörtlichen Koordinatoren bestellt. Einmütig wurde also nicht nur Artur Mahraun – jedermann sichtbar – als ein in Gütersloh heimisch gewordener wegweisender Vorkämpfer persönlichkeitsnaher Demokratie öffentlich geehrt, sondern es wurden auch zwei unauffällig, aber wirksam und opferbereit tätig gewesene Glieder seines Jungdeutschen Ordens ausgezeichnet. Zu Recht, denn beide haben ihm und seinem Willen seit der Mitte der zwanziger Jahre durch alle Fahrnisse hindurch bis heute tap-

Anmerkungen

- 1) Das gesamte Schrifttum von und über Artur Mahraun – so umfangreich es ist – weist kaum Bezüge zu Gütersloh und dessen jungdeutschen Persönlichkeiten auf. Auch unser Stadtarchiv – so gut es sonst sortiert ist – kann in seiner Materialsammlung, unser Thema betreffend, für die NS-Zeit gar nichts, für die Zeit davor und danach im wesentlichen nur das anbieten, was in den einschlägigen Ausgaben der örtlichen Zeitungen gestanden hat. Um so bedeutsamer war es, in zahlreichen, sehr intensiven Gesprächen zu erfahren, was die Herren Otto Ahlert, Gottfried Beckmann, Dietrich Güh und Karl Hüske, aber auch Frau Helga Rehfeld – als dem Orden in besonderer Weise verbundene Zeitzeugen – anhand der ihnen privat zur Verfügung stehenden Unterlagen zu berichten bereit und in der Lage waren. Ihnen sei dafür auch an dieser Stelle auf das herzlichste gedankt, ebenso Herrn Stephan Grimm, der mich zu den Nachforschungen ermunterte, und Herrn Dieter Knobelsdorf, der dieses Referat in die Reihe der Heimatvereins-Vorträge aufgenommen hat. Der Vortrag wurde am 21. Januar 1992 in der Stadtbibliothek gehalten.
- 2) Das höchst umfangreiche Schrifttum von und über Mahraun erschließt sich dem interessierten Zeitgenossen am leichtesten über das relativ vollständige Literaturverzeichnis, das Wolfgang Zehe am Schluß seiner biographischen Studie „Artur Mahraun. Politik mit Herz“, Kassel 1991, erstellt hat. Die meisten der dort genannten Werke sind in der Stadtbibliothek vorhanden oder können durch sie per Fernleihe besorgt werden. Um Rat und Hilfe wende man sich an Frau Helga Rehfeld. An Mahrauns programmatischen Veröffentlichungen seien hier nur genannt: „Von nationalen Frieden am Rhein“ (1926), „Das Jungdeutsche Manifest. Volk gegen Kaste und Geld. Sicherung des Friedens durch Neubau der Staaten“ (1927) und „Der Auf-

fer und treu ihre wohl unersetzlichen Dienste selbstlos zur Verfügung gestellt.

V.

Soweit so gut. Was aber bleibt? War der Jungdeutsche Orden wirklich mehr als eine Randerscheinung der Orts- und der Ideengeschichte? Stand er – edel zwar und aufrecht – nicht zu sehr zwischen allen Fronten? War es berechtigt, dem Verhältnis Artur Mahrauns zu Gütersloh und dem der Gütersloher zu Artur Mahraun eine eigene Studie zu widmen?*)

- bruch. Sinn und Werk der Volkstonalen Reichsvereinigung“ (1929).
- 3) Man lese – aus Mahrauns eigener Feder – „Jungdeutschum und Nationalsozialismus“ (1933) sowie „Ordina-Grundsätze für das Gemeinschaftsleben“ (1935), vor allem von Robert Werner: „Der Jungdeutsche Orden im Widerstand 1933–1945“, München 1980.
- 4) Hier entstanden „Deutschland ruft“ (1949), „Politische Reformation. Vom Werden einer neuen deutschen Ordnung“ (1949) und „Der Protest des Individuums“ (1949). Hier schrieb Mahraun aber auch Balladen, vollendete er sein 1933 während der Inhaftierung in Plötzensee begonnenes und erst posthum veröffentlichtes literarisches Hauptwerk „Der redliche Rebel“, jene faustische Weltanschauung des 20. Jahrhunderts, die – wie die zahlreichen, während der NS-Zeit konzipierten Gedichte, Erzählungen und Romane – bislang noch nicht angemessen ausgelotet worden ist.
- 5) Daß dies seine Anhänger bejahen, legt auf der Hand. Daß es aber auch so renommierte Historiker wie Ernst Mast („Der Staatsdenker Mahraun“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 31/1977), Helmut Kalkbrenner („Die Staatslehre Artur Mahrauns. Sicherung des Friedens in Freiheit durch direkte Demokratie“, Mit Nachwort von Wolfgang Lohmüller, München 1986) und Peter Steinbach („Die Übergangszeit ist nichts für uns“, Artur Mahraun und sein Wirken bis 1946 – Gütersloh 1991) tun, läßt aufhorchen. Und wer könnte in der Tat bestreiten, daß der von Artur Mahraun geführte Jungdeutsche Orden – im Unterschied zu allen anderen rechten Gruppierungen der Weimarer Republik – sich nicht von Nationalsozialismus hat auffangen lassen, sich vielmehr – anfangs rechts außen stehend, aber immer mehr zur Mitte hinbestrebend – zu jener „nationalen Opposition“ entwickelt hat, die zu Recht in der großen Berliner Widerstands-Ausstellung gewürdigt worden ist.

Buchbesprechungen

Sowjetische Kriegsgefangene in Stukenbrock

Etwa 1968 tauchten sie erstmals in Gütersloh auf – die Plakate, die sowjetische Kriegsgefangene, ihre Hände um etwas Brot bittend durch einen Stacheldraht gesteckt, zeigten. Sie luden zu einer Mahn- und Gedenkveranstaltung am ersten Wochenende im September auf dem Soldatenfriedhof in Stukenbrock ein. Ein Soldatenfriedhof in unmittelbarer Nähe der eigenen Heimatstadt – davon hatte der Rezensent bis dahin nicht gehört. Auch ein Schulausflug wohl in der 4. Klasse hatte ihn und seine MitschülerInnen zwar zu einer alten Eiche geführt – aber ein russischer Soldatenfriedhof?

Einige Jahre später wurden dem Rezensenten in barschem Ton von zumeist älteren Herren wohlmeinende Ratschläge gegeben. Er solle sich doch erst einmal um die toten Deutschen in Rußland kümmern, hieß es, wenn ihm nicht gleich der Weg nach „drüben“ empfohlen wurde. Der Grund: Er verteilte Handzettel, auf denen zu der Gedenkveranstaltung des Arbeitskreises „Blumen für Stukenbrock“ auf dem Soldatenfriedhof eingeladen wurde.

Beides, die fehlende Information der Öffentlichkeit über das Kriegsgefangenenlager in Stukenbrock und die Reaktion auf die Handzettel, verdeutlichen, daß in dieser Phase mit dem Thema „sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland“ an ein Tabuthema gerührt wurde.

Die Tabuisierung des Themas läßt sich auch an der Geschichte der Auseinandersetzung um die Veranstaltung aufzeigen, die der Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ seit 1967 alljährlich Anfang September – Anlaß ist der Kriegsbeginn durch Deutschland am 1. 9. 1939 – durchführt. Lange Jahre ver-

weigerte die Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis, ja auch die Begrüßung ehemaliger Gefangener wegen der Mitarbeit von Kommunisten.

Ein deutlicher Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung setzte erst zu Beginn der 80er Jahre ein. Die gesellschaftliche Breite der Friedensbewegung, die Beachtung des Stukenbrocker Kriegsgefangenenlagers durch bekannte Persönlichkeiten wie den früheren Berliner Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz, eine politische Öffnung des Arbeitskreises „Blumen für Stukenbrock“ und nicht zuletzt die Veränderungen in der Politik der Sowjetunion seit 1985 führten zu einer schrittweisen Veränderung. Der Besuch Raissa Gorbatschows in Stukenbrock im Sommer 1989 auf Initiative des Arbeitskreises und ihr Empfang im Rathaus der Gemeinde hat diese Veränderungen auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Auch die Entstehungsgeschichte des jetzt vorliegenden Buches läßt diese politischen Veränderungen deutlich werden. Erstmals wurde 1980 im Gemeinderat Schloß Holte-Stukenbrock über eine Aufarbeitung der Lagergeschichte beraten. Es dauerte aber noch sieben Jahre, bis der Initiative der SPD gefolgt und eine umfassende Dokumentation in Auftrag gegeben wurde. Den Auftrag dafür erhielt der Paderborner Hochschullehrer Karl Hüser. Mit Hüser entschied sich die Gemeinde für einen Wissenschaftler, der sich durch seine Dokumentation zur Weisburg als „Kult- und Terrorstätte der SS“ (Paderborn 1982) als profunder Sachkennner der Geschichte des nationalsozialistischen Unterdrückungsapparates profiliert hatte. Als

zweiter Autor trat der Gymnasiallehrer Reinhard Otto hinzu, der sich seit Anfang der 80er Jahre intensiv mit der Geschichte des Lagers in Stukenbrock befaßt hat.

Auf insgesamt 317 Seiten haben die beiden Autoren eine umfassende Studie über die Geschichte des Kriegsgefangenen-Stammlagers in der Senne vorgelegt. Positiv ist hervorzuheben, daß sie es nicht bei einer isolierten Einzelfallstudie bewenden lassen, sondern die Entwicklung in Stukenbrock einordnen in die Politik der nationalsozialistischen Führung gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen überhaupt. Aus der Menge einer vorwiegend nur bruchstückhaften Überlieferung in Archiven haben sie eine umfassende Darstellung der Geschichte des Lagers erstellt, die vom Beschluß zu seiner Einrichtung, über die Ankunft der ersten Kriegsgefangenen im Sommer 1941, die Arbeitseinsätze bis hin zum Verhalten der Kriegsgefangenen zwischen Kollaboration und Widerstand reicht. Umfangreiches Bildmaterial und zahlreiche Dokumente im Text und in einem gesonderten Anhang zeigen die unmenschlichen Bedingungen im Stukenbrocker Lager auf und belegen, daß diese kein Zufall, sondern der nationalsozialistischen Politik zuzuschreiben waren. Zu

den erschütterndsten Dokumenten gehört der abgedruckte Bericht des amerikanischen Korrespondenten John M. Mecklin über die Zustände im gerade befreiten Kriegsgefangenenlager. In diesem Bericht heißt es: „Dies ist ein Ort, an den man sich erinnern muß, wenn der Nazismus einmal zur Rechenschaft gezogen wird.“

Mit ihrem Buch haben die beiden Autoren einen Beitrag dazu geleistet, daß das Leiden der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Senne nicht in Vergessenheit gerät. Es ist zu hoffen, daß die Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock nun auch dem Gedanken näher tritt, in der Nähe des Friedhofes eine kleine Dauerausstellung einzurichten und die Bedingungen für die pädagogische Betreuung von Schulklassen und Jugendgruppen zu schaffen.

Eckard Möller

Karl Hüser/Reinhard Otto, Das Stammlager 326 (VI K) Senne. 1941-1945. Sowjetische Kriegsgefangene als Opfer des Nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges; herg. von der Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock; Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1992, XIV + 303 S., Abb., Ktn.

Sozialdemokratische Frauenbewegung zwischen 1890 und 1920

Mit ihrem Buch „Ihr Frauen aufgewacht“, das als Staatsexamensarbeit an der Universität Bielefeld entstanden ist, gibt die Historikerin Bärbel Bitter einen detaillierten Überblick über die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Frauenbewegung vom Ende des Sozialistengesetzes bis zur Wahl der Nationalversammlung 1919. Dieses bislang für die Region Ostwestfalen noch nicht

bearbeitete Thema stellt sie auf einer breiten Quellengrundlage dar. Hauptquelle ist die sozialdemokratische Regionalzeitung „Volkswacht“.

So liegt denn auch einer der Vorzüge der Arbeit darin, viel Material gesichtet und ans Licht gebracht zu haben. Zusammen mit Arbeiten von Reinhard Hemkemeier über die SPD in der Schlußphase der Weimarer

Republik, von George Homburg über die SPD im Widerstand gegen den Faschismus und von Michael Buggisch über die SPD in den ersten Nachkriegsjahren gehört sie zu einer von der SPD in Ostwestfalen herausgegebenen Reihe zur Parteigeschichte.

Bitter leitet ihr Buch mit einem Kapitel über die unterschiedlichen Konzepte zur Frauenpolitik in der Sozialdemokratie und deren Entwicklung auf Reichsebene ein. Sie stellt die Konflikte zwischen verschiedenen führenden Repräsentantinnen der Sozialdemokratie, seit 1905 vor allem zwischen Marxistinnen und Revisionistinnen knapp dar. Es wird allerdings nicht so recht deutlich, welche Auswirkungen diese Konflikte auf die Entwicklungen im östlichen Westfalen hatten. Folgt man der Darstellung der Autorin, so war hier ein pragmatischer Politikansatz vorherrschend. Ob und wie Anlehnungen an die beiden Hauptströmungen erfolgten, wird in der weiteren Darstellung nicht ausdrücklich thematisiert. Damit bleibt auch die Frage nach der Wirksamkeit der theoretischen Konzepte für den politischen Alltag ausgeklammert.

Im zweiten Kapitel schildert sie in fünf zeitlich gegliederten Unterabschnitten die Entwicklung der Frauenpolitik der SPD im östlichen Westfalen bis zum Ende des 1. Weltkrieges. Für jeden Zeitraum geht sie auf die organisatorische Entwicklung, die Inhalte und den Charakter der Bildungsarbeit und nicht zuletzt auf die gewerkschaftliche Frauenarbeit ein. Dabei wird deutlich, daß schon durch das preußische Vereinsgesetz der Entwicklung einer eigenständigen Frauenarbeit enge Grenzen gesetzt waren. Erst nach der Verabschiedung eines neuen Vereinsgesetzes 1908 verbesserten sich die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung der Frauen. Mit ihrer Phasengliederung im zweiten Kapitel orientiert sich die Autorin zunächst an Etappen der regionalen Parteientwicklung. Dieses Vorgehen ist zweckmäßig, weil es vom Zustand der Gesamtorganisation abhing, ob und in welchem Maße die Sozialdemokratie

sich der Frauenfrage zuwandte. Mit den Jahren 1908 (Inkrafttreten eines liberaleren Vereinsgesetzes) und 1914 (Beginn des Ersten Weltkrieges) wählt die Autorin dann allerdings zwei Schnittdaten aus der allgemeinen politischen Entwicklung. Auch diese Entscheidung ist zweckmäßig, weil sich durch die veränderten Rahmenbedingungen die Frauenpolitik entscheidend wandelte.

Offen bleibt allerdings, welche Wirkungen der Generationswechsel in der SPD, den die Autorin der Zeit von 1900 bis 1908 zuordnet, für die Inhalte und Formen der Frauenpolitik hatte. Der beim Lesen entstehende Eindruck ist, daß direkte Wirkungen ausblieben. Da die Autorin den Generationswechsel, der wichtig und bestimmend für die SPD in Ostwestfalen bis zum Ende der Weimarer Republik war, in ihrem Überblick über die Zeit zwischen 1890 und 1914 erwähnt, hätte man einen Hinweis auf die fehlenden Auswirkungen schon erwartet.

Im Abschnitt zum Ersten Weltkrieg wird deutlich, daß die Grundentscheidung der SPD für die Unterstützung des Krieges sich auch auf ihre Frauenpolitik auswirkte und den Frauen ähnlich wie von den bürgerlichen Parteien vor allem Aufgaben im sozialen und caritativen Bereich zugeordnet wurden. In diesem Abschnitt und noch stärker im dritten Kapitel, das die Zeit der Novemberrevolution 1918 zum Gegenstand hat, tritt die Darstellung der allgemeinen Entwicklung der SPD stärker als für das Thema notwendig in den Vordergrund.

Zu Recht hebt die Autorin hervor, daß die SPD in der bearbeiteten Zeit niemals das traditionelle Verständnis der Rolle von Mann und Frau thematisiert hat. Das gilt sowohl für die theoretischen Vordenker als auch für die politischen Aktivistinnen vor Ort. Prägend war das Bild der Frau als 'treuer Gefährtin' des Mannes im Klassenkampf, die zur Stärkung der Partei und Bewegung gewonnen werden müsse, deren Befreiung im Rahmen der bestehenden Ordnung aber nicht möglich sei.

Ihre Schlußfolgerung, daß die nicht angelegte Doppelbelastung der Frauen in Beruf und Familie ein Hindernis für deren politische Aktivierung waren, ist ebenso richtig wie der Verweis auf den männlich dominierten Funktionärskörper, durch den die politische Partizipation der Frauen behindert worden sei. Man hätte sich aber auch Hinweise darauf gewünscht, welche sozialpsychologischen Verhaltensmuster die Frauenpolitik der SPD mitgeprägt haben. In diesem Zusammenhang wäre es auch möglich gewesen, auf die Grenzen der theoretischen Grundlagen sozialdemokratischer Frauenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg einzugehen. Ärgerliche Randerscheinung in dem sonst auch drucktechnisch einwandfreien und mit Bildern von im Text erwähnten Frauen und Dokumenten bebilderten Buch ist das fast ausnahmslose Fehlen des „§“-Zeichens vor

den Gesetzesartikeln. Auch sei darauf hingewiesen, daß der Dornberger Pfarrer nicht „Fethake“, sondern Vethake hieß (S. 57) und sich der Vorname von Suttners Bertha und nicht „Berta“ (S. 114) schreibt.

Trotz der zuletzt erwähnten kleinen Mängel und einiger offener Fragen ist das Buch ein wichtiger Beitrag zur regionalen Geschichte nicht nur der Arbeiter- und Frauenbewegung.

Eckhard Möller

Bärbel Bitter, „Ihr Frauen aufgewacht!“. Die Entstehung der sozialdemokratischen Frauenbewegung von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zur Novemberrevolution (= Band 4 der Schriftenreihe zur ostwestfälisch-lippischen Arbeiterbewegung, hersg. vom Bezirksvorstand der SPD) Bielefeld: Verlag für Druckgraphik 1990, 159 S., Abb.

**TECHNIK
IM
HAUSHALT**
VERKAUF UND REPARATUR

ELEKTRO
DER PREIS
STIMMT IMMER
ZIMMER

Kökerstraße 8 · 4830 Gütersloh
Tel. (05241) 28886

Kundendienst: Tel. (05241) 28855

Zwangsarbeiter in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges

Deckname Genofa ist der Titel eines jüngst erschienenen Buches über die Lage der ZwangsarbeiterInnen im Raum Herford während des Zweiten Weltkrieges. Hinter dieser befremdlich anmutenden Bezeichnung verbirgt sich der Deckname für das Zwangsarbeiterlager bei der Herforder Firma Leineweber. Wie andere größere und kleinere Firmen, ja auch Handwerksbetriebe und Bauern beschäftigte dieser Betrieb seit 1939 eine steigende Zahl von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern, die als Kriegsgefangene oder ZwangsarbeiterInnen nach Deutschland verschleppt worden waren.

Die Geschichte der Zwangsarbeit gehört zu den Teilbereichen der Geschichte des Nationalsozialismus, die mit den größten Tabus belastet und aus dem öffentlichen Bewußtsein weitgehend verdrängt worden sind. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Welche Firma will heute schon damit konfrontiert werden, daß sie ihre Produktion nach 1939 nur mit Zwangsarbeit aufrechterhalten konnte – von der Zahlung möglicher Entschädigungen ganz zu schweigen? Und wer kann noch behaupten, nichts gewußt zu haben, wenn die ausgehungerten Menschen aus halb Europa in der eigenen Firma arbeiten mußten oder auf dem Wege zur Zwangsarbeit durch die eigene Straße geführt worden sind?

Die 13 Autorinnen und Autoren des Buches kennen sich aus der Zusammenarbeit in der Geschichtswerkstatt 'Arbeit und Leben' von DGB und VHS. Sie sind dem Prinzip der Geschichtswerkstätten, die Perspektive der 'keinen Leute' ins Blickfeld zu rücken, verpflichtet und schreiben aus dem Blickwinkel der Opfer. Die Darstellungen über die Behandlung der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, ihre Hierarchisierung nach Herkunftsländern und die Bereitschaft der deutschen Behörden und Firmen, die inhu-

manen Vorgaben der NS-Behörden durchzuführen und bedenkenlos mit der Gestapo zusammenzuarbeiten, machen deutlich: Ausschwitz begann vor der eigenen Haustür.

Bei ihren Forschungen konnten sich die AutorInnen sowohl auf einen recht großen Aktenbestand des Kommunalarchivs Herford stützen als auch auf einige Berichte von Augen- und Zeitzeugen. Positiv hervorzuheben ist, daß die Firmen, in denen die Zwangsarbeiter ihre Arbeit verrichten mußten, mit Namen und Adresse genannt werden und aus einigen Fabriken – so z. B. der Firma SULO – auch ausführliche Berichte vorliegen. Auffällig ist in diesem Fall, daß die Erinnerung eines der Betriebsleiter und des Werksarztes so gar nicht zu den erschreckenden Berichten in den Akten des Kommunalarchivs passen wollen.

Im einleitenden Beitrag wird auf die Geschichte der Ausländerbeschäftigung eingegangen und darauf hingewiesen, daß ein antipolnischer Rassismus in Deutschland eine bis in das Kaiserreich zurückgehende Tradition hat. Die Nationalsozialisten brauchten also für die scharfe Ausgrenzung und besonders schlechte Behandlung der Polen und der Russen nur alte Ressentiments zu mobilisieren. In der Öffentlichkeit waren sie zudem durch das Tragen des 'P' bzw. der 'OST' als Kennzeichnung auf der Kleidung besonders stigmatisiert und diskriminiert.

Im Vorwort wird das Buch als 'Geschichtsbuch mit wissenschaftlichem Charakter' bezeichnet. Dieser Anspruch wird in den insgesamt 26 Beiträgen eingelöst. Sie orientieren sich streng an den ausgewerteten Quellen aus dem Kommunalarchiv, die durch Aussagen von Zeitzeugen ergänzt werden. Alle Beiträge sind aber auch für ein nicht wissenschaftliches Publikum gut verständlich –

anders darf es bei einer Geschichtswerkstatt auch nicht sein. Da jeder Beitrag auch für sich zu lesen ist, das ganze Buch also auch in Teilen gelesen werden kann, ohne an Verständlichkeit einzubüßen, ist auch die Bezeichnung Lesebuch gerechtfertigt.

Herausgeber des Buches sind Helga Kohne, die als Mitarbeiterin von 'Arbeit und Leben DGB/VHS' im Kreis Herford für 11 Beiträge verantwortlich zeichnet, und Christoph Laue, der als Kommunalarchivar und Mitglied der Geschichtswerkstatt deren Arbeit begleitet und unterstützt hat. Es ist die erste ausführliche Studie zur Lage der kriegs- und zivillangenen Zwangsarbeiter an einem Ort für Ostwestfalen und hat daher Bedeutung für die gesamte Region.

Aber gerade in diesen Tagen ist es nicht nur ein Buch zu einem Aspekt der Regional- und Ortsgeschichte. Es ist auch eine Warnung vor ausländerfeindlichen und rassistischen Tendenzen in der Gegenwart. Zu diesen gehören nicht nur die Ausschreitungen von

Hoyerswerda bis Hünxe, sondern auch der behördliche Umgang mit Flüchtlingen. Hier sei nur an die Kontroverse im Kreistag um die Ausgabe von 'Wertgutscheinen' an Flüchtlinge erinnert, mit denen diese an der Kasse im Supermarkt sogleich von anderen unterscheidbar sind. Das Argument, diese Behandlung sei keine Diskriminierung, trifft nicht zu: Diskriminierung bedeutet im lateinischen Ursprung nichts anderes als eben dies: Scheidelinie/Unterschied.

Eckhard Möller

Deckname Genofa. Zwangsarbeit im Raum Herford von 1939 bis 1945. Ein Lesebuch der Geschichtswerkstatt Arbeit und Leben DGB/VHS; herausgegeben von Helga Kohne und Christoph Laue (Herforder Forschungen Band 6, herg. vom Kommunalarchiv Herford), Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1992, 206 S., Abb.

Zwischen Pragmatismus und Utopie – eine Innensicht auf die Entwicklung der SPD zwischen 1960 und 1980

Das Buch „Sozialdemokratie zwischen Pragmatismus und Utopie. Die Entwicklung der SPD in Ostwestfalen-Lippe in den 1960er und 1970er Jahren“ von Thorsten Spilker ist das bislang letzte in der Reihe von historischen Darstellungen zur SPD in Ostwestfalen. Spilker, selbst in der SPD aktiv, zeichnet dabei Entwicklungen nach, deren Wirkungen bis heute deutlich spürbar sind. Die Geschichte eines so nahe an der Gegenwart liegenden Zeitraumes zu schreiben ist nicht unproblematisch – können doch eigene politische Positionen und Vorlieben stärker die Darstellung bestimmen als das für ein doch eher distanziert-kritisches Urteil zuträglich ist. Um es vorwegzunehmen: Spilker

wahrt kritische Distanz, und es gelingt ihm auch solche Positionen abgewogen zu beurteilen, denen er in politischer Auseinandersetzung eher ablehnend gegenüberstand. Einen Vorteil einer zeitnahen Darstellung hat Spilker für seine Arbeit intensiv genutzt. Er greift nicht nur auf die schriftliche Überlieferung zurück, sondern auch auf ausführliche Interviews mit Vertretern – unter den insgesamt 15 Interviewten befindet sich nur eine Frau – aller Parteiflügel. Die meist ausführlichen Zitate aus den Interviews werden im Text nicht als Belege für den eigenen Argumentationsstrang genutzt, sondern als das, was sie sind: als Stellungnahmen von Beteiligten, die die unterschiedlichen Standpunkte

deutlich werden lassen.

Im ersten Kapitel zeichnet der Autor die Entwicklung der SPD in Ostwestfalen bis 1959 nach, läßt aber bereits Konflikte aus den frühen 60er Jahren mit einfließen. Seine Kernthese ist, daß die Partei in der Ägide Severing an die Vorkriegsstrategien angeknüpft und zugleich eine Erweiterung der sozialen Basis angestrebt habe. Linke Positionen hätten nur am Rande einen Platz gefunden – jedoch habe die Parteilinke, die vor allem in den Gewerkschaften und bei den Falken vertreten gewesen sei, eine wichtige Scharnierfunktion zwischen SPD und außerparlamentarischer Bewegung gespielt.

Das zweite Kapitel setzt sich mit dem Godesberger Programm der SPD auseinander. In Abgrenzung von linken Kritikern des Programms wie Wolfgang Abendroth betont der Autor, das neue Programm habe eine sozialistische Perspektive nicht vollständig ausgeblendet. Bei der Einordnung des Godesberger Programms greift der Autor auf die Vorstellungen von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft zurück, die er zwar kritisiert, ohne jedoch darzulegen, weshalb sie das Massenbewußtsein so stark beeinflusst haben. In Abgrenzung vom Godesberger Programm wird die Gemeinsamkeitsstrategie der Parteiführung nach 1960 scharfer Kritik unterzogen, weil durch sie die SPD in ihrer Oppositionsrolle geschwächt worden sei.

Das dritte Kapitel hat die Entwicklung in den 60er und 70er Jahren zum Gegenstand. Spilker unterscheidet zwischen drei Phasen: Der Ära der Stagnation (1960 bis 1967), in der sich die Linke in einer „Wartehaltung“ befunden habe, der Ära der Erneuerung nach der Wahl des Bezirksvorsitzenden Junker (1967 bis 1976), in der vor allem nach 1972 die Positionen der Parteilinken gestärkt worden seien und der Phase nach dem Bezirksparteitag 1976, auf dem erstmals eine linke Mehrheit im Bezirksvorstand zustande gekommen ist. Für diese als „Umbruchphase“ bezeichnete Entwicklungsetappe sind die Korrektur der Mehrheitsverhältnisse zwei

Jahre später und die Spaltung der Parteilinken für den Autor die entscheidenden Markierungspunkte.

Die Konfliktfelder und -linien der innerparteilichen Auseinandersetzungen, die stets engen Bezug zu den großen Themen auf der politischen Tagesordnung hatten, werden vom Autor detailliert nachgezeichnet. Für die Parteilinke konstatiert er, einhergehend mit ihren innerparteilichen Positionsgewinnen, einen Rückgang der Kontakte zu den außerparlamentarischen Bewegungen, wodurch sie ihre Scharnierfunktion teilweise eingebüßt habe.

Aus Gütersloher Perspektive interessant sind die Hinweise Spikers auf den 1965 gegründeten politischen Buchstudienkreis, der unter Leitung von Eva Meinerts und Dr. Eva Thöl stand. Dieser für Mitglieder und Nichtmitglieder offene Diskussionskreis wird von Spilker als ein typischer Ausdruck der allgemeinen Politisierung in den späten 60er Jahren bewertet, der vor allem dem Bedürfnis von Intellektuellen nach Grundsatzdiskussionen nachgekommen sei.

Das Buch von Thorsten Spilker spiegelt nicht nur die Parteigeschichte wider, sondern ist auch ein Beitrag zur jüngeren politischen Geschichte Ostwestfalens überhaupt. An Zeitgeschichte wie auch am politischen Geschehen Interessierten ist es zur Lektüre und Auseinandersetzung zu empfehlen.

Eckhard Möller

Thorsten Spilker, Sozialdemokratie zwischen Pragmatismus und Utopie. Die Entwicklung der SPD in Ostwestfalen-Lippe in den 1960er und 1970er Jahren (= Band 5 der Schriftenreihe zur Geschichte der ostwestfälisch-lippischen Arbeiterbewegung, herg. vom Bezirksvorstand der SPD, Bielefeld: Verlag für Druckgraphik 1992, 152 S., Abb.).

Der Nachlaß von Landespräsident Drake

Nach dem Tode von Heinrich Drake (1881 – 1970), Landespräsident von Lippe, Schaumburg-Lippe, Mitglied des Zonenbeirates 1945 – 1946, Regierungspräsident in Minden von 1947 bis 1952 und Vorsteher des Landesverbandes Lippe 1949 – 1953 und 1956 – 1966, gelangte der schriftliche Nachlaß durch testamentarische Verfügung in das Staatsarchiv Detmold. Anlässlich einer Ausstellung zum 90. Geburtstag am 20. Dezember 1971 wurde aus dem reichhaltigen Quellenmaterial bereits ein erster Überblick über die Bedeutung Drakes als Politiker (SPD) und Verwaltungsbeamter in der Zeit von 1918 bis 1933 und nach 1945 gegeben (siehe: Einführung des Ltd. StAD Dr. Günther Engelbert zum Ausstellungskatalog 1971).

Die außerordentlich verdienstvolle Aufgabe der Ordnung und Gliederung des bis dahin völlig ungeordneten Nachlasses dieser bedeutenden Persönlichkeit für die Geschichte und Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen (Anschluß des Landes Lippe am 21. Januar 1947), hat durch die Veröffentlichung des vorliegenden Findbuches ihren Abschluß gefunden.

Unterschiedliche Materialien wie amtliche Drucksachen, Zeitungsausschnitte, Manuskripte, Arbeitshefte, Entwürfe und Fragmente zu den nicht mehr fertiggestellten Lebenserinnerungen, persönliche Unterlagen sowie private und dienstliche Korrespondenzen wurden den verschiedenen Funktionen Drakes zugeordnet und innerhalb dieser Gliederung chronologisch bzw. nach Korrespondenzserien sortiert. Eine ausführliche Erschließung der Verzeichnungseinheiten mit Angabe der Bestellnummer, Personen-, Orts- und Sachindizes und

ein chronologischer Lebensabriß geben nicht nur wertvolle Hinweise für eine einfache und effektive Benutzung, sie können kurzfristig bereits als schnelle Erstinformation zur Person Drakes angesehen werden.

Über die Bedeutung des Nachlasses als Ergänzung zu den amtlichen Registraturen hinaus gewinnt dieser einen besonderen Wert dadurch, daß die durch Dienstregistraturen nicht dokumentierten Funktionen Drakes, z. B. als Abgeordneter der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, als Ratsherr der Stadt Detmold und als Vorsitzender von Verbänden und Vereinen, u. a. des Verkehrsverbandes Teutoburger Wald, erfaßt werden. Durch die Veröffentlichung des vorliegenden Findbuches ist eine wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung des im Testament geäußerten Wunsches – vom Bearbeiter in der Einleitung zitiert – geschaffen worden, daß „dieser schriftliche Nachlaß, im besonderen geschichtlicher Art, . . . so verwendet werden möge, wie es zur Förderung der Geschichtswissenschaft, der Heimatkunde zweckmäßig oder gar nötig ist . . .“

Das Findbuch liegt zur Einsichtnahme im Stadtarchiv, Hohenzollernstraße 30a, 4830 Gütersloh, aus. Es kann darüber hinaus über das NW Staatsarchiv Detmold, Will-Holmann-Straße 2, 4930 Detmold, zum Preis von 30,- DM bezogen werden.

Stephan Grimm

Reihe F (Findbücher Nr. 3). Nachlaß Heinrich Drake. Bearbeitet von Theodor Helmert-Corvey. Detmold: Selbstverlag des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Detmold 1990, 198 Seiten.

Parkbad ist Denkmal von Heinrich Lakämper-Lührs

Nach einer Minister-Entscheidung ist das Parkbad in Gütersloh-Sundern endgültig ein Denkmal. Damit schloß sich der zuständige nordrhein-westfälische Landesminister Franz-Josef Kniola der Auffassung des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster und einer Bürgerinitiative „Rettet das Parkbad“ unter der Führung des Gütersloher Architekten Walter Hauer an.

In dieser Gruppe waren auch Mitglieder des Heimatvereins Gütersloh aktiv gewesen, doch hatte sie ihre Aktivitäten 1987 nach dem Mehrheitsbeschluß des Gütersloher Stadtrates, das 1928 errichtete Bad nicht unter Schutz zu stellen und zu schließen, eingestellt. Zuletzt hatte sich vor allem der Landtagsabgeordnete Jürgen Jentsch für den Erhalt des Bades eingesetzt. Jentsch forderte nun einen Ideenwettbewerb, der auch die Badenutzung des Gütersloher Traditionsbades sichern könne.

Die Entstehung des Parkbades ist also ebenso mit einer Bürgerinitiative (u. a. des Gütersloher Schwimmvereins von 1906) wie die Rettung für einen möglichen Badebetrieb verbunden.

In der Begründung für den Denkmalcharakter des Parkbades führt Minister Kniola aus, daß das Bad für Gütersloh bedeutend sei, weil die Großzügigkeit der Anlage auf ein wirtschaftlich und bevölkerungsmäßiges Erstarben der Stadt seit dem Ersten Weltkrieg schließen lasse. Es dokumentiere vor allem das gesteigerte private und öffentliche Interesse an Körperertüchtigung der Bevölkerung durch Sport und Spiel. Daß in Gütersloh der körperliche Ertüchtigungsgedanke, der Gedanke des Ausgleichssports im Spiel und nicht so sehr der sportliche Wettbewerb

im Vordergrund standen, bezeuge das Fehlen einer Zuschauertribüne oder feste Normen für das Bassin. Das Parkbad sei auch sozialgeschichtlich bedeutsam, vor allem im Hinblick auf die Einrichtung als Familienbad, und für die Geschichte des Sport- und Erholungswesens ein wichtiges Dokument.

Für die Baugeschichte sei das Parkbad bedeutend, weil es unter anderem typisch für die Umsetzung der Ideen des deutschen Bauhauses sei, wonach die Erscheinungsformen der Architektur allein von Sachlichkeit, Klarheit und Zweckmäßigkeit bestimmt sein sollten. Trotz einiger Veränderungen seien charakteristische Merkmale dieser Architektur, wie rechtmäßige und kubische Ausformungen in der Gestaltung von Bassin, Fenstern in Eingängen, das Flachdach der langgedeckten Halle mit der Betonskelettkonstruktion und den schmalen Stützen, noch relativ original erhalten, was den Denkmalwert steigere.

Der Denkmalwert sei auch nicht durch den schlechten Erhaltungszustand des Parkbades in Frage gestellt. Es komme nach dem Denkmalrecht darauf an, ob das Bauwerk nach erhaltensnotwendigen Instandsetzungsmaßnahmen im wesentlichen noch im Urzustand vorhanden sei. Damit müsse es die Funktion erfüllen, Aussagen über bestimmte Zustände oder Vorgänge historischer Art ablesbar zu machen.

Zur Geschichte des Parkbades finden sich zahlreiche Informationen im Beitrag „Öffentliche Bauten“ von Stefan Kraft und Gerd Lüdeling im Sammelband „Bauen in Gütersloh“, den Volkshochschule und Stadtmuseum Gütersloh 1989 im Flötmann Verlag herausgaben.

Es geschah in der Stadt Gütersloh

von Dieter Knobelsdorf

November 1991

8. Eine Jazz-Legende gab sich die Ehre in Gütersloh: Dizzy Gillespie spielte in der Stadthalle. Güterslohs Ruf als Jazz-Stadt wurde erneut gefestigt.
28. 100.000 DM stellte der Kreis Gütersloh für eine „Luftverkehrliche Untersuchung“ des Flughafens Gütersloh zur Verfügung, nachdem der Rat der Stadt Gütersloh keine Mehrheit für eine solche Untersuchung zustandegebracht hatte. – Streit gab es um das Ackerbürgerhaus von 1766 in der Berliner Straße 81. Ist es ein Denkmal (Stadt Gütersloh und Fachbehörde in Münster) oder nicht (die Erbengemeinschaft)?

Dezember 1991

6. Wolfgang Kirchhoff heißt der neue Vorsitzende des FC Gütersloh. Die alten Kämpen Dr. Rainer Schils (1. Vorsitzender) und Manfred Hähne (Pressesprecher) verabschiedeten sich auf der Jahreshauptversammlung.
9. Das „Naturschutzteam Gütersloh“ gewann 10.000 DM in einem Wettbewerb des World Wildlife Fund für einen Plan zur Renaturierung der Dalke-Niederung zwischen Verler Straße und Strangmühle.
19. Viele Gütersloher Einzelhändler haben sich auf Anregung der Initiative „Pro Mehrweg“ verpflichtet, im neuen Jahr Getränke nicht mehr in Einwegdosen zu verkaufen und so zur Verringerung der Abfallberge beizutragen.
20. Gegen die Stimmen der „Grünen“ beschloß der Rat der Stadt Gütersloh den Haushalt 1992 in einer Höhe von insgesamt fast 350 Millionen Mark. Alle Fraktionen sprachen sich für Sparsamkeit aus angesichts des in zwei Jahren fast verdoppelten Schuldenstandes. Steil ansteigen werden ab Januar 1992 die Gebühren für Straßenreinigung und Müllbeseitigung: Bis zu 90%. – Mit Zustimmung des Regierungspräsidenten kann auch in den Jahren 1992 und 1993 Müll aus dem Kreis Gütersloh in die Kreise Paderborn und Minden transportiert werden. – Ein neues Teilstück des Paul-Lakämper-Ringes von der Hülbrockstraße bis zur B 61 wurde fertiggestellt. Nun fehlt nur noch das Stück von der Verler bis zur Neuenkirchener Straße. – Nach der Prämie des Bundesinnenministeriums in Höhe von 10.000 DM erhielt das „Bambi“ jetzt noch eine Prämie von 20.000 DM von der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen für sein hervorragendes Jahresfilmprogramm.
31. 1720 Bürgerinnen und Bürger mehr als am Jahresanfang zählte Gütersloh am Jahresende: 88.937 Einwohner waren es insgesamt, davon 46.062 Frauen und 42.875 Männer. 9157 von ihnen hatten eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit.

Januar 1992

4. Bei einem Verkehrsunfall kam Prof. Dr. Hans-Georg Hoff, Chefarzt und ärztlicher Direktor des St. Elisabeth-Hospitals, ums Leben.
12. Bundesumweltminister Prof. Töpler war Hauptreferent der Fachkonferenz „Umwelt“ der CDU Ostwestfalen-Lippe.
16. Für 2,5 Millionen DM wird der alte Ravensberger Hof für den Kirchenkreis Gütersloh hergerichtet. Das Nachbargebäude, ganz früher Reichsbank-Filiale, dann Sitz der Bertelsmann-Stiftung, ist inzwischen vom Superintendenten des Kirchenkreises mit seinen Büros bezogen worden.
29. Ihr neues Gebäude auf dem Firmengelände an der Carl-Bertelsmann-Straße weihte die Bertelsmann-Stiftung ein.
30. Neuer Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes nach dem langjährigen Vorsitzenden Werner Bethlehem wurde Gerhard Peperbrock.

Februar 1992

8. Die Uraufführung einer Komposition von Mauricio Kagel war ein Höhepunkt der Tage zeitgenössischer Musik des Jahres 1992. Der Komponist war selbst vor Ort.
10. 50.000 Besucher hat das Stadtmuseum gezählt: in einer Gruppe englischer Schulkinder.
12. Der nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Krummiek referierte in Gütersloh und erläuterte die geplante neue Funktion des Gütersloher Gefängnisgebäudes: Es soll Abschiebehaftanstalt für Asylbewerber werden.
21. Plötzlich verstarb Frau Helena Reisinger, langjähriges Ratsmitglied und Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung.

März 1992

- 1.-8. Eine neue Initiative, das „Forum Russische Kultur Gütersloh“, machte sich durch eine „Internationale Musikwoche“ bekannt.
8. Im Alter von 48 Jahren starb der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Gütersloh, Hubert Doppeier aus Langenberg.
9. Prominente Gäste in Gütersloh waren der frühere sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow und Gattin Raissa.
21. Frau Margot Johnsen, langjährige ehrenamtliche Richterin am Bundessozialgericht und in vielen sozialen Gruppen und Initiativen tätig, erhielt das Bundesverdienstkreuz.
28. Nach fast drei Jahren Bauzeit wurde das städtische Sport- und Freizeitbad „Die Welle“ eröffnet. Die Kosten von 29 Millionen DM machen manchem Kommunalpolitiker Sorgen. – Der Kreistag des Kreises Gütersloh entschied sich mit der Mehrheit von CDU, F.D.P. und FWG für den Bau einer „thermischen Abfallbehandlungsanlage“, das heißt der Müllverbrennung, durch eine amerikanische Weltfirma.

Herausgeber: Heimatverein Gütersloh e. V., 1. Vorsitzende Renate Hornmann, Hardenbergstraße 7, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 4212. Redaktion: Gerd Hofer, Schiederbrückstraße 76, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 55206. Mitarbeiter: Manfred Bene, Stadtarchiv Rietberg, Stadt Rietberg, 4835 Rietberg; Dr. Günter Brüning, Kreisarchiv Gütersloh, Kreisverwaltung, 4840 Rheda-Wiedenbrunn; Stephan Grimm, Stadtarchiv Gütersloh, 4830 Gütersloh; Brigitt Hackfeld M. A., Museumskleiner Stadtmuseum Gütersloh, 4830 Gütersloh; Dieter Knobelsdorf, Eichhoffstraße 7, 4830 Gütersloh; Heinrich Lakämper-Lührs, Wiss. Mitarbeiter Stadtmuseum Gütersloh, 4830 Gütersloh; Eckhard Möller, Stadthistoriker, Stadt Harsewinkel, 4834 Harsewinkel; Rolf Westhede, Stadtarchiv Versmold/Borgholzhausen, Stadt Versmold, 4804 Versmold. Zuschriften können an den Herausgeber oder an die Redaktion gerichtet werden. Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Quellenhinweis und Genehmigung des Herausgebers oder der Redaktion. Verlag: Föttinger Verlag, Postfach 1653, 4830 Gütersloh, Telefon (05241) 8608-0. Herstellung: Druckhaus Föttinger, Berliner Straße 63, 4830 Gütersloh.



Wir setzen Zeichen.

Am 10. Februar 1866 wurde Ludwig Flöttmann „die nachgesuchte polizeiliche Erlaubniß erteilt, in Sundern das Gewerbe eines Steindruckers unter genauer Beachtung aller dahin einschlagenden gesetzlichen Vorschriften, auch wegen der Gewerbesteuer, zu beachten.“

WIR SETZEN ZEICHEN – so lautet das Motto für die Zukunft. Das Unternehmen will Zeichen setzen für

- die Kunden durch Investitionen in aktuelle Drucktechnologie und Service
- die Mitarbeiter durch Motivation und Engagement

1 2 5 J A H R E  1 8 6 6 - 1 9 9 1


Druckhaus Flöttmann · Flöttmann Verlag



**B klaus heitmann
buchhandlung**

Gütersloh, Berliner Str. 67, Tel. 05241/27807
Gegenüber dem Rathaus

Wir machen den Weg frei



**Mit Weitsicht
planen: Mehr
Lebensqualität
im Alter.**

Die Zeit nach dem Berufs-
leben kann man lebens-
froh genießen, wenn
man nicht mit der Rente
knausern muß. Schaf-
fen Sie sich ein Vermö-
gen, das Ihnen finan-
ziellen Spielraum gibt.



Volksbank Gütersloh eG